

Das System der Besserungsarbeitslager in der UdSSR. 1923 – 1960

MEMORIAL International (Hrsg.)

Mit Beiträgen von: Michael Jacobson, Alexandr I. Kokurin, Sergei W. Kriwenko, Sergei P. Sigatschow, Michail B. Smirnow, Sergei G. Filippow, Dmitri W. Schkapow

Wissenschaftliche Redaktion: Nikita G. Ochotin, Arseni B. Roginski

Redaktionskollegium: A. Ju. Daniel, L. S. Jeremina, Je. B. Schemkowa, T. I. Kassatkina, M. M. Korallow, N. G. Ochotin, Ja. S. Ratschinski, A. B. Roginski (Vors.)

Übersetzung aus dem Russischen:
Irina Raschendorfer, Dr. Vera Ammer

Moskau, 1998
Berlin, 2006

Inhaltsverzeichnis

DAS SYSTEM DER HAFTANSTALTEN DER RSFSR UND UDSSR 1917 – 1930...	3
1917 bis 1922.....	3
1923–1930.....	11
Zentraleinrichtungen des Volkskommissariats für Justiz (NKJu) und des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) der RSFSR für die Verwaltung der Haftanstalten 1917–1930 (Tabelle).....	17
DAS SYSTEM DER HAFTANSTALTEN DER UDSSR 1929–1960.....	18
TERRITORIALVERWALTUNGEN VON HAFTANSTALTEN. DAS GEFÄNGNISSYSTEM.....	70
1. Territorialverwaltungen / Abteilungen der Haftanstalten.....	70
Verzeichnis der Territorialverwaltungen und –abteilungen der Besserungsarbeitseinrichtungen (Tabelle).....	72
Anzahl der Gefangenen in Besserungsarbeitseinrichtungen, die den Territorialorganen der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) unterstellt waren (Tabelle).....	78
2. Das Gefängnisssystem 1934–1960.....	83

DAS SYSTEM DER HAFTANSTALTEN DER RSFSR UND UDSSR 1917 – 1930

Die Geschichte der Haftanstalten von 1917 bis 1930 unterteilt sich auf natürliche Weise in zwei Abschnitte: eine erste Zäsur stellt das Ende des Bürgerkriegs im Herbst 1922 dar, eine zweite die 1930 einsetzende Massenkollektivierung. Beide Abschnitte sind sowohl durch die Besonderheiten der wirtschaftlichen und politischen Lage im Land als auch durch die Prioritäten der staatlichen Strafpolitik geprägt.

1917 bis 1922

Die Organisation und Versorgung der Vollzugsanstalten unmittelbar nach der Oktoberrevolution waren großenteils durch das im zaristischen Russland geschaffene System vorgegeben.

Im Russischen Reich des Jahres 1917 wurden die meisten Gefängnisse von der Hauptverwaltung der Gefängnisse (GTU) des Justizministeriums geleitet und waren vor Ort den Gefängnisabteilungen der einzelnen Gouvernements unterstellt. Um jedoch die Gefängnisse vor Ort zu kontrollieren, war die GTU auf die Zusammenarbeit mit den Gouvernementsbehörden des Innenministeriums angewiesen¹. Diese Abhängigkeit der Gefängnishauptverwaltung von Behörden, die einem anderen Ministerium unterstellt waren, konnte das Gefängnisssystem in Zeiten relativer Stabilität nicht erschüttern, erwies sich jedoch als fatal für die Nachfolger der GTU während der Revolution und des Bürgerkriegs.

Nach der Februarrevolution 1917 leerten sich die Gefängnisse: Eine der ersten Amtshandlungen der Provisorischen Regierung war eine umfassende Amnestie, doch nicht selten befreite der Mob auch jene, die nicht unter dieser Amnestie fielen². Obwohl sich die Gefängnisse schon bald mit neuen Häftlingen³ füllten, war ihre Zahl weiterhin rückläufig und betrug im September 1917 34.083 Personen⁴.

In den ersten Monaten nach der Februarrevolution wurden sämtliche Behörden des Innenministeriums abgeschafft, die an der Gefängnisverwaltung beteiligt waren⁵. Somit

¹ *Svod Zakonov Rossijskoj Imperii* [Gesetzessammlung des Russischen Reiches]. St. Petersburg, 1911, Bd. 1, S. 225-256, Bd. 2, S. 3425-3436, 3439-3443.

² M. N. Gernet: *Istorija carskoj tjur'my v 5 t.* [Geschichte des zaristischen Gefängnisses in 5 Bänden] Bd. 4, S. 45. P. Klimyškin: K amnistii [Über die Amnestie]. In: *Katorga i ssylka* [Katorga und Verbannung]. 1921, S. 8-20. G. Sandomirski: Na poslednej stupeni [Auf der letzten Stufe]. Ebenda, S. 41-44. M. G. Detkov: *Soderžanie penitenciarnej politiki Rossijskogo gosudarstva i eë realizacija v sisteme ispolnenija ugolovnogogo nakazanija v vide lišenija svobody v period 1917-1930 godov* [Inhalt der Strafrechtspolitik des Russischen Staates und ihre Umsetzung im Rahmen der Strafvollzugs in Form des Freiheitsentzugs von 1917-1930]. Moskau 1992, S. 8.

³ Nachdem sie in den lokalen Sowjets an die Macht gelangt waren, begannen die Revolutionäre bereits im März 1917 sowohl jene einzusperrten, von denen sie zu Zarenzeiten verfolgt worden waren (Polizisten, Offiziere, Beamte) als auch marodierende Soldaten und Arbeiter. W. H. Ščul'gin: Dni [Tage]. In: *Sovremennik* [Zeitgenosse]. Moskau 1989, S. 198-203. Chamberlin W.H. *The Russian Revolution. 1917-1921*. London, New York, 1935, Bd. 1, S. 44. Nachdem der Regierungsputsch im Juli 1917 gescheitert war, wurden die bolschewistischen Anführer ins Gefängnis gesperrt. (L. D. Trockij: *Istorija russkoj revoljucii* [Geschichte der Russischen Revolution]. Berlin 1933, Bd. 2, S. 360f. S. Utevsckij: *Sovetskaja ispravitel'no-trudovaja politika* [Die Sowjetische Besserungsarbeitspolitik]. In: *Sovetskoe zakonodatel'stvo* [Sowjetische Gesetzgebung]. Moskau 1934, S. 70-74).

⁴ B. S. Utevsckij: a.a.O. S. 84. Zum Vergleich: Die höchsten vorrevolutionären Häftlingszahlen beliefen sich 1912 auf 184.000 Gefangene; bis 1916 fiel diese Zahl durch die massenhafte Einberufung junger Männer (jener Altersgruppe also, die nach Geschlecht und Alter statistisch gesehen die meisten Verbrechen begeht) auf 142.000 Gefangene (M. N. Gernet: a.a.O. Bd. 4, S. 23). Laut M. G. Detkov (a.a.O. S. 11) betrug die Insassenzahl zum 1. September 1917 36.468 Personen.

⁵ R. P. Browder, A. F. Kerensky: *The Russian Provisional Government: Documents*. Stanford, 1961, Bd. 1, S. 217-219. N. A. Lenskij: *Milicija* [Die Miliz]. Petrograd, 1917, S. 8-26.

wurde der wichtigste Helfer und gleichzeitig potentielle Rivale der zentralen Gefängnisbehörde des Justizministeriums ausgeschaltet. Letztere wurde in Hauptverwaltung für Haftanstalten (GUMS)⁶ umbenannt, und die lokalen Behörden erhielten die Bezeichnung Gefängnisinspektionen⁷. Obwohl die Hauptverwaltung für Haftanstalten (GUMS) im Unterschied zur Gefängnishauptverwaltung (GTU) die alleinige Zuständigkeit über die Haftanstalten erhielt, verlor sie de facto schon bald die Kontrolle über die Gefängnisse in den Provinzen.

Nach der Oktoberrevolution wurde das Justizministerium in das Volkskommissariat für Justiz (NKJu) umbenannt und behielt die Leitung über die GUMS. Allerdings ignorierte das NKJu in den ersten fünf Monaten die GUMS – wahrscheinlich zweifelte es an ihrer Loyalität⁸. Im Zusammenspiel mit der sich im Land immer weiter ausbreitenden Anarchie führte dies zu einem weiteren Kontrollverlust des Zentralapparats über die Gefängnisse vor Ort. Auch muss beachtet werden, dass ab Ende 1917 auf Grund nationalistischer Bewegungen und des beginnenden Zerfalls Russlands und noch später in Folge des Friedensvertrages von Brest-Litowsk und des Bürgerkriegs die bolschewistische Regierung der RSFSR die Kontrolle über weite Teile des ehemaligen Russischen Reiches verlor.

Zeitgleich mit dem Umzug der Regierung von Petrograd nach Moskau im April 1918 löste das NKJu die GUMS auf und schuf an ihrer Stelle die Zentrale Strafabteilung (ZKO)⁹. Im Juli 1918 veröffentlichte die ZKO eine "Provisorische Anweisung des NKJu", die die Schaffung eines komplexen Systems von Strafanstalten vorschrieb. Dieses System sollte die beiden Hauptprinzipien der neuen Gefängnispolitik verwirklichen:

- Kostendeckung (Einnahmen aus der Häftlingsarbeit sollen die Staatsausgaben zum Unterhalt der Haftanstalten decken);
- die vollständige Umerziehung der Häftlinge¹⁰.

An dieser Stelle muss betont werden, dass die Zarenregierung das Gefängnisssystem subventionierte, keine Kostendeckung anstrebte und nicht mit der Besserung aller Gefangenen rechnete¹¹.

Tatsächlich wurde die "Provisorische Anweisung" der Lage im Land nicht gerecht. Weder konnte die Zentrale Strafabteilung (ZKO) den Häftlingen Arbeit beschaffen (1918 arbeiteten nur 2% der Gefangenen¹²) noch die lokalen Verwaltungen zwingen, ihre Anweisungen zu

⁶ GARF. f. 393. op. 1. d. 92. l. 44.

⁷ Telegramm des Volkskommissars für Justiz. In: *Administrativnyj vestnik* [Verwaltungsmittelungen]. 1928, 10. S. 1.

⁸ P. I. Stučka, I. Apeter: Perekhod ot prinuditel'nogo truda po prigovoru suda k dobrovol'nomu trudu [Übergang von der gerichtlich angeordneten Zwangsarbeit zur freiwilligen Arbeit]. In: *Sovetskoe gosudarstvo i revoljucija prava* [Der Sowjetische Staat und die Revolution des Rechts]. 1931, Nr. 7. S. 124. Dieser bürokratische Fehler ist mit der personellen Unterbesetzung sowie der Unerfahrenheit der Mitarbeiter des Volkskommissariats für Justiz (NKJu) zu erklären. Alle Einrichtungen des Volkskommissariats für Justiz (NKJu) waren zu dieser Zeit einem internen Kollegium unterstellt, das aus fünf Personen bestand (*Sobranie zakonienij RSFSR* [Gesetzessammlung der RSFSR]. 1917. Nr. 12. S. 171), die sich wegen Überlastung nicht ernsthaft mit Gefängnisfragen beschäftigen konnten. Das Kollegium des Volkskommissariats für Justiz richtete am 06.01.1918 ein Gefängnis Kollegium ein, dem drei Volkskommissare, Petrograder Volksrichter, der Kommissar der Petrograder Gefängnisse und der Direktor der Hauptverwaltung für Haftorte (GUMS) angehörten. Das Kollegium arbeitete mit Unterbrechungen. Die operative Leitung wurde dem Büro des Gefängnis Kollegiums übertragen, in dem drei Personen gleichzeitig die Reform des Gefängnis systems vorbereiten mussten. (*Sobranie zakonienij RSFSR* [Gesetzessammlung der RSFSR]. 1918. Nr. 15. S. 223). Für drei Personen war der Arbeitsumfang einfach zu groß.

⁹ GARF. f. 4042. op. 8. d. 1. l. 21.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ *Bjudzet Rossijskoj imperii* [Staatshaushalt des Russischen Reiches]. Petrograd 1917. S. 93-94.

¹² *Tjuremnoe delo v 1921 godu* [Das Gefängnis system von 1921]. Moskau 1921. S. 22.

befolgen. Die ZKO hatte fast keine Verbindungen in die Provinz. Angesichts fehlender materieller Unterstützung durch die ZKO sahen sich die Mitarbeiter in den Gefängnissen vor Ort nach Nebenverdiensten um. Von einer "Überwachung" konnte keine Rede sein. Der Volkskommissar für Justiz P. I. Stutschka schrieb später, dass nur jene nicht wegliefen, die dazu zu faul gewesen seien¹³. In einem der damaligen Petrograder Gefängnisse nächtigten Obdachlose, die abends kamen und morgens gingen. Die Wache bemerkte nichts oder wollte nichts von diesen Besuchen bemerken¹⁴.

Parallel zu den Aktivitäten des NKJu bildete sich sofort nach der Oktoberrevolution 1917 ein Strafanstaltssystem bei der WTschK (Allrussische Außerordentliche Kommission) heraus, welches für die Verwahrung aktiver politischer Gegner der neuen Macht vorgesehen war. Dieses System besaß kein eigenes Führungsorgan. Bis 1921 stand es unter der direkten Leitung des Kollegiums der WTschK (oberstes Organ der gesamten Organisation), später der Leitung der Sonderabteilung, die auch andere Funktionen innehatte¹⁵. Vor Ort in der Provinz wurden Kommandanturen bei den lokalen Außerordentlichen Kommissionen der Gouvernements (GubTschK) eingerichtet¹⁶.

Mit Beginn des Bürgerkriegs im Mai 1918 gewannen die Haftanstalten der WTschK wesentlich an Bedeutung. Die bolschewistische Regierung konnte ihre Feinde nicht in die unbewachten Gefängnisse des NKJu setzen. Deshalb griff man auf paramilitärische Organisationen zurück: die WTschK und die am 27. April 1918 gegründete Zentralstelle für Kriegsgefangene und Flüchtlinge (Zentropfenbesch, im folgenden Zentralstelle) des Volkskommissariats für Militärische Angelegenheiten der RSFSR¹⁷. Diese Zentralstelle verfügte über ein ausgedehntes Netz von Konzentrationslagern für Kriegsgefangene aus dem Ersten Weltkrieg, in denen Anfang 1918 2,2 Millionen Menschen einsaßen¹⁸. Nach Abschluss des Friedensvertrages von Brest-Litowsk begann ein umfassender Kriegsgefangenen austausch. Bis zum Sommer 1918 waren einige Konzentrationslager der Zentralstelle geräumt, und sie wurden für die Verwahrung von Kriegsgefangenen des Bürgerkriegs verwendet¹⁹.

In den ersten Monaten kamen Ausbrüche aus den Konzentrationslagern der Zentralstelle fast genauso häufig vor wie aus den Haftanstalten der Zentralen Strafabteilung des NKJu. Im Laufe des Sommers verstärkte das Volkskommissariat für Militärische Angelegenheiten seine Bemühungen um eine Verbesserung des Wachschatzes²⁰. Hilfe in dieser Angelegenheit erhielt die Zentralstelle von den unter der Kontrolle des NKWD stehenden lokalen Sowjets²¹. Somit begannen die Außerordentlichen Kommissionen (TschK oder Tscheka), die bis dahin die Häftlinge in eigenen Gefängnissen verwahrt hatten, im Herbst 1918 mit deren Verlegung in Konzentrationslager der Zentralstelle²². Gleichzeitig begann man mit der Schaffung von

¹³ P. I. Stučka, I. Apeter: a.a.O. S. 125.

¹⁴ Stanford University. Hoover Institution. Boris I. Nicolaevsky Collection. Box 417. Folder 7.

¹⁵ G. S. Agabekov: *Zapiski čekista* [Notizen eines Tschekisten]. Berlin: Strela, 1925. S. 14-15.

¹⁶ Stanford University. Hoover Institution. Boris I. Nicolaevsky Collection. Box 417. Folder 7.

¹⁷ *Sobranie zakonienij RSFSR* [Gesetzessammlung der RSFSR]. 1918. Nr. 34. S. 451; GARF. f. 3333. op. 1. d. 4. l. 64, 72, 80.

¹⁸ GARF. f. 3333. op. 1. d. 3. l. 35; op. 2. d. 11. l. 63; op. 23. d. 1. l. 13.

¹⁹ Ebenda. op. 23. d. 1. l. 20.

²⁰ Ebenda. op. 1. d. 3. l. 38, 44.

²¹ Ebenda. l. 38. *Sobranie zakonienij RSFSR* [Gesetzessammlung der RSFSR]. 1917. Nr. 12. S. 179.

²² *Sobranie zakonienij RSFSR* [Gesetzessammlung der RSFSR]. 1918. Nr. 65. S. 710; Stanford University. Hoover Institution. Boris I. Nicolaevsky Collection. Box 417. Folder 7; V. I. Lenin: *Polnoe sobranie sočinenij* [Gesammelte Aufsätze]. Bd. 50. S. 143-144.

Konzentrationsarbeitslagern unter der direkten Leitung der Außerordentlichen Kommissionen in den Gouvernements²³.

Um die Bemühungen der Zentralstelle, der WTschK und des NKWD zu koordinieren, wurde auf Beschluss des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees vom 15. April 1919 eine neue Behörde innerhalb des NKWD eingerichtet²⁴. Nach mehreren Anläufen einigte sich das Zentrale Exekutivkomitee am 17. Mai 1919 auf die Bezeichnung Abteilung für Zwangsarbeit (OPR)²⁵. Eine Woche später, am 24. Mai 1919, wurde die Zentralstelle per Dekret des Rates der Volkskommissare dem NKWD übergeben²⁶. Die WTschK wurde mit der Einrichtung von Zwangsarbeitslagern (Bezeichnung für die Haftanstalten der Abteilung für Zwangsarbeit) in jedem Gouvernement und – wenn erforderlich – auch in den Landkreisen beauftragt, um diese anschließend der Abteilung für Zwangsarbeit zu übergeben²⁷.

Offiziell existierten fünf Typen von Zwangsarbeitslagern: Lager besonderer Verwendung, allgemeine Konzentrationslager, Produktionslager, Kriegsgefangenenlager und Transitlager²⁸. Allerdings wurden in den Unterlagen des NKWD die Bezeichnungen "Zwangsarbeitslager" und "Konzentrationslager" häufig synonym verwendet, und auch die Bezeichnung "Konzentrationsarbeitslager" taucht auf²⁹, so dass die Unterscheidung in Typen eher formaler Natur war. Außerdem wurden bei Bedarf – so zum Beispiel bei der Niederschlagung des Aufstandes von Tambow – provisorische Feldlager eingerichtet³⁰.

Somit entstand ein weiteres Haftanstaltssystem, das sich auf drei Behörden stützte: das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten, die Allrussische Außerordentliche Kommission und die Zentralstelle. Es sei angemerkt, dass dieses System bis zu seiner Auflösung 1922 drei Mal umbenannt wurde (siehe Tabelle 1). Die längste Zeit davon lief es unter der Bezeichnung Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (GUPR) (die Aufwertung zur Hauptverwaltung erfolgte im Mai 1920)³¹. Der Einfachheit halber wird diese Abkürzung für den gesamten Zeitraum von 1919 bis 1922 verwendet.

Die Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (GUPR) leitete dieses System wie gesagt in Kooperation mit der WTschK (die ihre eigenen Haftanstalten hatte) und der Zentralstelle. Die enge Zusammenarbeit wurde durch den Umstand erleichtert, dass von 1919 bis 1922 das Amt des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten und das Amt des Vorsitzenden der WTschK in Personalunion von Felix E. Dserschinski ausgeübt wurden, der NKWD und WTschK als eine Einheit leitete³². Die führenden Tschekisten waren gleichzeitig Leiter der GUPR (siehe Tabelle 1) und der Zentralstelle (I. S. Unschlicht³³, A. W. Eiduk³⁴). Die

²³ Siehe z.B. die Verfügung des Präsidiums des Moskauer Stadtrats vom 27.12.1918 "O koncentracionnom trudovom lagere" [Über das Konzentrationsarbeitslager] (*Večernije izvestija Mos. Soveta rab. i krest. deputatov*. 30.12. 1918.). Nach dieser Verfügung wurde das Lager (in Moskau) von WTschK und MTschK eingerichtet, ohne die Zuständigkeit ausdrücklich festzulegen. Es wurde lediglich darauf hingewiesen, dass (Punkt 9) "die Kontrolle über die Richtigkeit des Vollzugs in die Zuständigkeit der Volksrichter, des Moskauer Gewerkschaftsbundes, der Hauptverwaltungsabteilung des Moskauer Stadtrats und der MTschK fällt".

²⁴ *Dekrety Sovetskoi vlasti*. [Dekrete der Sowjetmacht] Bd. 5. Moskau 1971. Nr. 38. S. 69.

²⁵ Ebenda. Nr. 97. S. 174.

²⁶ *Sobranie zakonienij RSFSR* [Gesetzessammlung der RSFSR]. 1919. Nr. 24. S. 279.

²⁷ *Dekrety Sovetskoi vlasti*. [Dekrete der Sowjetmacht] Bd. 5. Nr. 97. S. 174.

²⁸ GARF. f. 393. op. 13. d. 1v. l. 112.

²⁹ Ebenda. f. 4042. op. 8. d. 12. l. 37.

³⁰ Ebenda. op. 2. d. 1. l. 71–75. Nach Angaben der Abteilung Tambow der Gouvernementsverwaltung des NKWD durchliefen nach Niederschlagung des Aufstandes von 1921 ca. 45.000 Häftlinge die provisorischen Feldlager. (ebenda. d. 19b. l. 10-11ob.).

³¹ Ebenda. op. 8. d. 5. l. 45. Es sei angemerkt, dass der Status jenes Organs, welches die Haftorte des NKJu leitete, nicht verändert wurde – es blieb weiterhin eine "Abteilung". In den Jahren 1920–1922 befand sie sich zwei Hierarchiestufen unter der Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (GUPR).

³² I. I. Kizilov: *NKVD RSFSR (1917–1930)*. Moskau 1969. S. 52–55.

³³ GARF. f. 3333. op. 1. d. 3. l. 67.

Ausgaben für den Unterhalt der Häftlinge in den Haftanstalten der WTschK wurden im Haushaltsplan des NKWD ausgewiesen³⁵. Dieser engen Zusammenarbeit zwischen NKWD und WTschK ist es offensichtlich auch geschuldet, dass, entgegen dem Beschluss des Zentralen Exekutivkomitees vom 17. Mai 1919³⁶, die Übergabe jener Lager im Gebiet Archangelsk, die sofort nach der Machtergreifung der Bolschewiki dort eingerichtet worden waren, an die GUPR nicht erfolgte, sondern diese neben weiteren Haftanstalten unter Leitung der WTschK verblieben³⁷.

Somit waren die Haftanstalten Ende 1919 auf drei Behörden verteilt: die Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (GUPR) des NKWD, die Allrussische Außerordentliche Kommission (WTschK) und die Zentrale Strafabteilung (ZKO) des Volkskommissariats für Justiz (NKJu).

1920 befanden sich in den Lagern der GUPR 25.336 Häftlinge (die Bürgerkriegsgefangenen nicht eingerechnet)³⁸, und in den Gefängnissen der ZKO waren 47.863 Personen³⁹ inhaftiert. Am 1. Januar 1921 waren es 51.158 Häftlinge (darunter 24.400 Kriegsgefangene)⁴⁰ in den GUPR-Lagern und 55.422 Gefangene⁴¹ in den ZKO-Gefängnissen. Für Dezember 1921 betragen die Insassenzahlen in den GUPR-Lagern 40.913 Personen (Kriegsgefangene eingeschlossen)⁴², im November 1921 zählte man 73.194 Personen⁴³ in den ZKO-Gefängnissen. Dabei sind in der Gefängnisstatistik des NKJu sowohl zu Lagerstrafen verurteilte Gefangene als auch Untersuchungshäftlinge, deren Anteil 40–50% betrug, einbezogen. In den Haftanstalten der WTschK saßen Ende 1921/Anfang 1922 ungefähr 50.000 Häftlinge⁴⁴ ein.

Nach Auffassung der bolschewistischen Regierung sollten die Haftanstalten der Zentralen Strafabteilung beim NKJu, zu denen Gefängnisse, Besserungsanstalten, geschlossene Erziehungsanstalten für Minderjährige und landwirtschaftliche Kolonien gehörten, den Kriminellen vorbehalten sein, während die Lager der Hauptverwaltung für Zwangsarbeit des NKWD der Isolation realer und potentieller Feinde der Sowjetmacht dienten⁴⁵. Faktisch wurde allerdings die Entscheidung darüber, wer ein Politischer und wer ein Krimineller ist, von den Außerordentlichen Kommissionen und den Revolutionstribunalen gefällt, die sich größtenteils aus Personen mit niedrigem Bildungsgrad zusammensetzten. Es fehlte eine

³⁴ Ebenda. d. 8. l. 83.

³⁵ *Bjulleten' Narodnogo komissariata vnutrennich del.* [Bulletin des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten] 1921. Nr. 2. S. 6.

³⁶ *Dekrety Sovetskoj vlasti.* [Dekrete der Sowjetmacht] Bd. 5. Nr. 97. S. 174.

³⁷ GARF. f. A-353. op. 5. d. 331. l. 78.

³⁸ Ebenda. f. 393. op. 13. d. 1v. l. 112.

³⁹ Ebenda. f. 9414. op. 1. d. 2877. l. 177, 178.

⁴⁰ Ebenda. f. 4042. op. 2. d. 1. l. 71–75; *Vlast' Sovetov.* [Macht der Räte] 1922. Nr. 1–2. S. 41. Eine erheblich geringere Anzahl, nämlich 35.703 Personen, wird im Buch *Statističeskij ježegodnik* [Statistisches Jahrbuch], 1918–1920, Bd. 8, Teil 2, S. 58 angegeben. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Zahl den Insassenzahlen der unmittelbar der Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (GUPR) unterstellten Lager entspricht, während die beiden ersten Statistiken auch jene Lager berücksichtigen, die der WTschK (oder den GubTschK) administrativ unterstellt waren, aber durch die Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (GUPR) des NKWD finanziert wurden.

⁴¹ *Tjuremnoe delo v 1921 g.* [Das Gefängnisssystem von 1921] Moskau 1921. S. 8.

⁴² GARF. f. 4042. op. 2. d. 1. l. 71–75.

⁴³ *Tjuremnoe delo v 1921 g.* [Das Gefängnisssystem von 1921] Moskau 1921. S. 8.

⁴⁴ GARF. f. 4042. op. 4. d. 1053. l. 17–19. Berechnet nach der Anzahl der Rationen, die von der WTschK im Dezember 1921 (25.000) und Januar 1922 (21.600) ausgegeben wurden. In der Quelle wird vermerkt, dass die Rationen in beiden Fällen nicht einmal für die Hälfte der Häftlinge ausreichen. Es sei festgestellt, dass dieselben Dokumente für die Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (GUPR) im Dezember 1921 eine Zuteilung von 23.000 Rationen und im Januar 1922 von 19.500 Rationen vermerkten, womit ebenfalls weniger als die Hälfte der Häftlinge versorgt werden konnte.

⁴⁵ GARF. f. 4042. op. 8. d. 4. l. 89.

Strafgesetzgebung. Somit konnte man auch wegen geringfügiger Delikte wie zum Beispiel Schwarzfahren als "Politischer" verurteilt werden⁴⁶.

Die Unterlagen der Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (GUPR) bezeugen jedoch: Die Tatsache, dass die Aufteilung der Gefangenen in die unterschiedlichen Zuständigkeiten von NKWD und NKJu nicht der ursprünglichen Idee entsprach, war nicht nur durch das Fehlen qualifizierten Personals vor Ort begründet. So setzten sich – gemäß dem Rechenschaftsbericht der GUPR für die zweite Jahreshälfte 1921 – z.B. die Häftlinge in den ihr unterstellten Lagern folgendermaßen zusammen: Kriminelle 28,5%, "gesellschaftsfeindliche Delikte" (Trunksucht, Prostitution, Müßiggang u.a.) 18,3%, "Konterrevolutionäre" 16,9%, Amtsvergehen 8,7%, Fahnenflucht 8,5%, illegaler Grenzübertritt 2,1%, Spionage 1,9%, weitere Verbrechen 9,7% und Untersuchungshäftlinge (in der TschK) 5,4%⁴⁷. Dokumente der GUPR mit der Forderung oder Bitte, jene Gefangenen, die nicht dem "Profil" entsprachen, den NKJu-Haftanstalten zuzuführen, wurden jedoch nicht gefunden. Im Gegenteil, bereits 1920 schlug das NKWD vor, alle Vollzugseinrichtungen des Landes im NKWD zu konzentrieren⁴⁸. Dem NKJu gelang es jedoch damals, die Unabhängigkeit seiner Gefängnisbehörde zu verteidigen, aber der Machtkampf der Behörden um die Leitung der Haftanstalten ging weiter.

Die Hauptforderungen der Regierung an die Haftanstalten blieben bestehen: Kostendeckung und vollständige Umerziehung der Häftlinge. Ein Regierungsbeschluss legte fest, dass sich die Arbeitsbedingungen der Häftlinge (darunter der Arbeitslohn) nicht von den gewerkschaftlich vereinbarten Konditionen für normale Arbeiter unterscheiden dürften⁴⁹. Da diese kombinierte Forderung vor dem Hintergrund der allgemeinen Lage im Land, insbesondere angesichts der durch die Neue Ökonomische Politik (NEP) ausgelösten Arbeitslosigkeit, utopisch war, musste man sich für einen Schwerpunkt entscheiden. Die Zentrale Strafabteilung des NKJu betonte, dass die Hauptaufgabe in der Umerziehung liege (es also besser wäre, in Zukunft gänzlich auf Gefängnisse verzichten zu können, statt sie kostenfrei zu machen). Diese Einstellung schlug sich sogar in der Neubezeichnung der Abteilung im Oktober 1921 nieder, als die Zentrale Strafabteilung des NKJu in Zentrale Besserungsarbeitsabteilung (ZITO) umbenannt wurde. Da das Volkskommissariat für Justiz über besser ausgebildetes Personal für die Umerziehung von Verbrechern verfügte, schlug es vor, sämtliche Haftanstalten im Lande in die Verantwortlichkeit seiner eigenen Gefängnisbehörde zu überführen⁵⁰. Die Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (GUPR) des NKWD argumentierte mit zügiger Kostendeckung der Haftanstalten und völliger Unabhängigkeit von Subventionen⁵¹. (Übrigens zeigt der im Dezember 1921 dem Kollegium des NKWD vorgelegte schriftliche Bericht der GUPR die größtenteils unverhohlenen demagogische Argumentation im Zusammenhang mit der Entkoppelung der GUPR-Lager von der staatlichen Versorgung⁵².) Die GUPR verweist in ihren Unterlagen wiederholt darauf, dass die eigenen Mitarbeiter zu einem hohen Prozentsatz aus Kommunisten und Angehörigen der Arbeiterklasse bestünden, wohingegen das NKJu-System im wesentlichen von altem

⁴⁶ *Sobranie zakonienij RSFSR* [Gesetzessammlung der RSFSR]. 1917, Nr. 4. S. 50; 12, S. 170; 1919, 66. S. 590.

⁴⁷ GARF. f. 4042. op. 2. d. 1. l. 71–75.

⁴⁸ Ebenda. f. 393. op. 1. d. 19. l. 7.

⁴⁹ *Sobranie zakonienij RSFSR* [Gesetzessammlung der RSFSR]. 1918, Nr. 53. S. 598.

⁵⁰ P. N.: O revoljucionnoj zakonnosti i organizacii bor'by s prestupnost'ju. [Über die revolutionäre Rechtsordnung und den Kampf gegen das Verbrechen] In: *Eženedel'nik sovetskoj justicii*. [Wochenblatt der sowjetischen Justiz] 1922. Nr. 4. S. 9–10.

⁵¹ B. P.: Ob organizacii tjurem na načalach samookupaemosti. [Über den Aufbau von Gefängnissen auf dem Prinzip der Kostendeckung] In: Ebenda. Nr. 14/15. S. 8–9; M. K-F.: Novaja èkonomičeskaja politika i lageri prinuditel'nych rabot. [Die neue Wirtschaftspolitik und die Zwangsarbeitslager] In: *Vlast' Sovetov*. [Macht der Räte] 1922. Nr. 3. S. 18; GARF. f. 4042. op. 2. d. 1. l. 60–61, 71–75, 179, 180.

⁵² GARF. f. 4042. op. 2. d. 1. l. 97–101.

Gerichts- und Gefängnispersonal geprägt sei⁵³. Die WTschK unterstützte die Forderung des NKWD, alle Haftanstalten in die Zuständigkeit der GUPR zu überführen⁵⁴.

Für den Unterhalt der Haftanstalten gewann die Häftlingsarbeit zunehmend an Bedeutung. Das erklärte sich nicht nur aus dem Machtkampf der Behörden, sondern auch aus der chronischen Unterfinanzierung durch den Staat, was zu einer drastischen Verschlechterung der materiellen Versorgung in den meisten Haftanstalten führte. Häufig ging es ums nackte Überleben. 1922 hungerten in vielen Anstalten der ZITO die Häftlinge: bei 27% enthielt die Verpflegung weniger als 1.000 Kalorien pro Person und Tag (bei 3,1% waren es sogar weniger als 600 Kalorien!), bei 45,4% zwischen 1.000 und 1.500 Kalorien, bei 19,5% zwischen 1.500 und 2.000 Kalorien und nur bei 8,1% mehr als 2.000 Kalorien⁵⁵. Nicht viel besser war die Situation des Gefängnispersonals, so dass einige Besserungsanstalten nur noch von einem einzigen verbliebenen Aufseher bewacht wurden; "die Übrigen wechselten zu einer besser bezahlten Arbeitsstelle"⁵⁶. Ebenso verhielt es sich in den Lagern der GUPR⁵⁷. Als direkte Folge dieser Situation arbeiteten 1920 nicht mehr 2%, sondern ca. 50% aller Gefangenen, und 1921 waren es ungefähr 55% aller Häftlinge⁵⁸. Als 1922 per Regierungsbeschluss bis auf fünfzehn Ausnahmen sämtliche Haftanstalten in die lokale Finanzierung und Kostendeckung überführt wurden, setzte die GUPR 70-75% aller Häftlinge⁵⁹ zu Arbeiten ein und die ZITO 35-45%⁶⁰.

Es gab mehrere Gründe für den unterschiedlich hohen Anteil an Häftlingsarbeit. Die Haftanstalten des Volkskommissariats für Justiz hatten generell große Schwierigkeiten bei der Einrichtung von Arbeitsplätzen, da es sowohl an Ausrüstungen, Werkzeuge, Betriebsmitteln als auch an Absatzmöglichkeiten fehlte. Um Häftlinge für Arbeiten außerhalb der Haftanstalt in fremden Einrichtungen einzusetzen (was unter den Bedingungen der Arbeitslosigkeit an sich schon problematisch war), benötigte man verlässliches Wachpersonal und somit zusätzliche Mitarbeiter. Ein markantes Bild liefert die Statistik der Fluchtversuche: in den drei Sommermonaten des Jahres 1922 flüchteten 6.882 Personen – also fast jeder Zehnte – aus den Haftanstalten, die der Zentralen Besserungsarbeitsabteilung (ZITO) unterstellt waren, wobei die Flucht zumeist vom Arbeitsplatz außerhalb der Gefängnismauern erfolgte⁶¹. Die Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (GUPR) wiederum konnte dieses Problem teilweise lösen, da man ihr in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit eine Reihe ziemlich großer Betriebe (hauptsächlich Ziegeleien) zur Pacht überließ⁶². Außerdem machten sich 1921 die Außerordentlichen Kommissionen die Rechtsfreiheit zu Nutze und wiesen in "ihre" Haftanstalten vermehrt junge und gesunde Häftlinge⁶³ ein, also die leistungsfähigsten Arbeitskräfte. Als 1922 ein Strafgesetzbuch eingeführt wurde, welches die Lagerhaft nicht vorsah, verminderte sich die Häftlingszahl innerhalb der Hauptverwaltung für Zwangsarbeit, und die Behörde verspürte Schwierigkeiten hinsichtlich der ihr zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte (siehe z.B. das Anschreiben der GUPR an die ZITO mit der Bitte um teilweise Verlegung von arbeitsfähigen Häftlingen zur Auslastung der eigenen Betriebe)⁶⁴. Im selben Jahr wurde der Beschluss des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjetunion vom 12.

⁵³ Ebenda. I. 60-61.

⁵⁴ Ebenda. I. 188.

⁵⁵ Ebenda. d. 8. I. 84.

⁵⁶ Ebenda. I. 66ob.

⁵⁷ Ebenda. d. I. I. 4, 30, 97-101.

⁵⁸ *Tjuremnoe delo v 1921 g.* [Das Gefängnisssystem von 1921] Moskau 1921. S. 21-23.

⁵⁹ GARF. f. 4042. op. 2. d. I. I. 71-75.

⁶⁰ Ebenda. d. 8. I. 76ob.

⁶¹ Ebenda. I. 72.

⁶² Ebenda. d. I. I. 71-75, 108.

⁶³ *Tjuremnoe delo v 1921 g.* [Das Gefängnisssystem von 1921] Moskau 1921. S. 10.

⁶⁴ GARF. f. 4042. op. 2. d. 9b. I. 92, 99, 106, 158.

Dezember 1921 umgesetzt und die GUPR-Lager von arbeitsunfähigen Häftlingen befreit, indem man ihre Lagerhaft entweder in Ausweisung oder Verbannung umwandelte⁶⁵.

Die Regierung bezog in diesem Streit zwischen beiden Volkskommissariaten keine eindeutige Position. Als am 9. Februar 1922 die WTschK aufgelöst und innerhalb des NKWD die Politische Hauptverwaltung (GPU) eingerichtet wurde, beschloss gleichzeitig das Zentrale Exekutivkomitee, sämtliche Haftanstalten des NKWD zum 1. Juli 1922 in die Verantwortung der ZITO des NKJu zu übergeben⁶⁶. Dabei handelte es sich um Haftanstalten sowohl der GUPR als auch der GPU, die von der WTschK einige Gefängnisse und mindestens eine Lagerverwaltung – nämlich die Nördlichen Zwangsarbeitslager der GPU mit ihrem Zentrum in Archangelsk⁶⁷ – übernommen hatte. Man ging davon aus, dass der GPU nur noch ein Gefängnis in Moskau und eines in Petrograd verbleiben würde⁶⁸. Aber nach Protesten des NKWD wurde die Umsetzung dieses Beschlusses gestoppt und später ein Kompromiss gefunden. Am 25. Juli 1922 ordnete der Rat der Volkskommissare an, alle Haftanstalten des NKJu dem NKWD zu unterstellen⁶⁹. Ein gemeinsamer Beschluss des NKJu und NKWD vom 12. Oktober 1922 wandelte die ZITO des NKWD in die Hauptverwaltung für Haftanstalten (GUMS) des NKWD und ihre lokalen Organe in die lokalen Verwaltungen der Haftanstalten bei den Gouvernamentbehörden des NKWD um. Die Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (GUPR) des NKWD und ihre lokalen Verwaltungen wurden abgeschafft⁷⁰. Auf diese Weise wurden die Haftanstalten der ZITO des NKJu und der GUPR des NKWD dem ehemaligen ZITO-Verwaltungsapparat mit Jewsei Schirwindt an der Spitze unterstellt (während das ehemalige GUPR-Führungspersonal in der neuen Behörde von untergeordneter Bedeutung war), diese Leitungsstruktur jedoch unterstand wiederum dem NKWD. Die GPU hingegen behielt weiterhin ihre Haftanstalten, was weitreichende Folgen hatte.

Die Dokumente der Zentralarchive erlauben kein genaues Bild des Strafvollzugssystems in den unabhängigen Republiken (Ukraine, Transkaukasische Föderation u.a.) und den autonomen Republiken der RSFSR. Es sei lediglich angemerkt, dass in der Ukraine und den autonomen Republiken der RSFSR (1921 in der Tataristan, Baschkirien, Dagestan, Kirgisien und Gorski sowie zusätzlich 1922 in den Autonomen Republiken Krim, Turkestan und Jakutien) die allgemeinen Vollzugsanstalten dem Volkskommissariat für Justiz untergeordnet waren, während die Zwangsarbeitslager den einzelnen Volkskommissariaten für Innere Angelegenheiten in den einzelnen Republiken unterstellt waren⁷¹. Eine zentrale statistische Erfassung dieser Republiken in Moskau erfolgte nicht⁷². Auch konnten sich auf dem Territorium der autonomen Republiken Lager befinden, die der GUPR des NKWD der RSFSR (möglicherweise unter doppelter Zuständigkeit) unterstellt waren⁷³. Dabei war die Verlegung von Häftlingen in Lager der RSFSR nicht nur aus autonomen, sondern auch aus

⁶⁵ Ebenda. d. 1. 1. 4, 30.

⁶⁶ GARF. f. A-353. op. 1. d. 331. 1. 76.

⁶⁷ GARF. f. 4042. op. 2. d. 9b. 1. 148, 430. Dokumente, die die Anfänge des Gefängnis- und Lagersystems der WTschK-GPU des NKWD der RSFSR belegen, wurden nicht gefunden. Insbesondere ist unklar, wie die Häftlinge zwischen WTschK und der Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (GUPR) aufgeteilt wurden, welchen Einfluss das Ende des Bürgerkriegs und die Verabschiedung des Strafgesetzbuches auf die Zahl jener Häftlinge hatten, die der WTschK unterstanden und welche Veränderungen es bei der Umwandlung der WTschK in die Politische Hauptverwaltung (GPU) des NKWD gab. Was die WTschK-Lager im Gouvernament Archangelsk angeht, so wurden daraus offenbar die Nördlichen Lager der GPU und der GUPR.

⁶⁸ *Sobranie zakonenij RSFSR* [Gesetzessammlung der RSFSR]. 1922. Nr. 53. S. 675.

⁶⁹ GARF. f. A-353. op. 5. d. 331. 1. 164.

⁷⁰ Ebenda. f. 4042. op. 2. d. 1. 1. 233.

⁷¹ Ebenda. d. 18b. 1. 1-16; d. 1. 1. 114, 115; d. 9a. 1. 571.

⁷² Ebenda. d. 9a. 1. 316.

⁷³ Ebenda. d. 19b. 1. 3, 7.

seinerzeit unabhängigen Republiken möglich (siehe zum Beispiel den Briefwechsel über die geplante Häftlingsverlegung aus den transkaukasischen Republiken in die RSFSR⁷⁴).

1923–1930

Anfang 1923 waren sämtliche Haftanstalten der RSFSR dem NKWD unterstellt. Der Großteil der Verurteilten und viele Untersuchungsgefangene (Ende 1922 betrug ihre Zahl 80.559⁷⁵; zum September 1923 waren es 79.947 Personen⁷⁶) waren in Einrichtungen der NKWD-Hauptverwaltung für Haftanstalten (GUMS) untergebracht. Einige wenige Gefängnisse und Lager unterstanden der GPU des NKWD der RSFSR⁷⁷. Ein Teil der Untersuchungsgefangenen befand sich in Haftanstalten der Hauptverwaltung der Arbeiter- und Bauernmiliz des NKWD⁷⁸.

Auf Gouvernements- bzw. Gebietsebene erfolgte die Leitung der GUMS durch die bei den regionalen Verwaltungsabteilungen der Exekutivkomitees angesiedelten Inspektionen für Haftanstalten. Neben den eigentlichen Haftanstalten waren diesen Inspektionen auch die Büros für Zwangsarbeit ohne Verhaftung unterstellt. In den autonomen Republiken gab es eigene Vollzugsverwaltungen unter der Leitung von regionalen Volkskommissariaten für Innere Angelegenheiten, sowie Vollzugsverwaltungen, die dem NKWD der RSFSR direkt unterstanden⁷⁹. Diese Doppelstruktur wurde in allen anderen Sowjetrepubliken ebenfalls eingeführt. Zu den Vollzugsanstalten für die Verwahrung verurteilter Häftlinge gehörten folgende Einrichtungen: Isolatoren besonderer Verwendung, Besserungsarbeitshäuser, Arbeitskolonien (landwirtschaftlicher, handwerklicher und industrieller Ausrichtung), Arbeitshäuser für minderjährige Gesetzesbrecher, Arbeitshäuser für Gesetzesbrecher aus der Arbeiter- und Bauernjugend, Kolonien für psychisch Kranke, für Häftlinge, die an Tuberkulose litten, und für Häftlinge mit anderen Erkrankungen⁸⁰. Im Laufe des Jahres 1923 wurden die Zwangsarbeits- und Konzentrationslager aufgelöst und somit die Forderungen des 1922 verabschiedeten Strafgesetzbuches sowie der Strafprozessordnung erfüllt. Im April 1923 wurden die Arresteinrichtungen der Miliz an die GUMS übergeben⁸¹. Im April 1927 wurde die Struktur der GUMS aus Kostengründen vereinfacht: Die Gouvernements- bzw. Gebietsinspektionen sowie die Bezirks- bzw. Kreisinspektionen wurden aufgelöst und die Vollzugsanstalten direkt der GUMS des NKWD unterstellt; parallel dazu erhielten die Anstaltsleiter erweiterte Befugnisse. Die Inspektionen für Haftanstalten wurden in Vollzugsabteilungen unter der Leitung der Gouvernements- bzw. Gebietsexekutivkomitees umgewandelt und gewährleisteten somit eine einheitliche Leitung und politische Kontrolle vor Ort⁸². Dieses System blieb ohne wesentliche Veränderungen bis zur Auflösung der GUMS des NKWD am 15. Dezember 1930 bestehen⁸³.

Das parallel dazu etablierte System der Haftanstalten der GPU des NKWD der RSFSR verfügte anfangs lediglich über einige Gefängnisse – die so genannten Politisolatoren – und

⁷⁴ Ebenda. I. 3, 7–9.

⁷⁵ Ebenda. f. 4042. op. 2. d. 8. I. 67.

⁷⁶ Ebenda. f. 393. op. 39. d. 48. I. 13.

⁷⁷ Ebenda. f. A–353. op. 5. d. 331. I. 78.

⁷⁸ Ebenda. f. 4042. op. 2. d. 8. I. 64.

⁷⁹ *Sobranie zakonienij RSFSR* [Gesetzessammlung der RSFSR]. 1924. Nr. 86. S. 870.

⁸⁰ Ebenda.

⁸¹ GARF. f. 4042. op. 2. d. 8. I. 23.

⁸² Ebenda. op. 1. d. 36. I. 19–20; D. Blauberger: *Organy upravlenija* [Verwaltungsorgane] In: *Ot tjurem k vospitatel'nym učreždenijam* [Von Gefängnissen zu Erziehungsanstalten]. A. Ja. Vyšinskij (Hrsg.). Moskau, 1934. S. 409–414.

⁸³ GARF. f. 393. op. 84. d. 115. I. 505; *Sobranie zakonienij SSSR* [Gesetzessammlung der UdSSR]. 1930, Nr. 60. S. 640.

offenbar eine Lagerverwaltung (Verwaltung der Nördlichen Lager der GPU⁸⁴). Wahrscheinlich wurde der Erhalt dieser GPU-Haftanstalten durch den Umstand begünstigt, dass während der Umstrukturierung Ende 1922 Felix Dserschinski immer noch Volkskommissar für Innere Angelegenheiten und Leiter der GPU in Personalunion war. Am 6. Juli 1923, ein halbes Jahr nach Gründung der UdSSR, wurden die Politischen Hauptverwaltungen der einzelnen Unionsrepubliken aus den jeweiligen Volkskommissariaten für Innere Angelegenheiten ausgegliedert und in der Vereinigten Staatlichen Politischen Verwaltung (OGPU) zusammengefasst, die wiederum dem Rat der Volkskommissare der UdSSR direkt unterstellt war⁸⁵. Sämtliche Haftanstalten der GPU der RSFSR wurden der OGPU übergeben. Per Beschluss des Rats der Volkskommissare vom 13. Oktober 1923 (Protokoll Nr. 15) wurden kurze Zeit später die Nördlichen Lager der GPU aufgelöst und an ihrer Stelle die OGPU-Verwaltung der Solowezki-Zwangsarbeitslager besonderer Verwendung (USLON oder SLON)⁸⁶ eingerichtet. Auf diese Weise manifestierte der politische Unterdrückungsapparat endgültig die Autonomie seiner Haftanstalten und entzog sie somit einem von der OGPU wenigstens relativ unabhängigen Kontrollorgan. Die Versuche des Leiters der Verwaltung für Haftanstalten Jewsei Schirwindts, die OGPU-Haftanstalten unter seine Leitung zu bringen, blieben erfolglos⁸⁷.

Ein genaues Bild der Organisationsstruktur der OGPU-Haftanstalten in der Zeit ihres Bestehens konnte nicht gewonnen werden, da der Zugang zu den notwendigen Archivmaterialien unterbunden war. Bis zur Gründung der Lagerverwaltung (ULAG) der OGPU 1930 war das Solowezki-Lager der 3. Abteilung bei der Sonderabteilung der OGPU unterstellt⁸⁸. Die Gefängnisabteilung der OGPU, die wiederum der Verwaltungsabteilung der OGPU unterstellt war, verwaltete anfangs offenbar nur einen Teil der Politisolatoren. Am 14. Mai 1925 wurden die Politisolatoren von Werchne-Uralsk, Susdal, Tobolsk, Tscheljabinsk und Jaroslawl der Gefängnisabteilung der OGPU unterstellt, "um alle Politisolatoren unter der Führung der OGPU zu vereinen". Während der Leiter der Gefängnisabteilung weiterhin der allgemeinen Verwaltungsabteilung unterstellt war, so folgte er im geheim-operativen Bereich den Weisungen der Geheimabteilung der OGPU⁸⁹.

Da Archivunterlagen zu diesem Punkt nicht zugänglich sind, sind auch genaue Angaben zu Häftlingszahlen in OGPU-Haftanstalten kaum möglich. Veröffentlichten Schätzungen zufolge war ihre Zahl anfangs (1923) nicht hoch und betrug weniger als 7.000 Personen bzw. ca. 10% aller Inhaftierten innerhalb der Hauptverwaltung für Haftanstalten (GUMS) der RSFSR⁹⁰. Die durchschnittliche Insassenzahl des Solowezki-Lagers betrug im vierten Quartal 1923 2.557 Personen und im ersten Quartal 1924 3.531⁹¹. Gemäß den bis Ende der 1920er Jahre geltenden Bestimmungen wurden in die Haftanstalten der OGPU "politische Verbrecher" und besonders gefährliche Straftäter eingewiesen⁹². Dabei betraf die Einweisung in Politisolatoren "ausschließlich jene Häftlinge, welche dazu vom Sonderausschuss (OSO) der OGPU und den

⁸⁴ GARF. f. 4042. op. 2. d. 9b. l. 148; d. 9v. l. 429, 430.

⁸⁵ *Sobranie zakonienij SSSR* [Gesetzessammlung der UdSSR]. 1923. Nr. 12. S. 105.

⁸⁶ GARF. f. 5446. op. 1. d. 2. l. 31, 43. Der Erhalt der Lager widersprach dem gültigen Strafgesetzbuch. Wie bereits erwähnt, wurden sie innerhalb des NKWD-Systems in der ersten Jahreshälfte 1923 aufgelöst. Möglicherweise führte die Ungesetzlichkeit dieser Einrichtungen zur Umbenennung der OGPU-Lager in "Lager besonderer Verwendung".

⁸⁷ GARF. f. 393. op. 1. l. 15-17.

⁸⁸ Zentralarchiv des FSB. f. 2. op. 8. d. 104. l. 27-28.

⁸⁹ Befehl 125/60 der OGPU vom 14.05.1925. Möglicherweise hing diese Umstrukturierung der Verwaltung für Politisolatoren mit der Verlegung von politischen Häftlingen aus dem USLON im Sommer 1925 zusammen.

⁹⁰ D. Dallin, B. Nicolaevsky: *Forced Labor in the Soviet Russia*. New Haven, CT: Yale University Press, 1947. S. 173.

⁹¹ Zentralarchiv des FSB. f. Statistiki. d. 13. l. 1.

⁹² GARF. f. 393. op. 1. d. 83. l. 1-2.

Gerichten (Oberster Gerichtshof der UdSSR und Oberster Gerichtshof der RSFSR) verurteilt worden waren"⁹³.

Ursprünglich beschränkte sich der Wirkungsbereich der Verwaltung der Solowezki-Lager besonderer Verwendung (USLON) auf die Solowezki-Inseln; in Karelien (Kem) befand sich lediglich ein Transit- und Versorgungslager. Innerhalb kürzester Frist breiteten sich jedoch Ableger dieser Verwaltung auf dem Festland aus: zunächst in den Küstenregionen Kareliens, 1926 im nördlichen Uralvorland (Wischera-Abteilung) und nach weiteren zwei, drei Jahren auf der Halbinsel Kola⁹⁴. Mit der territorialen Expansion ging ein rascher Anstieg der Gefangenzahlen innerhalb des OGPU-Vollzugssystems einher. Zum 1. Oktober 1927 zählte man allein im USLON-Lagersystem 12.896 Häftlinge⁹⁵.

Auch in den Vollzugsanstalten, die den Hauptverwaltungen für Haftanstalten in den einzelnen Sowjetrepubliken unterstanden, stiegen die Inhaftiertenzahlen. Die GUMS des NKWD der RSFSR (ohne Einbeziehung der Haftanstalten der autonomen Republiken innerhalb der RSFSR) zählte im Oktober 1924 77.784 Inhaftierte, im Oktober 1925 betrug ihre Zahl 92.947, im Juli 1926 122.665 und im Juli 1927 111.202 (die Angaben von 1927 berücksichtigen nicht die Inhaftiertenzahlen der Region Fernost⁹⁶). In der RSFSR lebten ca. 60% der Gesamtbevölkerung der UdSSR⁹⁷ ohne Berücksichtigung der Bewohner der autonomen Republiken. Stellt man die Inhaftiertenzahlen in den GUMS-Vollzugsanstalten der anderen Sowjetrepubliken ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl, so kann man für Mitte 1927 die Gefangenzahlen in der UdSSR auf ca. 200.000 Personen hochrechnen. Zehn Jahre nach der Oktoberrevolution war somit die Zahl der Gefangenen genauso hoch wie 1912, wobei sich das Territorium im Vergleich zum zaristischen Russland verringert hatte.

Die wachsenden Häftlingszahlen widersprachen den Ankündigungen des Marxismus. Doch die Hauptschwierigkeit war nicht ideologischer, sondern finanzieller Natur. Unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) waren die Unternehmen der GUMS nicht konkurrenzfähig. Sie hatten keinen stabilen Absatzmarkt, die Qualität der Produkte ließ weiterhin zu wünschen übrig, die Produktionskosten waren zu hoch, was teilweise mit den hohen Ausschussraten zu tun hatte⁹⁸. Eine Wirtschaftlichkeit der Vollzugsanstalten wurde nicht erreicht, und für jeden neuen Häftling mussten zusätzliche Mittel aufgebracht werden. Diese Mittel wurden jedoch für die geplante Industrialisierung gebraucht.

Die Leitung der Hauptverwaltung für Haftanstalten begriff, dass ohne den massenhaften Einsatz von Häftlingen bei ungelerten Arbeiten eine Wirtschaftlichkeit nicht erreicht werden konnte. Die Beschaffung derartiger Arbeiten erwies sich jedoch unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik als ausgesprochen schwierig. Der einzige praktische Schritt in diese Richtung war der Beschluss des Obersten Rates für Volkswirtschaft der RSFSR vom 19. Dezember 1926 "Über den Einsatz von Häftlingen bei der Holzgewinnung"⁹⁹. Der Beschluss sah vor, dass "zum verstärkten Einsatz von Arbeitskräften und zur Senkung der Arbeitskosten im Holzeinschlag" alle staatlichen Organisationen eine "maximale Anzahl von Häftlingen" einsetzen sollten. Übrigens findet man auch in diesem Dokument das Eingeständnis, dass "bei der praktischen Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahme einige Hindernisse entstehen könnten". Bis 1929 wurden Häftlinge der GUMS nur teilweise im Holzeinschlag

⁹³ Befehl 125/60 der OGPU vom 14.05.1925.

⁹⁴ Zentralarchiv des FSB. f. Statistiki. d. 13. l. 1; GARF. f. 393. op. 1. d. 2919. l. 2, 39, 42, 65; f. 9414. op. 1. d. 2818. l. 65, 155.

⁹⁵ GARF. f. 9414. op. 1. d. 2818. l. 3.

⁹⁶ Ebenda. d. 2877. l. 177, 178.

⁹⁷ D. Šelestov: *Vremja Alekseja Rykova* [Die Epoche des Alexei Rykow]. Moskau 1990. S. 329.

⁹⁸ GARF. f. 4042. op. 1a. d. 39. l. 46-47.

⁹⁹ Ebenda. l. 171.

eingesetzt¹⁰⁰. Ein möglicher Grund ist die Lage der meisten GUMS-Vollzugsanstalten in dicht besiedelten Gebieten, wo es keinen Arbeitskräftemangel gab. Ähnliche Vorschläge der GUMS, wie z.B. die Verwendung von Häftlingen für schwere Erdarbeiten beim Eisenbahnbau in Turkestan, worüber 1927 verhandelt wurde¹⁰¹, fanden keine Zustimmung.

Eine Analyse der Regierungsprotokolle macht deutlich, dass bis 1930 Häftlinge nicht als billige Arbeitskräfte galten, sondern man bestenfalls davon ausging, mit ihrer Arbeitskraft die Staatsausgaben für den Unterhalt der Vollzugsanstalten decken zu können. Tatsächlich wurde im 1928 beschlossenen ersten Fünfjahresplan die durch Häftlinge hergestellte Produktion nicht einmal erwähnt. Anlässlich des 10. Jahrestages der Oktoberrevolution wurde im Herbst 1927 eine umfassende Amnestie verkündet, deren Grundidee in der drastischen Reduzierung der Inhaftiertenzahlen bestand. Von Mitte November 1927 bis Ende Februar 1928 wurden im Rahmen der Amnestie allein in der RSFSR ca. 51.000 Häftlinge¹⁰² entlassen – also fast die Hälfte aller für Juli 1927 erfassten Häftlinge. Eine Regierungsanweisung vom März 1928 verlangte von den Volksgerichten faktisch, Kleinkriminelle zu Zwangsarbeit ohne Inhaftierung zu verurteilen. Gleichzeitig wurde der Hauptverwaltung für Haftanstalten eine Verschärfung der Lagerordnung in den Vollzugsanstalten vorgeschrieben¹⁰³. Somit stieg der Anteil der zu Zwangsarbeit Verurteilten an den Gesamtverurteilungen durch die Volksgerichte (d.h. ohne Einbeziehung der "Verurteilten" durch die OGPU-Organen) von 15,3 % in der ersten Jahreshälfte 1928 auf 57,7 % in der zweiten Jahreshälfte 1929 und betrug im ersten Halbjahr 1930 über 50%¹⁰⁴. Der Druck auf die Richter war so stark, dass 1930 der Anteil der Verurteilten zu Zwangsarbeit ohne Inhaftierung aufgeschlüsselt nach Delikten bei den Verurteilungen wegen Mordes 20%, wegen Sexualverbrechen 31%, wegen Raubes 46,2% und wegen Diebstahls 69,7% betrug¹⁰⁵.

Diese Maßnahmen zeigten keinen nachhaltigen Effekt. Bereits gegen Ende der Amnestiephase (zum 1. November 1928), als die Zahl der vorzeitig Entlassenen 58.654 betrug¹⁰⁶, zählte die Hauptverwaltung für Haftanstalten (GUMS) des NKWD der RSFSR 111.962 Häftlinge, also sogar etwas mehr als im Sommer 1927. Bis Januar 1929 erhöhte sich die Zahl der Gefangenen auf 118.179 Personen und betrug im Januar 1930 an die 179.000 Personen¹⁰⁷. Noch schneller stiegen die Insassenzahlen in den Haftanstalten der OGPU. Allein die Verwaltung der Solowezki-Lager besonderer Verwendung (USLON) hatte im Geschäftsjahr 1928/29 eine durchschnittliche Insassenzahl von 21.900 Personen und wies zum 1. Juli 1930 63.000 Gefangene auf¹⁰⁸.

¹⁰⁰ E.G.Širvindt, B.S.Utevschij: *Sovetskoe ispravitel'no-trudovoe pravo* [Sowjetisches Besserungsarbeitsrecht]. 2. Auflage. Moskau 1931. S. 91.

¹⁰¹ GARF. f. 4042. op. 3. d. 494. l. 10, 24.

¹⁰² Ebenda. op. 1. d. 73. l. 63–91.

¹⁰³ O karatel'noj politike i sostojanii mest zaključenija: Postanovlenie WZIK i SNK RSFSR po dokladam NKJU i NKWD ot 26.03.28 [Zur Strafpolitik und zum Zustand der Haftanstalten: Verordnung des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjetunion und des Rates der Volkskommissare der RSFSR zu den Vorgängen des NKJU und des NKWD vom 26.03.1928]. In: *Eženedel'nik sovetskoj justizii* [Wochenblatt der Sowjetischen Justiz]. 1928. Nr. 14. Die Leitung der Hauptverwaltung für Haftanstalten (GUMS) befand eine erhebliche Verschärfung des Regimes nicht für notwendig, was den Unwillen der Regierung hervorrief (Prenija po dokladu Traskoviča [Diskussion zum Vortrag Traskowitschs] Ebenda. 1929, 9/10. S. 228).

¹⁰⁴ Reč' t. Jansona na 3-m soveščanii sudebno-prokurorskich rabotnikov [Rede des Gen. Janson auf der 3. Tagung der Mitarbeiter des Gerichts und der Staatsanwaltschaft]. In: *Sovetskaja justicija* [Sowjetische Justiz]. 1930, Nr. 24/25. S. 1–2.

¹⁰⁵ *Ispravitel'no-trudovaja politika rekonstruktivnogo perioda* [Die Besserungsarbeitspolitik zur Zeit des Wiederaufbaus]. Ebenda. 1931, Nr. 25. S. 25.

¹⁰⁶ GARF. f. 4042. op. 1. d. 73. l. 63–91.

¹⁰⁷ Ebenda. f. 9414. op. 1. d. 2877. l. 177, 178. Zudem verbüßten im Januar 1930 etwa 300.000 Personen in der RSFSR eine Strafe in Form von Zwangsarbeit ohne Inhaftierung. (Ispravitel'no-trudovaja politika rekonstruktivnogo perioda. In: *Sovetskaja justicija*. 1931, 25. S. 25)

¹⁰⁸ GARF. f. 9414. op. 1. d. 2919. l. 2, 42.

Nachdem sich die Regierung davon überzeugt hatte, dass sie auf diese Weise die Ausgaben für den Unterhalt der Haftanstalten kurzfristig nicht würde senken können, betonte sie im Sommer 1929 erneut, dass die Produktivität der Gefangenenarbeit erhöht werden müsse. Zu diesem Zeitpunkt hatte die OGPU bereits viele Erfahrungen in der Organisation von Gefangenenarbeit in entfernten Regionen und verschiedenen Wirtschaftsbereichen, u.a. bei der Holzgewinnung gesammelt (siehe auch "SOLOWEZKI-ITL DER OGPU"). Damals war Holz einer der wichtigsten Exportartikel der UdSSR. Und während früher der Unterhalt der Häftlinge den Staatshaushalt belastet hatte, so konnten nun aus der Arbeit der im Holzeinschlag eingesetzten Häftlinge (besonders in jenen Regionen, in denen nur ein äußerst begrenztes Kontingent an freien Arbeitern zur Verfügung stand) Devisen gewonnen werden, welche für die Erfüllung des Fünfjahresplanes dringend benötigt wurden¹⁰⁹. Mit den Vorbereitungen zur Uchta-Expedition für die Erschließung von Erdölvorkommen in der ASSR der Komi¹¹⁰ unternahm die OGPU im Frühjahr 1929 einen wichtigen Schritt, um die Einbeziehung von Häftlingsarbeit im Fünfjahresplan zu verankern.

Im Juli 1929 gab die Regierung eine Verordnung heraus, die der OGPU den vermehrten Einsatz von Häftlingen bei der Holzgewinnung in entlegenen Regionen vorschrieb¹¹¹. Gleichzeitig verabschiedete der Rat der Volkskommissare am 11. Juli 1929 einen Erlass, der die Entwicklung des Systems der Haftanstalten in der UdSSR für viele Jahrzehnte bestimmte. "Zum Zweck der Besiedlung" entlegener Regionen "und der Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen" wurde die Schaffung eines Netzes von Besserungsarbeitslagern (ITL) der OGPU befohlen¹¹². Diesem Erlass gemäß mussten alle Verurteilten mit Freiheitsstrafen von drei Jahren und mehr in diese Lager verbracht werden. In den Haftanstalten unter der Leitung des NKWD befanden sich nur noch Gefangene mit Freiheitsstrafen von unter drei Jahren. Diese Regelung war für die OGPU von beträchtlichem Vorteil, da die Langzeithäftlinge – in der Hoffnung auf Haftverkürzung aufgrund guter Arbeitsleistungen – in der Regel härter arbeiteten; zudem hatten sie Zeit, neue berufliche Fertigkeiten zu erwerben.

Die Hauptverwaltungen für Haftanstalten trugen ebenfalls zur Erfüllung des Fünfjahresplans bei. Ende Oktober 1929 machte die Allunionskonferenz der aus allen Republiken versammelten GUMS-Mitarbeiter den Vorschlag, Gefangene für bestimmte Arbeiten und in bestimmten Regionen zu verwenden, die von freien Arbeitern wegen der Art des Arbeitseinsatzes und der Entfernung des Arbeitsplatzes gemieden wurden. Die Resolution unterstrich die besondere Bedeutung der Arbeiten bei der Holzgewinnung. Jewsei Schirwindt erklärte, dass durch die Umsetzung der Vorhaben dieses Fünfjahresplanes die Umerziehung der Gefangenen stärker als vorher gefördert würde, da die Gefangenen nicht zu Gegnern der freien Arbeiter, sondern Teil des landesweiten Arbeitskollektivs würden¹¹³. Jedoch war das Schicksal der Hauptverwaltungen für Haftanstalten (GUMS) in den Republiken faktisch schon besiegelt.

¹⁰⁹ D. Dallin, B. Nicolaevsky: a.a.O. S. 217–230.

¹¹⁰ A. N. Kaneva: Uchtpečlag, 1929–1938 gg. In: *Istoričeskij al'manach* [Historischer Almanach]. Teil 1. Zven'ja: Moskau 1991. S. 331–354.

¹¹¹ *Administrativnyj vestnik* [Verwaltungsmitteilungen]. 1929, Nr. 9. S. 56–57.

¹¹² GARF. f. 5446. op. 1. d. 48. l. 210–212. Per Beschluss des Zentralen Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 16.11.1929 wurden der Begriff "Besserungsarbeitslager" und die Festsetzung des Strafmaßes in Form einer "Freiheitsstrafe in Besserungsarbeitslagern" in die "Grundzüge der Strafgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken" aufgenommen (*Sobranie zakonenij SSSR* [Gesetzessammlung der UdSSR]. 1929. Nr. 72). Für Einzelheiten zur Entwicklung des Lagersystems der OGPU siehe Beitrag "Haftanstalten in der UdSSR. 1929–1960".

¹¹³ E. Širvindt: K dvenadcatiletiju sovetskoj ispravitel'no-trudovoj politiki [Anlässlich des 12. Jahrestags der sowjetischen Besserungsarbeitspolitik]. In: *Eženedel'nik sovetskoj justicii* [Wochenblatt der Sowjetischen Justiz]. 1929, Nr. 4. S. 1087–1089.

Bereits 1928 machte sich die Führung des Volkskommissariats für Justiz die Unzufriedenheit der Regierung mit der GUMS zu Nutze und schlug vor, die Haftanstalten vom NKWD an das NKJu zu übergeben¹¹⁴. Als eine Art Testlauf gestattete die Regierung eine derartige Umstrukturierung in Turkmenistan. Aber die NKJu-Einrichtungen in Turkmenistan waren bei der Kontrolle der Haftanstalten auf die Hilfe der lokalen NKWD-Organen angewiesen, sodass sie nach einigen Wochen wieder der Leitung des turkmenischen Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten unterstellt wurden¹¹⁵. Doch das Volkskommissariat für Justiz setzte seine Kampagne gegen das NKWD fort. Insbesondere unterstellte die Führung des NKJu der Leitung der GUMS des NKWD der RSFSR eine "Rechtsabweichung" (Unterstützung Bucharins)¹¹⁶. Daher wurden auf gemeinsamen Erlass des Rates der Volkskommissare und des Zentralen Exekutivkomitees vom 15. Dezember 1930 die Volkskommissariate für Innere Angelegenheiten in den einzelnen Sowjetrepubliken aufgelöst und gleichzeitig sämtliche von den GUMS geleiteten Haftanstalten nunmehr den Volkskommissariaten für Justiz der einzelnen Republiken unterstellt¹¹⁷. In der Transkaukasischen SFSR, wo es kein föderales Volkskommissariat für Justiz gab, waren die Verwaltungen für Haftanstalten der einzelnen Republiken anderen Behörden angeschlossen: In der Georgischen SSR unterstand die Hauptverwaltung der Besserungsarbeitseinrichtungen der GPU, in der Aserbaidschanischen SSR dem Obersten Gericht (und die lokalen Organe den Volksgerichten), und in der Armenischen SSR wurde eine Besserungsarbeitsabteilung des Rates der Volkskommissare gebildet¹¹⁸.

Quellen:

- Dekrety Sovetskoj vlasti. Bd. 5. Moskau 1971, Nr. 38 S. 69.
- Ebenda, Nr. 97, S. 174.
- Eženedel'nik sovetskoj justicii, 1922, Nr. 37/38, S. III, Anhang.
- B. S. Utevschij: Sovetskaja ispravitel'no-trudovaja politika. Moskau 1934 S. 69.
- GARF. f. A-353, op. 1. d. 92. l. 16, 17, 44, 86, 87; op. 5, d. 1. l. 35, 37; f. 4042, op. 2. d. 1. l. 233, 235; d. 9a. l. 270; d. 9b. l. 125, 146, 147; op. 8. d. 1. l. 21, 22, 106, 122, 137; d. 4. l. 8; d. 5. l. 45, 64–66, 79, 80; d. 9. l. 70, 89, 200; d. 12. l. 37; d. 31. l. 96; d. 43. l. 2, 3.

¹¹⁴ N. Lagovier: Nablevšie voprosy ugolovno-sudebnoj i ispravitel'no-trudovoj praktiki [Dringende Fragen zur Strafrichterbarkeit und dem Besserungsarbeitsvollzug]. Ebenda. 1928, 40/41. S. 1078. Die Unzufriedenheit ergab sich aus den Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Leitung der Hauptverwaltung für Haftanstalten (GUMS), die mit einer Verschärfung der Haftbedingungen nicht einverstanden war.

¹¹⁵ Prenija po dokladu Traskoviča [Diskussion zum Vortrag Traskowitschs]. In: *Eženedel'nik sovetskoj justicii* [Wochenblatt der Sowjetischen Justiz]. 1929, Nr. 9/10. S. 228.

¹¹⁶ Programma pravogo opportunizma v ugolovnoj politike: K proektu UK t. Širvindta [Das Programm des Rechtsopportunismus in der Politik des Strafrechts: Zum Projekt des Strafrechts des Gen. Schirwindt]. In: *Sovetskoe gosudarstvo i revoljucija prava* [Sowjetischer Staat und Revolution des Rechts]. 1930, Nr. 11/12. S. 106–109; A. P., N. L. Pravij uklon v karatel'noj politike [Rechtsabweichung in der Strafpolitik]. In *Eženedel'nik sovetskoj justicii* [Wochenblatt der Sowjetischen Justiz]. 1930, Nr. 3. S. 14–17.

¹¹⁷ GARF. f. 393. op. 84. d. 115. l. 505; *Sobranie zakonov SSSR* [Gesetzessammlung der UdSSR]. 1930, Nr. 60. S. 640. Schirwindt wurde entlassen und an eine andere Stelle versetzt. 1936 wurde er verhaftet und erst 1955 aus der Haft entlassen. (siehe: Evsej Gustavovič Širvindt. In: *Sovetskoje gosudarstvo i pravo* [Sowjetischer Staat und Revolution des Rechts]. 1958. Nr. 12. S. 130).

¹¹⁸ D. Blauberger: a.a.O. S. 409–414.

Tabelle 1

**Zentraleinrichtungen des Volkskommissariats für Justiz (NKJu) und des
Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) der RSFSR für die
Verwaltung der Haftanstalten 1917–1930**

Vollständige Bezeichnung	Abkürzung	Leiter (Berufungsdatum)
Volkskommissariat für Justiz (NKJu)		
Hauptverwaltung für Haftanstalten (10.1917–05.1918)	GUMS	W. Spunde ¹ (10.1917 (?))
Zentrale Strafabteilung (05.1918–10.1921)	ZKO	L. A. Sawrassow (18.05.1918)
Zentrale Besserungsarbeitsabteilung (10.1921–12.10.22)	ZITO	L. A. Sawrassow (10.1921)
		J. G. Schirwindt (13.06.1922 ²)
Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD)		
Zentralverwaltung für Zwangsarbeitslager ³ (15.04.1919–17.05.1919)	ZULPR	M. S. Kedrow (15.04.1919)
Abteilung für Zwangsarbeit (17.05.1919–18.05.1920)	OPR	M. S. Kedrow (17.05.1919)
		B. W. Popow (interimistisch) (06.1919)
		W. F. Medwed (09.1919)
		S. G. Sangwil (10.02.1920)
Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (18.05.1920–09.1920)	GUPR	S. G. Sangwil (18.05.1920)
Hauptverwaltung für gesellschaftliche Arbeiten und Verpflichtungen (09.1920–02.1921 ⁴)	GUOPR	S. G. Sangwil (09.1920)
Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (02.1921 ⁵ –12.10.1922)	GUPR	W. F. Uschazki (10.02.1921)
		S. O. Rodnjanski (13.01.1922)
Hauptverwaltung für Haftanstalten (12.10.22–15.12.30)	GUMS	J. G. Schirwindt (12.10.1922)
Politische Hauptverwaltung (09.02.22–06.07.23)	GPU	F. E. Dserschinski (09.02.1922)

Anmerkungen zur Tabelle:

¹ Ernennungsdatum unbekannt. Die früheste Erwähnung von W. Spunde als Leiter der Hauptverwaltung für Haftanstalten (GUMS) erfolgte am 28.02.1918 (GARF. f. A-353. op. 1. d. 92. l. 87); sein Vorgänger A. Schilischenko, der unter der Provisorischen Regierung Leiter der Hauptverwaltung für Haftanstalten war, wurde letztmalig am 09.10.1917 erwähnt (ebenda. l. 86); nach Utevski wurde Schilischenko jedoch gleich nach der Oktoberrevolution seines Amtes enthoben.

² Es wurden das Entlassungsdatum Sawrassows als Leiter der Zentralen Besserungsarbeitsabteilung (ZITO) und das Ernennungsdatum Schirwindts als Kommissarischer Leiter angeführt. (GARF. f. 4042. op. 2. d. 9a. l. 270). Zum Leiter der Besserungsarbeitsabteilung wurde Schirwindt am 22.06.1922 ernannt (ebenda. op. 8. d. 4. l. 8).

³ In den Unterlagen des NKWD wird häufig eine andere Bezeichnung gebraucht: Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (GUPR).

⁴ Keine Angaben über den Leiter zum Zeitpunkt der Umbenennung.

⁵ Keine Angaben über den Leiter zum Zeitpunkt der Umbenennung.

DAS SYSTEM DER HAFTANSTALTEN DER UDSSR 1929-1960

Die Auffassung der Sowjetregierung vom Strafvollzug war in den 20er Jahren ausgesprochen konservativ: Professionelle Strafverbrecher sollten isoliert und die restlichen Gesetzesbrecher erzogen werden, politische Opponenten erlebten den Strafvollzug als eine dem Repressionsapparat untergeordnete Institution. Eine Neuerung war die Vorstellung, auf der Grundlage von Arbeit, genauer gesagt, einer Mischung aus Arbeitslehre und produktiver Arbeit, erzieherisch wirksam zu werden. Im Zusammenspiel aus ideologischen Vorgaben und chronischem Geldmangel des Staates ergab sich die zwingende Hauptaufgabe beim Aufbau der Vollzugsanstalten: sie mussten rentabel sein.

Es gilt zu berücksichtigen, dass das Vollzugssystem des Jahres 1929 unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) entstanden war, also in einer Zeit, als Massenarbeitslosigkeit herrschte und industrielle Großprojekte fehlten, da privates Großkapital vernichtet worden war, der Staat kein Geld für eigene Großprojekte hatte und Produzenten nicht eigenständig über den Vertrieb ihrer Produkte und die industrielle Versorgung entscheiden konnten. Ökonomische Gründe liefern somit die Erklärung dafür, dass das Vollzugssystem seinen Ursprung in relativ kleinen Arbeitskolonien, Besserungsarbeitshäusern und anderen Haftanstalten nahm, deren Belegung in der Regel 100 – 600/700, maximal 2.000 Personen betrug und die für unterschiedliche Häftlingsgruppen ("Kategorien") vorgesehen waren¹. Dieselben Gründe erklären auch die begrenzten Funktionen der zentralen Leitung. Die meisten Haftanstalten wurden von den Exekutivkomitees in den Gouvernements, Gebieten und Kreisen finanziert. Außerdem fehlte ein zentrales System zur Produktionsversorgung und für den Absatz jener Produkte, die in den Haftanstalten hergestellt wurden. Das einzige große Vollzugssystem unter völliger Zentralverwaltung, die sich u.a. auch auf die Produktionstätigkeit erstreckte, stand unter Leitung der OGPU: Die Verwaltung der Lager auf den Solowezki-Inseln, die im Geschäftsjahr 1928/29 eine durchschnittliche Belegung von 21.900 Häftlingen aufwies².

Die Verabschiedung der "beschleunigten Variante" des ersten Fünfjahrplanes Mitte 1929 sowie die radikale Kollektivierung in den Jahren 1930-1932 veränderten die Situation im Lande grundlegend. Bereits 1929 ging die Arbeitslosigkeit stark zurück und war 1930 komplett ausgemerzt. Um die Pläne der KPdSU in den 30er Jahren umzusetzen, mussten alle bedeutenden Ressourcen (so auch die Arbeitskräfte) auf den Baustellen der großen Industrie- und Transportprojekte konzentriert werden. Die Verstaatlichung faktisch der gesamten Produktion gebar automatisch zentralisierte Verteilungssysteme für Ressourcen (sowohl Rohstoffe als auch Arbeitskräfte), Produktionsaufträge und den Absatz von Fertigerzeugnissen.

Vor dem Hintergrund einer Wirtschaft im ständigen Wandel vollzog sich von 1929 bis 1941 eine Reihe von Reformen im Strafvollzug.

Als am 11. Juli 1929 der Rat der Volkskommissare den Beschluss "Über die Verwendung der Arbeitskraft krimineller Strafgefangener"³ annahm, wurde damit der Grundstein für die erste

¹ *Sobranie uzakonenij RSFSR* [Gesetzessammlung der RSFSR]. 1924. 86. S. 870; GARF. F. 4042. Op. 1. D. 73. L. 75–91.

² GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2919. L. 2

³ Ebenda. F. 5446. Op. 1. D. 48. L. 210–212. Wichtigste Unterlagen zum Beschluss über die Reform des Vollzugsystems 1929 aus den Geschäftsunterlagen des ZK der KPdSU(B), herausgegeben von S. A. Krasil'nikov

Reform gelegt, die in der Folgezeit die globale Richtung für die gesamte Entwicklung des Systems bestimmte. Das Dokument sah die Einrichtung zweier Parallelsysteme für den Strafvollzug vor: einerseits unter der Leitung der OGPU der UdSSR und andererseits unter der Leitung des NKWD in den einzelnen Sowjetrepubliken.

Die Grundlage für das erste System bildeten große Besserungsarbeitslager, die in entlegenen und dünn besiedelten Regionen einzurichten waren, wobei bestehende Lager gleichzeitig ausgebaut werden sollten⁴. Diese Lager sollten als Zentren angelegt werden, von denen die Besiedlung der umliegenden Region ausgehen sollte. Man beabsichtigte eine gezielte Ansiedlung von Häftlingen, und zwar jener, die ihre Haftstrafe verbüßt hatten oder jener, die wegen "guter Führung oder ausgezeichnete Arbeitsleistung" mit vorzeitiger Entlassung belohnt und "mit der notwendigen Unterstützung" in "die freie Ansiedlung" überführt wurden⁵. Gleichzeitig wurde an die Lager die systematische "Gewinnung der natürlichen Rohstoffe mit Hilfe der Arbeitskraft von Gefangenen" als Produktionsaufgabe ausgegeben. Auf Befehl sollte jeder, der auch nur im Geringsten zu physischer Arbeit taugte und dessen Haftzeit ab drei Jahren aufwärts betrug, zu Arbeiten eingesetzt werden.

Das zweite System entstand im Rahmen der bereits existierenden Hauptverwaltungen für Haftanstalten (GUMS) des NKWD in den einzelnen Sowjetrepubliken. Die Hauptverwaltungen für Haftanstalten erhielten die Aufgabe, "ihr Anstaltnetz zu überarbeiten, um gemäß den folgenden Bestimmungen eine territorial ausgewogene Aufteilung vorzunehmen: a) Vollzugsanstalten für Personen mit einer Freiheitsstrafe unter drei Jahren; b) Vollzugsanstalten für Untersuchungsgefangene und c) Transitlager". Die bestehenden Haftanstalten mussten auf ein Minimum reduziert werden und "für die verbleibenden Haftanstalten lediglich die Funktionen als Isolatoren für Personen in Untersuchungshaft sowie als Transitlager erhalten bleiben". Für Inhaftierte mit einer Freiheitsstrafe von einem bis drei Jahren sollten spezielle landwirtschaftliche und Industriekolonien eingerichtet werden. Es sei darauf hingewiesen, dass mit diesem Beschluss faktisch eine neue Begrenzung der Mindestfreiheitsstrafe (ein Jahr) eingeführt wurde⁶.

(siehe Roždenie GULAGa: Diskussii v verhnich ešelonach vlasti [Die Geburt des GULAG: Diskussionen in den obersten Machtsphären] In: *Istoričeskij archiv* [Historisches Archiv]. 1997. Nr. 4. S. 142–156).

⁴ Als der Erlass unterschrieben wurde, verfügte die OGPU über zwei Besserungsarbeitslager (ITL): Das SOLOWEZKI-ITL und das WISCHERA-ITL, in dem weitaus weniger Personen inhaftiert waren als im erstgenannten (siehe entsprechende Lagereinträge).

⁵ Mehr über die Besiedlung von Regionen mit Hilfe von Lagern siehe "Vremennoe Položenie o kolonizacionnyh poselkach ITL OGPU" [Provisorische Verordnung über die Siedlungskolonien der ITL der OGPU], veröffentlicht am 14. September 1932 per Befehl 890s der OGPU.

⁶ Früher waren die meisten Häftlinge im Vollzug der GUMS Verurteilte zu kurzen Haftstrafen (unter einem Jahr). Die Verordnung des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjetunion und des Rates der Volkskommissare vom 26.03.28 (O karatel'noj politike i sostojanii mest zaključenija: Postanovlenie WZIK i SNK RSFSR po dokladam NKJU i NKVD ot 26.03.28 [Zur Strafpolitik und zum Zustand der Haftanstalten: Verordnung des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjetunion und des Rates der Volkskommissare der RSFSR zu den Vorgängen des NKJU und des NKWD vom 26.03.1928]. In: *Eženedel'nik sovetskoj justicii* [Wochenblatt der Sowjetischen Justiz]. 1928. Nr. 14.) schrieb vor, dass die Strafverbüßung dieser Personen in Zwangsarbeit ohne Haft bestehen sollte. Der letzte Regierungserlass, der die Begrenzung der minimalen Haftstrafe auf ein Jahr behandelte, war die Verordnung des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjetunion und des Rates der Volkskommissare vom 20.05.30 über Änderungen des Artikels 28 des StGB der RSFSR (Mehr dazu, siehe A. Ėstrin, V. Trachterev: Razvitie sovetskoj ispravitel'no-trodovoj politiki kak časti sovetskoj ugolovnoj politiki [Entwicklung der sowjetischen Besserungsarbeitspolitik als Teil der sowjetischen Strafpolitik]. In: *Ot tjurem k vospitatel'nym učreždenijam* [Von Gefängnissen zu Erziehungsanstalten]. A. Ja. Vyšinskij (Hrsg.). Moskau, 1934. S. 59).

Die Umsetzung dieses Beschlusses zeigte schnell ökonomische Auswirkungen, da die Unterhaltskosten für die Häftlinge sanken. Einerseits musste man keine alten Vollzugsanstalten sanieren oder neue, solide Vollzugsanstalten bauen, andererseits waren Lagerbauten und –unterkünfte, die mit weitaus geringeren Auflagen bereits den Erfordernissen der Kolonien entsprachen, wesentlich kostengünstiger. Des Weiteren führte die Einteilung der Gefangenen in besonders gefährliche und weniger gefährliche zu Einsparungen im Wachpersonal, da erstere in unbewohnte Gebiete ausgewiesen wurden und somit die Fluchtgefahr in den dünn besiedelten Regionen des Nordens und in Sibirien im Vergleich zu den Zentralregionen erheblich abnahm.

Aber das Hauptziel des Beschlusses des Rates der Volkskommissare vom 11. Juli 1929 war ein anderes: Innerhalb des Zwangsarbeitssystems wurden zwei untergeordnete Systeme eingerichtet. Beide sollten auf eigene, völlig autonome Ressourcen zurückgreifen. Das erste Lagersystem sollte die Arbeitskraft jener Gefangenen einsetzen, die vom Staat als gefährlich eingestuft wurden. Diese Häftlingskategorie wurde der Leitung einer Organisation – der OGPU – unterstellt und räumlich vom Rest der Bevölkerung getrennt. In unbewohnten Gebieten sollte somit ein enormes Arbeitskräftepotenzial zusammengezogen und zentralisierte Leitungsorgane aufgebaut werden um Großprojekte umzusetzen. Durch gezielte Ansiedlung hätte man jene Arbeitskräfte dort verankert und ihre künftige Reproduktion sichergestellt. Zur Hauptaufgabe der Lagerleitung wurde der wirtschaftlich sinnvolle Einsatz der Häftlingsarbeitskraft. Die Umerziehung der Gefangenen wird in keinem Dokument der Jahre 1929 bis 1930, einschließlich des vom Rat der Volkskommissare der UdSSR am 21. April 1930 verabschiedeten Beschlusses Nr. 11/337 "Verordnung zu den Besserungsarbeitslagern"⁷, als Aufgabe der Lagerverwaltung erwähnt.

Das zweite Lagersystem sollte die als wenig gefährlich eingestuften Häftlinge verwenden. Die relativ kurzen Freiheitsstrafen machten deshalb eine Verlegung über große Entfernungen unrentabel. Es war zweckmäßig, die Arbeiten am Wohnort der Häftlinge zu ermöglichen. Deshalb konzentrierten sich die Haftanstalten für die aus Sicht der Sowjetmacht minder gefährlichen Gesetzesbrecher hauptsächlich in dicht besiedelten Regionen. Für die Häftlinge dieses Lagersystems blieb die Aufgabe der Umerziehung und Arbeitserziehung bestehen⁸. Dieses Vollzugssystem war weniger zentralistisch aufgebaut, und die Leitung lag in den Händen der Hauptverwaltung für Haftanstalten (GUMS) beim NKWD in den einzelnen Sowjetrepubliken.

Es sei angemerkt, dass dieselben Hauptverwaltungen für Haftanstalten auch an der Spitze des dritten Lagersystems standen, in dem die Verurteilten Zwangsarbeit ohne Inhaftierung verrichten mussten⁹. Die Verantwortungsbereiche der beiden Vollzugssysteme unter Leitung der Hauptverwaltungen überschnitten sich in vielem, was später auch die allgemeine Entwicklung des Vollzugssystems in der UdSSR beeinflusste.

⁷ GARF. F. 5446. Op. 1. D. 54. L.52–67.

⁸ E. Širvindt: K dvenadcatiletiju sovjetskoj ispravitel'no-trudovoj politiki [Anlässlich des 12. Jahrestags der sowjetischen Besserungsarbeitspolitik]. In: *Eženedel'nik sovjetskoj justicii* [Wochenblatt der Sowjetischen Justiz]. 1929, Nr. 4. S. 1087–1089; P. I. Stučka, I. Apeter: Perechod ot prinuditel'nogo truda po prigovoru suda k dobrovol'nomu trudu [Übergang von der gerichtlich angeordneten Zwangsarbeit zur freiwilligen Arbeit]. In: *Sovetskoe gosudarstvo i revoljucija prava* [Der Sowjetische Staat und die Revolution des Rechts]. 1931, Nr. 7. S. 137–139. Eine ausführliche Darstellung der Aufgaben findet sich in der Rede Postyschews auf der 6. Versammlung der Justizmitarbeiter der RSFSR.

⁹ *Sobranie zakononij RSFSR* [Gesetzessammlung der RSFSR]. 60. S. 462; A. Ėstrin, V. Trachtarev: Razvitie sovjetskoj ispravitel'no-trudovoj politiki kak časti sovjetskoj ugovolnoj politiki [Entwicklung der sowjetischen Besserungsarbeitspolitik als Teil der sowjetischen Strafpolitik]. In: *Ot tjurem k vospitatel'nym učreždenijam* [Von Gefängnissen zu Erziehungsanstalten]. A. Ja. Vyšinskij (Hrsg.). Moskau, 1934. S. 51, 58–60.

Trotz der Bedeutung, die der Beschluss vom 11. Juli 1929 hatte, waren einzelne Punkte höchst allgemein gehalten. So wird von jenen Regionen, in denen neue Lager errichtet werden sollen, lediglich eine konkret benannt ("auf dem Territorium von Uchta") und die Häftlingsarbeit in knappe Worte gefasst: "um... die natürlichen Rohstoffe zu erschließen". Wahrscheinlich ging man davon aus, dass konkrete Fragen zu Organisation und Produktion später gemeinsam von den OGPU-Organen und der Regierung und den Behörden vor Ort abgestimmt und gelöst würden.

Die Umsetzung des Ministerratsbeschlusses vom Juli 1929 begann schon vor seiner Unterzeichnung. Unter Berufung auf diesen Beschluss richtete die OGPU am 28. Juni 1929 die Verwaltung der Nördlichen Lager zur besonderen Verwendung (USEWLON) ein. Zunächst hatte diese ihren Sitz in Ust-Syssolsk (heute Syktywkar)¹⁰, 1939 wurde sie nach Kotlas verlegt, wo die Zentrale zur Erschließung des Petschora-Beckens entstand¹¹. Bereits zum 1. Oktober 1929 gab es im Lager 9.250 Häftlinge, und am 1. Januar 1930 erreichte ihre Zahl 20.276 Personen¹². Bis Ende 1929 wurden das Zwangsarbeitslager FERNÖSTLICHES ITL mit Verwaltungssitz in Chabarowsk und einem Wirkungsbereich, der den gesamten Süden der Region Fernost (heute: das Gebiet Amur sowie die Regionen Chabarowsk und Primorje) umfasste, und das SIBIRISCHE ITL mit Verwaltungssitz in Nowossibirsk (Wirkungsbereich – südliches Westsibirien) eingerichtet. Anfang 1930 kamen noch die Lager KASACHSTAN-ITL (Verwaltung in Alma-Ata) und ZENTRALASIATISCHES ITL (Taschkent) hinzu. Parallel dazu erreichte die Häftlingszahl im Lager SOLOWEZKI-ITL zum 1. Januar 1930 53.123 Personen¹³, und am 1. Juni desselben Jahres waren es bereits 63.000¹⁴.

Insgesamt waren zum 1. Juli 1929 in den Lagern der OGPU 22.848 Personen inhaftiert, zum 1. Januar 1930 stieg ihre Zahl auf 95.064¹⁵. Bis zum 1. Juni wuchs die Insassenzahl nochmals um

¹⁰ Befehl 136/68 der OGPU vom 28.06.29. Dieser Befehl erschien einen Tag nach Annahme der Verordnung des Politbüros des ZK der KPdSU(B) "Über den Einsatz von Strafgefangenenarbeit"; der Inhalt des Anhangs 8 zu diesem Befehl ist mit dem Inhalt der Verordnung des Rates der Volkskommissare vom 11.07.29 identisch (siehe Roždenie GULAGA: Diskussii v verhnich ešelonach vlasti [Die Geburt des GULAG: Diskussionen in den obersten Machtsphären] Hrsg. S. A. Krasil'nikov In: *Istoričeskij archiv* [Historisches Archiv]. 1997. Nr. 4. S. 152–153).

¹¹ Befehl 387/181 der OGPU vom 14.11.30.

¹² Zentralarchiv des FSB. F. 2. Op. 8. D. 104. L. 27–28, 37–40, 54, 55.

¹³ GARF. F. 9401. Op. 1a. D. 14. L. 225.

¹⁴ Ebenda. F. 9414. Op. 1. D. 2919. L. 42.

¹⁵ Zentralarchiv des FSB. F. 2. Op. 8. D. 104. L. 27–28. Folgt man den Publikationen A. N. Dugins (siehe z.B.: A. N. Dugin: Neizvestnye dokumenty o repressijach 30–50-h godov (po fondam CGAOR) [Unbekannte Dokumente über die Repressionen der 30er-50er Jahre (aus den Beständen des Zentralen Staatsarchivs der Oktoberrevolution (ZGAOR))] In: *Administrativno-komandnaja sistema upravljenija: Problemy i fakty* [Verwaltungs- und Kommandostruktur des Leitungssystems: Probleme und Fakten. Moskau 1992], S. 69–87), deren Schlussfolgerungen in der Folgezeit auch von anderen Autoren übernommen werden (siehe z.B. S. Wheatcroft: The scale and nature of german and soviet repression and mass killings, 1930–1945. In: *Europe-Asia Studies*. 1996. Vol. 48. 8. P. 1319–1353), so waren zum 01.01.30 in den Lagern der OGPU 179.000 Personen inhaftiert. Gemäß den Unterlagen des GARF (F. 9414. Op. 1. D. 2877. L. 177, 178) trifft die Zahl von 179.000 Gefangenen im Januar 1930 auf die Vollzugsanstalten der GUMS des NKWD der RSFSR zu. Leider fehlen in den Artikeln von A. N. Dugin genaue Quellenangaben. Unsere Angaben haben wir in zwei Quellen gefunden: GARF (früher: ZGAOR [ЦГАОП]). F. 9414. Op. 1. D. 1155. L. 1 und D. 1180. L. 1. Die erste Quelle wird auch von W. N. Semskow zitiert. (V. N. Zemskov: "Zaključennye v 1930-e gody: social'no-demografičeskie problemy" In: *Otečestvennaja istorija* [Vaterländische Geschichte]. 1997. Nr. 4. S. 54–79). Beide Dokumente sind faktisch Sekundärquellen, da es sich um Berichte handelt, die Ende der 1940er Jahre von der Erfassungs- und Verteilungsabteilung (URO) der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) erstellt wurden. Es hat sich herausgestellt, dass sie fehlerhaft sind; z.B. wurden im ersten Bericht für das Jahr 1932 folgende Gefangenzahlen in den OGPU-Lagern angegeben: zum 1. Januar — 268.700 Personen, Jahresdurchschnitt — 271.000 Personen. Wie aus den Unterlagen der Produktionsabteilung des GULAG (GARF. F.

60.000¹⁶, sodass sich allein in dem einen Jahr nach Inkrafttreten der Juli-Verordnung die Gesamtzahl der Lagerhäftlinge fast verdoppelte und sich mit der Zahl der Gefangenen in den Haftanstalten der republikanischen NKWD vergleichen ließ (Anfang 1930: 250.000 – 300.000 Gefangene¹⁷). Für die Leitung des Lagersystems wurde auf Beschluss des Rates der Volkskommissare vom 7. April 1930¹⁸ am 25. April 1930 die Lagerverwaltung der OGPU (ULAG der OGPU)¹⁹ eingerichtet, die innerhalb eines knappen Jahres den Status einer Hauptverwaltung (GULAG der OGPU)²⁰ erhielt.

Ungeachtet der rasanten Ausweitung des Lagersystems zeigten jedoch die in den Jahren 1930 und Anfang 1931 erzielten Ergebnisse, dass die Einrichtung von Lagern das Problem des vom staatlichen Standpunkt rationalen Einsatzes von Häftlingen nicht löste. So waren die Arbeitskräfte des KASACHSTAN-ITL auf viele Objekten verteilt, sodass eine zentralisierte Führung dafür offensichtlich nicht notwendig war. Die Auflösung des KASACHSTAN-ITL im September 1931 und die Einrichtung des landwirtschaftlich ausgerichteten KARAGANDA-ITL an neuem Standort kann als faktisches Eingeständnis des Misserfolgs gewertet werden. Die Einrichtung des letztgenannten Lagers entstand im Ergebnis einer Expedition des Volkskommissariats für Landwirtschaft, die 1930 in Nordkasachstan die Bodenbeschaffenheit auf Brauchbarkeit für die Einrichtung einer Großsowchose untersuchte. Doch ungeachtet der riesigen Flächen²¹, die man dem neuen ITL zuwies, entwickelte sich das Lager nur langsam: Erst Ende 1932 erreichte die Zahl der Häftlinge Zehntausend²². Um mit der landwirtschaftlichen Produktion so schnell wie möglich beginnen zu können, bedurfte es einer entsprechenden Infrastruktur, die unmöglich in "Bestarbeiterzeit" zu erreichen war.

In einer ähnlichen Situation befand sich das FERNÖSTLICHE LAGER, in dem Ende 1932 10-20.000 Personen inhaftiert waren, sodass das Lager keine bedeutende Rolle spielte, als in jener Zeit die "Naturreichtümer" dieser riesigen Region erschlossen wurden²³.

Im USEWLON, dem einzigen neuen Lager, dessen Wirkungsbereich im Beschluss von 1929 ausdrücklich definiert wurde, stieg 1930 durch das Wirken der OGPU die Zahl der Häftlinge auf

9414. Op. 1. D. 2920. L. 148, 178) hervorgeht, entspricht die letzte Zahl fast der minimalen Insassenzahl für das angegebene Jahr (zum 1. Januar — 272.500, zum 1. Februar — 270.300, zum 1. März — 274.700, zum 1. April — 278.500; von da ab ist eine kontinuierliche Zunahme der Gefangenenanzahl bis zu 314.500 Personen am 1. Dezember zu verzeichnen; siehe Abbildung 1).

¹⁶ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2919. L. 1.

¹⁷ Die Schätzung beruht auf der Gefangenenanzahl der Hauptverwaltung für Haftanstalten (GUMS) der RSFSR (179.000 Personen) (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2877. L. 177, 178) und auf der Annahme, dass das Verhältnis von Häftlingen zur Gesamtbevölkerung in den größten Republiken annähernd gleich ist.

¹⁸ *Sobranie uzakonenij SSSR* [Gesetzessammlung der UdSSR]. 1930. Nr. 22. S. 248.

¹⁹ Befehl 130/63 der OGPU vom 25.04.30. 20

²⁰ "Über die Umwandlung des ULAG (Verwaltung der Lager) in GULAG (Hauptverwaltung der Lager), siehe entsprechenden Eintrag in der Rubrik "Lager".

²¹ GARF. F. 9414. Op. 2. D. 108. L.15–15ob.

²² Ebenda. Op. 1. D. 2920. L. 179.

²³ Ebenda. D. 2919. L.42; D. 2920. L.179; Zentralarchiv des FSB. F. 2. Op. 8. D. 104. L. 27. Zum Vergleich: Von 1935 bis 1937 gab es in dieser Region allein 250.000 Gefangene ohne Berücksichtigung anderer "Sonderkontingente" (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1155. L. 20). Dabei sei vermerkt, dass bezüglich der Hauptindustriezweige, in denen Gefangene eingesetzt wurden, der Anteil des Fernen Lagers (DaLag) an der Produktion der Region Fernost Ende 1930 sehr hoch war: das Lager stellte 52% aller Arbeitskräfte in der Holzgewinnung und mehr als 20% in der Kohleförderung (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2920. L. 13, 14).

bis zu 50.000²⁴. Aber die überwiegende Mehrheit der Gefangenen wurde entlang der Nördlichen Dwina, darunter Archangelsk, und im Bereich der einzigen funktionierenden Eisenbahnstrecke Wjatka – Kotlas eingesetzt, was sich nicht direkt auf die Ausführung der dem Lager gestellten Aufgabe bezog: die Erschließung des Petschora-Beckens und als Hauptaufgabe die Erschließung der Erdölvorkommen in Uchta. Bereits im Juni 1931 wurde der USEWLON aufgelöst. An seiner Stelle wurde direkt für die Arbeiten im Uchta-Petschora-Becken (nach Entdeckung der Kohlevorkommen in Workuta!) das UCHTA-PETSCHORA-ITL²⁵ eingerichtet, dessen Häftlingszahl nur ein Zehntel im Vergleich zum USEWLON betrug²⁶. Um die Arbeiten südöstlich von Kotlas fortzusetzen (Schwerpunkte: Bau der Eisenbahnlinie Pinjug – Syktywkar und der Fernstraße Syktywkar – Uchta), wurde das UST-WYM-ITL mit einer Häftlingszahl von 23.056 Personen (Stand: 1. Juli 1931) gegründet²⁷. Aber auch das UST-WYM-ITL existierte nur neun Monate. Die Arbeiten an der Eisenbahnlinie wurden eingestellt und nicht wieder aufgenommen²⁸. Obwohl laut Auflösungsbeehl des Lagers die wichtigsten Arbeiten an der Autobahntrasse Syktywkar – Uchta angeblich abgeschlossen waren, war die Kiesdecke noch nicht aufgetragen, sodass auch im Sommer/Herbst 1932 dieser Abschnitt nicht befahrbar war²⁹. Außerdem blieb ohne die Eisenbahnstrecke ab Syktywkar diese Straße bedeutungslos für die Erschließung des Territoriums von Uchta. Somit waren die Versuche, das riesige Gebiet ohne jedwede Infrastruktur "im Sturm" (im Sinne der beschleunigten Variante des 1. Fünfjahresplans) zu erschließen, selbst um den Preis der brutalen Ausbeutung des für damalige Verhältnisse gigantischen Häftlingsheeres nicht von Erfolg gekrönt.

Schlussendlich wurde auch die Anweisung, "die bestehenden Lager auszuweiten", nicht vollständig erfüllt: Das Lager WISCHERA-ITL behielt im Laufe des gesamten Jahres 1930 eine geringe Häftlingszahl bei.

In den ersten zwei Jahren seit Bestehen der Lager blieb das Ziel des Arbeitseinsatzes von Häftlingen dasselbe wie vor der Reform – die wirtschaftliche Selbstständigkeit³⁰. Auch die Prinzipien der Arbeitsorganisation blieben unverändert. Es gab keine großen Produktionsstätten, die direkt der OGPU unterstanden. Nach Art und Umfang der Produktion unterschieden sich die Industrieunternehmen der Lager nicht von jenen der GUMS/GUITU in den Sowjetrepubliken³¹. In der Regel waren es kleine und mittlere Werkstätten (für Näh-, Tischler-, Schmiedearbeiten

²⁴ Jahresdurchschnitt für 1930 — 42.832 Gefangene (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2919. L. 3, 65.); zum 01.01.31 — 49.716 Personen (Zentralarchiv des FSB. F. 2. Op. 9. D. 955. L. 79).

²⁵ Befehl 296/173 der OGPU vom 06.06.31. Mehr über die anfängliche Erschließung des Petschorabeckens mit Hilfe von Gefangenen siehe A. N. Kaneva: Uchtpečlag, 1929-1938. In: *Zven'ja*. 1. Ausgabe, Moskau 1991. S. 331–354.

²⁶ Die Schätzung beruht auf der durchschnittlichen Insassenzahl von Juni – Dezember 1932 (9.012 Personen), dem Jahresdurchschnitt für 1933 (20.886 Personen) (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2740. L.4, 8) und der Insassenzahl im Dezember 1932 (13.400 Personen) (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2920. L.179).

²⁷ Zentralarchiv des FSB. F. 2. Op. 9. D. 955. L. 91.

²⁸ Befehl 197s der OGPU vom 05.03.32.

²⁹ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2920. L.156.

³⁰ Siehe Unterlagen der Planungsgruppe des GULAG für 1931 und die Versammlungsprotokolle beim Leiter des GULAG für 1931 (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2920. L. 6–38, 66–162).

³¹ Gleichzeitig mit den NKWD-Verwaltungen in den einzelnen Republiken wurden am 15. Dezember 1930 auch die Hauptverwaltungen für Haftanstalten (GUMS) aufgelöst und die entsprechenden Vollzugsanstalten unter die Leitung der Hauptverwaltung für Besserungsarbeitsanstalten des Volkskommissariats für Justiz (GUITU NKJu) in den jeweiligen Republiken gestellt. (GARF. F. 393. Op. 84. D. 115. L. 505; *Sobranie uzakonenij SSSR* [Gesetzessammlung der UdSSR]. 1930. Nr. 60. S. 640; *Sobranie uzakonenij RSFSR* [Gesetzessammlung der RSFSR]. 1932. Nr. 53. S. 237). Mehr über die Auflösung der Hauptverwaltung für Haftanstalten siehe Abschnitt "SYSTEM DER HAFTANSTALTEN DER RSFSR UND UDSSR 1917 – 1930".

usw.), die einfachste Waren herstellten³². Die Landwirtschafts- und Fischereibetriebe waren auch unbedeutend³³. Für die Herstellung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurde faktisch erst 1931 das Lager KARAGANDA-ITL gegründet, aber die ersten Ergebnisse waren kläglich³⁴. Der gesamte Anteil der Arbeiten in den lagereigenen Produktionsstätten betrug 20-30% sowohl von der gesamten Lagerproduktion als auch von der Zahl der Beschäftigten³⁵.

Die Rolle der OGPU beschränkte sich hauptsächlich darauf, Arbeitskräfte zu "besitzen" und diese für Vertragsarbeiten an Produktionsstätten der Wirtschaftsabteilungen in den jeweiligen Volkskommissariaten zu entleihen. In vielen Fällen nahm sich die Lagerleitung der Suche nach Vertragspartnern persönlich an, wobei in erster Linie die Höhe der Bezahlung für die überlassene Arbeitskraft sowie die Bereitstellung von Wohn-, Versorgungs- und Ausrüstungsmöglichkeiten auf Seiten des Auftraggebers ausschlaggebend waren. Das führte dazu, dass das "arbeitsfähige Kontingent" zerrieben wurde³⁶. Die zentrale Leitung erschöpfte sich darin, an die vielen vertraglich vereinbarten Objekte ausreichend Arbeitskräfte zu entsenden, indem man die Gefangenen abhängig von ihrer physischen Kondition ("Kategorien der Arbeitsfähigkeit") den einzelnen Objekten zuordnete. Es ist offensichtlich, dass diese Funktionen auch von den Einrichtungen der GUMS/GUITU in den einzelnen Sowjetrepubliken übernommen werden konnten. In den Jahren 1929-30 wurden durchschnittlich 60-65% aller Häftlinge zu bezahlten Arbeiten eingesetzt. Damit war ihr Anteil genauso hoch wie früher in den Vollzugsanstalten der GUMS.³⁷

Die den Autoren zugänglichen Dokumente lassen den Schluss zu, dass der relativ geringe Einsatz von Gefangenen als Arbeitskräfte durchaus nicht mit der Menschenfreundlichkeit der Lagerleitung zu erklären ist. Sogar in den Unterlagen der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) finden sich genügend Beweise dafür, dass oftmals sowohl die tägliche Arbeitszeit über das vorgeschriebene Maß verlängert als auch freie Tage gestrichen wurden. Allerdings wurden die Lagerleiter für diese Verstöße von der GULAG-Leitung nicht zur Verantwortung gezogen³⁸. Die Planungsabteilung des GULAG trug ständig dafür Sorge, den Anteil der "arbeitsfähigen Gefangenen" zu erhöhen (insbesondere bei den wichtigsten Vertragsarbeiten, was in erster Linie zulasten des Baus von Lagerunterkünften ging). Deshalb teilte sie möglichst viele Gefangene der obersten Kategorie der Arbeitsfähigkeit zu und kümmerte sich um den Arbeitseinsatz von "Invaliden und minderwertigen Arbeitskräften"³⁹. Auch die folgenden Fakten geben Auskunft über die grausame Ausbeutung bereits in den ersten beiden Jahren seit Bestehen des

³² So wurden z.B. 1930 im ZENTRALASIATISCHEN ITL die Gefangenen, deren Gesamtzahl ca. 2.500 Personen betrug, nicht nur zu Vertragsarbeiten eingesetzt, sondern auch in den sieben Lagerwerkstätten, wo sie Handschuhe, Schuhe, Holzkisten, Fässer usw. herstellten. (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2919. L. 7). Nur das SIBIRISCHE ITL verfügte über eine Ziegelei (Ebenda. L. 45).

³³ Ebenda. L. 7, 40, 42, 44, 45, 47.

³⁴ Im Bericht über die Wirtschaftslage in den Lagern der OGPU wird für das I. Quartal 1932 vermerkt, dass, "aus wirtschaftlicher Perspektive betrachtet, das KARAGANDA-ITL wahrscheinlich das unrentabelste aller Lager ist", wo wegen Futtermangels ca. 20% aller Tiere getötet werden mussten und ca. 5% des Bestands durch Viehseuchen starb. (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2920. L. 158).

³⁵ Siehe z.B. Monatsbericht und andere Zusammenstellungen über die Wirtschaftstätigkeit der OGPU-Lager für das Jahr 1931 (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2920. L. 6–143) sowie die wichtigsten Wirtschaftskennziffern der Lager für die Jahre 1929–1930 (Ebenda. D. 2919. L. 1–48).

³⁶ Ebenda.

³⁷ Ebenda. Über die Verwendung von Häftlingsarbeit durch die Hauptverwaltungen für Haftanstalten des NKWD in den 1920-er Jahren siehe Abschnitt "SYSTEM DER HAFTANSTALTEN DER RSFSR UND UDSSR 1917 – 1930".

³⁸ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2920. L. 17, 140.

³⁹ Ebenda. L. 8, 24, 133–135. 40

Lagersystems: als sich die Lager im zweiten Quartal 1931 nicht arbeitsfähiger Gefangener entledigen wollten, sollten 26.000 Personen wegen Invalidität entlassen werden, wobei die Gesamtzahl der Inhaftierten zum 15. April 1931 234.600 Personen⁴⁰ betrug; 1931 starben 7.283 Gefangene (Jahresdurchschnitt 2,9%)⁴¹. Aus dem Gesagten folgt: der relativ geringe Einsatz von Häftlingsarbeitskraft wurde in erster Linie von objektiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den Führungsqualitäten des Staatsapparats bestimmt⁴².

Was die Erschließung dünn besiedelter Regionen angeht (eine der Hauptaufgaben der Lager gemäß dem Beschluss von 1929), ist offensichtlich: bereits seit 1930, nachdem die Entkulakisierung und Verbannung großer Bevölkerungsteile in Sondersiedlungen einsetzte, kam diese auch ohne die Einrichtung riesiger Lagerstrukturen aus⁴³.

Aus dieser Bestandsaufnahme des Lagersystems in den ersten beiden Jahren seines Bestehens wird ersichtlich, dass allein der Beschluss aus dem Jahre 1929 die Entwicklungsrichtung für das Vollzugssystem in der UdSSR noch nicht endgültig festlegte. Damit die Lager wie auch immer geartete Aufgaben von allgemeinem staatlichem Interesse erfüllen konnten, die über die reine Abschreckungsfunktion hinausgingen⁴⁴, war ein Geflecht von Zusatzbedingungen erforderlich, das sich in den folgenden Jahren herausbildete. Mit gewissen Einschränkungen trifft das auf den Zeitraum von 1931-1934 zu.

Die sich schnell ausbreitende Kommandowirtschaft und die damit einhergehende Zentralversorgung der Produktion in Form der später allseits bekannten "Fonds" gewann Anfang der dreißiger Jahre für die Volkswirtschaft im allgemeinen wie auch für die Lagerwirtschaft im besonderen zunehmend an Bedeutung. Für die davon betroffenen Objekte und Organisationen änderten sich die Prioritäten ihres wirtschaftlichen Handelns: an Stelle der Rentabilität – bzw. im Falle der Vollzugsanstalten der wirtschaftlichen Selbstständigkeit – stand nun an erster Stelle die Erfüllung der Planvorgaben unter Beachtung festgesetzter Fonds und begrenztem Arbeitskräfteeinsatz, wobei die Zahl der Beschäftigten, nicht jedoch die Höhe der zu leistenden

⁴⁰ Ebenda. L. 39, 40. Es sei angemerkt, dass den Lagern nur Personen von körperlich gesunder Konstitution zugeführt werden sollten (GARF. F. 5446. Op. 1. D. 48. L. 210–212).

⁴¹ Ebenda. F. 9414. Op. 1. D. 2740. L. 1. Von den Gefangenen des Zentralasiatischen ITL starben jährlich 10,6% des Jahresdurchschnitts (ebenda).

⁴² Objektiv betrachtet lag in dem unausweichlichen Wettbewerb zweier Vollzugssysteme der Vorteil eindeutig auf Seiten der OGPU. So war der Bedarf an Arbeitskräften in den unbewohnten Regionen und in Zentralasien (wo die Qualifikation und Arbeitskultur der Einheimischen nicht den staatlichen Anforderungen entsprach) ganz klar höher als in den Zentralbezirken des Landes. Allein dieser Umstand sollte der OGPU erlauben, für die bereitgestellten Arbeitskräfte eine Vergütung einzufordern, die über der durchschnittlichen Vergütung für Vollzugsanstalten unter republikanischer Leitung lag. Der Vorteil der OGPU lag auch darin, dass sie einem Betrieb per Vertrag sofort Arbeitskräfte in nahezu unbegrenzter Anzahl, überall und jederzeit zur Verfügung stellen konnte und somit dem "Arbeitgeber" eine ganze Reihe von Organisations- und Wirtschaftsproblemen ersparte.

⁴³ Das folgt z.B. aus der gängigen Praxis bei der Einrichtung von Sondersiedlungen für die Verbannten der Jahre 1930–1933 (siehe: Verordnungen des Rates der Volkskommissare 130ss vom 01.07.31, 174s vom 16.08.31 und 775/146s vom 20.04.33 sowie den Befehl 890/s der OGPU vom 14.09.32, der die "Vorübergehende Anordnung zu den Siedlungskolonien der ITL der OGPU" einführt). Die Zahl der Sondersiedler (zum 01.01.32 betrug sie 1.317.022 Personen, siehe V. N. Zemskov: "Kulackaja ssylka" v 30-e gody ["Kulakenverbannung" in den 30-er Jahren] In: *Sociologičeskie issledovanija* [Soziologische Forschungen]. 1991. Nr. 10. S. 3–21) überstieg die Zahl der Häftlinge um ein Mehrfaches.

⁴⁴ In dieser Funktion waren sie unverbindlich und die Regierung war sich dessen sehr wohl bewusst: als Zeiten der Massenerschießungen gelten die Jahre der Kollektivierung, der Höhepunkt des Terrors (1937–1938) und die ersten Kriegsjahre.

Personenstunden begrenzt war! Sämtliche Wirtschaftssubjekte agierten beständig vor dem Hintergrund eines totalen Ressourcendefizits⁴⁵.

Einen folgenschweren Sonderfall, der richtungweisend für die Entwicklung des sowjetischen Lagersystems war, stellte 1931 der Baubeginn des Weißmeer-Ostsee-Kanals auf ehemaligem Lagergebiet dar⁴⁶, eines gigantischen Projekts, das in erster Linie von militärstrategischer Bedeutung war. Das Hauptaugenmerk lag auf der schnellstmöglichen Inbetriebnahme des Kanals. Jedoch entbehrte die Baubegründung einer Rentabilitätsprüfung dieses Projekts; selbst die Arbeitskosten wurden nur "ungefähr" angegeben⁴⁷. Neben anderen Gründen waren es insbesondere die kurzen Fristen⁴⁸, die den Ausschlag dafür gaben, als wichtigste Arbeitskräfte Häftlinge aus den Lagern der OGPU einzusetzen. Einerseits gab es keine anderen Arbeiter in der Gegend rund um den Bauabschnitt, andererseits konnte man Freie schon deshalb nicht schnell für diese Arbeiten gewinnen, da jegliche Unterbringungsmöglichkeiten fehlten. Allein die Beteiligung am Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals erhöhte den informellen Status der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) und bot gleichzeitig die Chance "sich zu bewähren". Zudem war es das erste Projekt, welches der Organisationsstruktur des GULAG – dem gewaltigen, hierarchisch aufgebauten, zentralen Führungsapparat – entsprach.

Die ursprünglichen Pläne beschränkten die Funktion des GULAG ausschließlich auf die Versorgung der Kanalbaustelle des Volkskommissariats für Verkehr (NKPS) mit Arbeitskräften, was sowohl die wirtschaftliche Rolle als auch die Möglichkeiten der OGPU eingeschränkte. Eine wichtige Bedeutung für die Zukunft des Lagersystems in der UdSSR hatte offenbar die Ende 1931 völlig routinemäßige Übergabe der Bauverwaltung des Nord-Abschnitts des Weißmeer-Ostsee-Kanals vom NKPS an die OGPU, verbunden mit deren Umwandlung in die Bauverwaltung des Weißmeer-Ostsee-Wasserweges und der gleichzeitigen Gründung eines spezialisierten Zwangsarbeitslagers – des WEISSMEER-OSTSEE-ITL⁴⁹. Dieser Verwaltungsakt verankerte faktisch die 1931 einsetzende Transformation der ökonomischen Funktionen der OGPU, in deren Folge sie sich von einem reinen Arbeitskräftelieferanten in einen direkten

⁴⁵ Die veränderten Prioritäten spiegeln sich auch in den Unterlagen der Planungsgruppe des GULAG für die Jahre 1930–1932 wider: zu den wichtigsten Kennziffern werden 1932 die Höhe der Planerfüllung und der prozentuale Anteil von Gefangenen, die zu allgemeinen Arbeiten eingesetzt wurden (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2919. L. 1–61; D. 2120. L. 1–188).

⁴⁶ Der Beschluss über den Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals wurde am 03.06.30 vom Rat für Arbeit und Verteidigung (STO) getroffen (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1806. L. 4), doch die Vermessungs- und Vorbereitungsarbeiten zogen sich bis in die zweite Jahreshälfte 1930 hin und nahmen mindestens das gesamte I. Quartal 1931 in Anspruch (siehe Lagereintrag zum SOLOWEZKI-ITL; siehe ebenfalls: GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2920. L. 2–3ob, 10, 11, 26, 27). Unterlagen zur Geschichte der Lager auf dem Gebiet der Karelischen ASSR siehe auch: *GULAG v Karelii: Sbornik dokumentov i materialov, 1930–1941*. [GULAG in Karelien. Dokumente und Materialien. 1930-1941. Sammelband.] Petrosawodsk 1992.

⁴⁷ Siehe Erläuterungen zur Verfügung des Rates für Arbeit und Verteidigung über den Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1806. L. 1–4).

⁴⁸ Für den eigentlichen Kanalbau waren lediglich zwei Jahre vorgesehen, im Sommer 1933 wurde der Kanal in Betrieb genommen (siehe WEISSMEER-OSTSEE-ITL, SOLOWEZKI-ITL).

⁴⁹ Befehl 667/359 der OGPU vom 16.11.31; GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2. L. 49 (Befehl zum GULAG 59 vom 20.11.31). Die Bauverwaltung des Nordabschnitts des BelomorStroi des Volkskommissariats für Verkehr stand ab April 1931 faktisch unter der Kontrolle der OGPU, als zu deren Leiter A. A. Iwantschenko, der gleichzeitig Leiter des SOLOWEZKI-ITL war, ernannt wurde (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1806. L. 24; D. 2. L. 34 ob).

Bauleiter wandelte und die alleinige Verantwortung für die Erfüllung der Planvorgaben übernahm⁵⁰.

Die dadurch hervorgerufenen Veränderungen betrafen sämtliche Funktionen des OGPU-Apparats. Tatsächlich hing unter den Bedingungen der Kommandowirtschaft der Erfolg in erster Linie von den Mobilisierungsmöglichkeiten des Auftragnehmers ab. Im Vergleich zu anderen Volkskommissariaten, die für Industriefragen zuständig waren, verfügte die OGPU in dieser Hinsicht über einzigartige Möglichkeiten. Die Hauptverwaltung der Lager (GULAG) war in der Lage, binnen kurzer Zeit eine Vielzahl unqualifizierter Arbeitskräfte⁵¹ dort zu konzentrieren, wo man sie brauchte, ohne sich ernsthaft um die Lebensbedingungen dieser Menschen zu kümmern. Beschränkungen ergaben sich lediglich aus der Durchlässigkeit der Zufahrtswege (in erster Linie für die Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung). Wenn sich 1932 die durchschnittliche Inhaftiertenzahl in den Lagern der OGPU um 16,8% sich erhöhte, so betrug die Zunahme auf der Kanalbaustelle ungefähr 50%, sodass Ende 1932 im WEISSMEER-OSTSEE-ITL 107.900 Gefangene⁵² konzentriert waren. Dabei gilt zu beachten, dass die OGPU als allumfassendes Straforgan in der Lage war, über das Sonderkollegium mit einigen Einschränkungen die Zahl der ihr zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte selbstständig zu erhöhen. Das war besonders wichtig, um die Lager mit den erforderlichen Fachkräften (hoher und mittlerer Qualifikation) zu komplettieren⁵³. Das Vermögen, erstklassige Fachleute zu "mobilisieren", war eine der "Trumpfkarten" der OGPU. Schließlich verfügte die OGPU im gesamten Land über ein flächendeckendes Netz von lokalen und Transportvertretungen, die mit außerordentlich weitreichenden Vollmachten ausgestattet waren. Dadurch hatte die OGPU die direkte Kontrolle über Produktion, Verladung und Transport sämtlicher für die Versorgung mit Material und Technik erforderlichen Bestandteile, die für die in den Staatsplan aufgenommenen Produktionsstätten gebraucht wurden. Und selbst wenn die vorhandenen Ressourcen nicht den geplanten Erfordernissen entsprachen, konnte die OGPU diese Ressourcen offensichtlich zu ihrem eigenen Nutzen umverteilen⁵⁴. Seit 1932 wurde in die Direktiven von OGPU-NKWD-

⁵⁰ Als Beginn dieses Prozesses könnte die Gründung der Sowchase "Gigant" in der ersten Jahreshälfte 1931 gelten (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2919. L. 1, L. 65; Op. 2. D. 108. L. 1–278; Befehl 527/285 der OGPU vom 17.09.31) sowie im Sommer/Herbst 1931 die Einrichtung von Lagern (TEMNIKOWSKI-ITL und SWIR-ITL), die auf die Holzgewinnung für die zentrale Brennholzbelieferung nach Moskau und Leningrad spezialisiert waren (Befehl 296/173 der OGPU vom 06.06.31; Befehl 529/287 der OGPU vom 17.09.31).

⁵¹ Ungelernt in dem Sinne, dass die eingesetzten Personen über keine entsprechende Ausbildung verfügten (als Erdarbeiter konnte jeder arbeiten – ob Bauer, Philologe, Tischler oder professioneller Dieb).

⁵² GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2920. L. 148, 178.

⁵³ So sah das Rundschreiben 13482 der OGPU vom 19.07.30 vor: "An alle bevollmächtigten Vertretungen der OGPU und Leiter der Baschkirischen und Tatarischen OGPU ... Zur Lösung der Arbeitskräftefrage beim Kanalbau wird Ihnen der Vorschlag gemacht, bezüglich sämtlicher arbeitsfähiger Elemente, die Ihre Troika durchlaufen (Kulaken und andere Kategorien mit Ausnahme von Mitgliedern antisowjetischer Parteien), und insbesondere in Bezug auf Facharbeiter mit Hochschul-, Fachschul- und Berufsausbildung administrative Verbannungen zu unterbinden und auf diese Weise die Maßnahmen zum sozialen Schutz in eine Verurteilung zu Konzentrationslager umzuwandeln" (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1133. L. 86). Hinsichtlich der Auffüllung mit Spezialisten siehe z.B. den Bericht vom 29.11.30 an den stellvertretenden Vorsitzenden der OGPU Jagoda, unterzeichnet vom Assistenten des Leiters der Verwaltung der Lager (ULAG) Rapoport und dem Assistenten des Leiters der Gefängnisabteilung der OGPU Kischkin über die Verlegung von ausgebildeten Tiefbauarbeitern in das SOLOWEZKI-ITL, der wie folgt endet: "während des Untersuchungsprozesses werden noch weitere passende [gemeint sind qualifizierte] Personen zusätzlich verhaftet" (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1805. L. 66, 66ob).

⁵⁴ Nach den Prozessen von 1929–1930, als eine Reihe der bedeutendsten Spezialisten verhaftet worden war, musste jeder Betriebsleiter bei Konflikten mit Vertretern der OGPU-Leitung die drohenden Konsequenzen beachten, die sich ungeachtet aller Gründe bei Nichterfüllung der Pläne ergaben.

MWD, welche die Einrichtung immer neuer Produktionsstätten vorsahen, eine Bestimmung aufgenommen, deren genaue Formulierung sich im Punkt 8 des Befehls über die Einrichtung des Lagers BAIKAL-AMUR-ITL wiederfindet (gleichzeitig verkündete der Befehl den Entschluss des Rates der Volkskommissare, die Verantwortung für den Bau der Baikamur-Magistrale an die OGPU zu übergeben):

"Der Bau der Baikamur-Magistrale verlangt uneingeschränkte Aufmerksamkeit. Er kann und wird unter aktiver Beteiligung und Mitwirkung sämtlicher Organe der OGPU durchgeführt werden.

Alle bevollmächtigten Vertretungen der OGPU, die staatlichen politischen Verwaltungen der Republiken, sämtliche Transportorgane der OGPU, die Vertretungen der OGPU in den einzelnen Städten und Regionen haben der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) der OGPU und beim Bau der Baikamur-Magistrale uneingeschränkt Hilfe zu leisten.

Besonders:

- a. bei Fragen des Transports und der Lieferung von Gütern, insbesondere ihrer schnellstmöglichen Beförderung zum Bauobjekt;
- b. bei der Durchsetzung von Fonds und Ordnern für die allgemeine und technische Versorgung;
- c. bei der Bereitstellung von Arbeits- und Fachkräften für die BAM;
- d. bei der Bereitstellung von ungenutzten Ausrüstungen und Werkzeugen und deren Zustellung an die BAM"⁵⁵.

Beim Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals konnte die OGPU ihre Möglichkeiten demonstrieren. Die Aufgabe wurde durch einige Besonderheiten des Bauprojekts und des Arbeitsgebiets vor Ort begünstigt. Drei von ihnen sind nach Ansicht der Autoren zu nennen. Zum einen die günstige geographische Lage der Trasse: ihre relative Nähe zu Industriezentren (Petrosawodsk, Leningrad), ein ausgebautes Verkehrsnetz, inklusive einer zuverlässigen Eisenbahnverbindung für das gesamte Arbeitsgebiet⁵⁶, Zugang zu Seen (Onegasee, Wygsee) und zum Meer (Archangelsk-Soroka, heute Belomorsk) sowie ein Funknetz. Des Weiteren die relative Unabhängigkeit des Bauvorhabens von Zuliefermaterialien. Und drittens eine Arbeitsplanung, die überwiegend den Einsatz von Muskelkraft (anstelle mechanisierter Hilfsmittel) vorsah, was von der Mehrzahl der Arbeiter nur eine unbedeutende Qualifikation verlangte.

Der letzte Umstand hatte die direkte Abhängigkeit zwischen dem Grad der Planerfüllung und der Höhe der geleisteten Personenstunden zur Folge. Die Leitung der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) verlegte sämtliche neuen Häftlinge aus fast allen anderen Besserungsarbeitslagern (ITL) an den Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals und nahm bewusst ein Defizit an Arbeitskräften in den betroffenen Lagern in Kauf, um gleichzeitig die lokalen Lagerverwaltungen zu einer Intensivierung der Häftlingsarbeit zu zwingen⁵⁷. Die Zentralleitung forderte ständig eine Erhöhung der Arbeitsnormen⁵⁸, einen größeren Anteil von Häftlingen, die allgemeine Arbeiten verrichten mussten, sowie den "rationalen" Einsatz der Arbeitskraft von Invaliden. Somit betrug

⁵⁵ Befehl 1020s der OGPU vom 10.11.32.

⁵⁶ Der maximale Abstand zwischen der Murmanskener Eisenbahnlinie und dem Kanal beträgt weniger als 30 km.

Nördlich des Wygsees, wo der größte Arbeitsaufwand betrieben wurde, beträgt dieser Abstand nicht mehr als 5 km.

⁵⁷ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2920. L. 153, 154.

⁵⁸ Ebenda. L. 139–141, 149, 151 u.a.

am 1. Januar 1933 im GULAG der durchschnittliche Anteil aller in der Produktion Beschäftigten 81% aller registrierten Häftlinge, 11% waren mit Aufgaben außerhalb der Produktion beschäftigt, und nur 8% arbeiteten nicht⁵⁹. Sogar die Planer des GULAG betrachteten dies als äußerste Belastung⁶⁰.

Dieser Sachverhalt spiegelte sich deutlich in den statistischen Berichten der Abteilung für Medizin und Sanitätswesen wider: Während 1931 die durchschnittliche Todesrate unter den Häftlingen der Arbeitsbesserungslager 2,9% betrug (niedrigster Wert im FERNEN LAGER mit 1,4%, höchster Wert mit 10,6% im ZENTRALASIATISCHEN ITL), so stieg die Todesrate im Folgejahr auf 4,8% (Untergrenze 1,5%, Obergrenze 26,3%), und 1933 starben 67.247 Häftlinge – also mehr als 15% aller im Jahresdurchschnitt registrierten Häftlinge – wobei fast 10% allein in dem kleinen Lager SAROW-ITL starben und die höchste Todesrate mit ca. 34,5% im WISCHERA-ITL gemessen wurde. Gleichzeitig sei angemerkt, dass die Sterblichkeit in der zweiten Jahreshälfte 1933 in den Lagern wieder abnahm. Im April und Mai starben im Monatsdurchschnitt mehr als 2% aller Häftlinge⁶¹. Doch auf die Gesamtbewertung des GULAG durch die oberste Führung hatte das keinen Einfluss.

Für 1932 wird eine fast 100%-ige Arbeitserfüllung ausgewiesen⁶². Während einer Überprüfung der Bauarbeiten am Weißmeer-Ostsee-Kanal im Sommer 1932 drückte der stellvertretende Vorsitzende der OGPU, Genrich G. Jagoda, seine Zufriedenheit aus⁶³. Die Planerfüllung in der Holzgewinnung und -verladung, dem zweitwichtigsten Wirtschaftsbereich des Lagers, betrug 1932 ca. 95%, während das Volkskommissariat für Forstwirtschaft bei ähnlichen Arbeiten nur 70% der Planvorgaben bewältigte⁶⁴. Dort jedoch, wo ausgebildete Fachkräfte vonnöten waren, sahen die Kennziffern der Hauptverwaltung der Lager weitaus nüchterner aus: 1932 wurde der Plan für Erdölbohrungen vom UCHTA-PETSCHORA-ITL nur zu 40,9% erfüllt⁶⁵.

Die hohe Wertschätzung, die die Wirtschaftsergebnisse der OGPU durch die Regierung erfuhren, manifestierte sich in der konsequenten Ausweitung der Wirtschaftstätigkeit der Lager: Im Frühjahr 1932 wurde für den Dalstroi das NORDÖSTLICHE ITL eingerichtet, und im Herbst wurde die OGPU mit dem Bau des Moskwa-Wolga-Kanals (wofür das DMITROW-ITL gegründet wurde) und dem Bau der Baikar-Amur-Magistrale beauftragt, mit dem vorher das Volkskommissariat für Verkehr betraut gewesen war und der mit der Gründung des BAIKAL-

⁵⁹ Ebenda. L. 179.

⁶⁰ Ebenda. L. 149.

⁶¹ Ebenda. D. 2740. L. 1–8. Alle Angaben ohne Berücksichtigung des NORDÖSTLICHEN ITL und der WAIGATSCH-EXPEDITION DER OGPU, da hierfür die Daten fehlen. Es sei angemerkt, dass die Sterblichkeit im BelomorStroi unter der durchschnittlichen Kennziffer der Lager lag (ebenda).

⁶² Ebenda. D. 2920. L. 179, 180.

⁶³ Befehl 580 der OGPU vom 20.06.32.

⁶⁴ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2920. L. 182. Übrigens gestattet eine gründlichere Analyse der Planerfüllung nach einzelnen Arbeiten die Annahme, dass die Lagerberichte eine gehörige Portion Schönfärberei enthielten. So waren z.B. die Arbeiten im Holzeinschlag konstant über dem Plansoll, blieben knapp darunter beim Abtransport von der Schlagfläche und konnten beim Verladen das Plansoll in der Regel nicht erfüllen, da oftmals die Transportmittel u.ä. fehlten (ebenda. L. 12, 26, 27, 180–182).

⁶⁵ Ebenda. L. 184.

AMUR-ITL einherging⁶⁶. Ab Dezember 1932 setzt ein beschleunigter Anstieg der Gefangenzahl in den Lagern der OGPU ein (Abb. 1)⁶⁷.

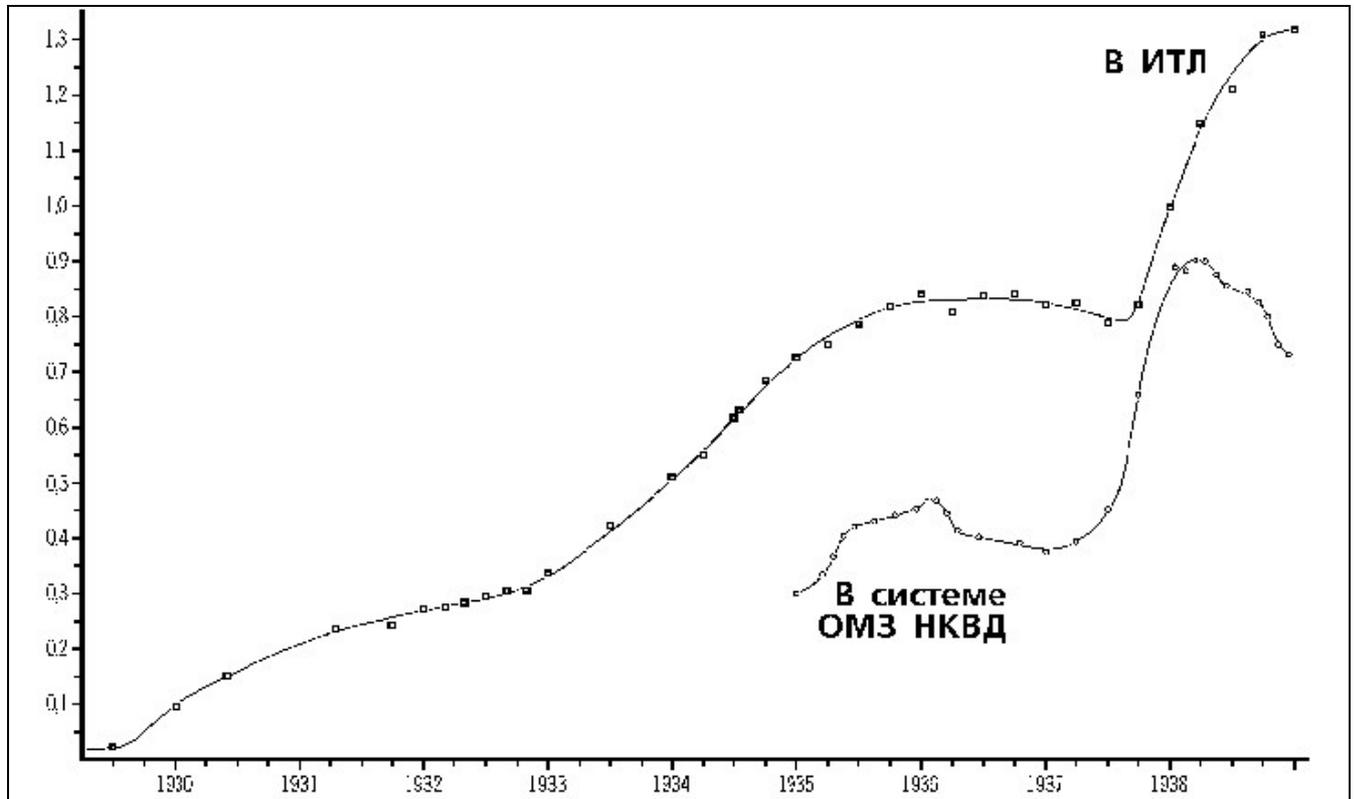


Abbildung 1 Entwicklung der Gefangenzahlen 1929 – 1938 (in Mio.)

Die obere Linie zeigt den Verlauf für die Besserungsarbeitslager (ITL), die untere für die Vollzugsanstalten der Abteilung für Haftanstalten (OMS) des NKWD

Es sei angemerkt, dass aus Regierungssicht die Beschleunigung der genannten Projekte de facto eine Zwangsmaßnahme darstellte. Das gilt zumindest für die Arbeiten des Dalstroj und den Bau der BAM. Tatsächlich konnte Holz als Hauptexportartikel jener Zeit nicht mehr den steigenden Finanzbedarf decken, um die Modernisierung der Industrie voranzutreiben. Die Erschließung weiterer Exportartikel erforderte jedoch erheblichen Kapital- und Zeitaufwand. Einzig der Oberlauf der Kolyma bot in den 1930er Jahren ausgezeichnete, geologisch fundierte Perspektiven für Goldlagerstätten. Hinsichtlich des Baus der BAM war die Dringlichkeit dieser Arbeiten mit den plötzlichen militärstrategischen Veränderungen in Fernost und insbesondere in der Region Primorje begründet. 1930/31 wurde die Mandschurei durch die Japaner besetzt, damit einher ging der Verlust der Ostchinesischen Eisenbahn, der wichtigsten Magistrale, die den einzigen

⁶⁶ Befehl 287/s der OGPU vom 01.04.32; Befehl 889/s der OGPU vom 14.09.32; Erlass des Rates der Volkskommissare der UdSSR 1639/333ss vom 25.10.32 (GARF. F. 5446. Op. 57. D. 21. L. 23); Befehl 1020/s der OGPU vom 10.11.32.

⁶⁷ Für die Darstellung der Insassenzahlen wurden die Angaben des Zentralarchivs des FSB (F. 2. Op. 8. D. 104. L. 27; F. 3. D. 312. L. 94) und des GARF (F. 9414. Op. 1. D. 1155. L. 1, 20–22; D. 2740. L. 17–57; D. 2919. L. 48; D. 2920. L. 40, 148, 178; D. 2922. L. 2) verwendet.

Großhafen in Fernost sowie die Basis der Pazifikflotte in Wladiwostok mit Sibirien und den zentralen Regionen des Landes verband (der offizielle Verkauf der Eisenbahn erfolgte etwas später). Die verbliebene Transsibirische Eisenbahn war vielerorts nicht nur eingleisig, sondern verlief zudem auf über 1.000 km direkt an der Staatsgrenze zur Mandschurei. Bedenkt man außerdem, dass das südliche Sachalin zu Japan gehörte, wird die strategische Bedeutung des zweiten, von der Grenze weit entfernten Zugangs zur Pazifikküste verständlich. Deshalb entbehrt die landläufige Meinung darüber, die größten Bauprojekte der dreißiger Jahre hätten dem Einsatz der riesigen Gefangenen- und Verbanntenzahl gedient, jeder Grundlage, zumindest für den untersuchten Zeitraum. Nicht umsonst wird in der bereits erwähnten Verfügung Nr. 1639/333ss des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 25. Oktober 1932⁶⁸ für die Erfüllung der Hauptaufgaben (es folgt eine Aufzählung von sechs Objekten) unter anderem das direkte Verbot ausgesprochen, die OGPU "mit irgendwelchen neuen Arbeiten " zu beauftragen.

In der Literatur findet sich auch eine gewissermaßen entgegengesetzte These. Vereinfacht ausgedrückt besteht diese darin, dass die Regierung mit ihrer Verfolgungspolitik die für die Planerfüllung der OGPU-NKWD erforderliche Gefangenenanzahl lieferte. Derartige Behauptungen sind umstritten. Zweifellos gab es eine angenehme Wechselwirkung zwischen den Wirtschaftsergebnissen der Lager und der Zahl der zu Zwangsarbeit Verurteilten. Diese wurde darin deutlich, dass durch die "erfolgreiche" Bautätigkeit der Lager die Regierung sich veranlasst sah, die in den 1920er Jahren geltende Beschränkung der zulässigen Häftlingszahl aufzuheben (siehe Abschnitt "SYSTEM DER HAFTANSTALTEN DER RSFSR UND UDSSR 1917 – 1930"). Indirekt wurde dadurch die von der Regierung verordnete staatliche Repressionspolitik verschärft und wirkte sich folglich auf das Wachstumstempo der Insassenzahlen aus. Das schnelle Wachstum des Lagersystems 1933 – 1934 (Abb. 1) stützte sich zu einem großen Teil auf die zu trauriger Berühmtheit gelangte Verordnung des Zentralen Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 7. August 1932 "Über den Schutz des Vermögens von staatlichen Unternehmen , Kolchosen, Kooperativen und über die Stärkung des öffentlichen (sozialistischen) Eigentums"⁶⁹ sowie auf weitere repressive Gesetze, die als Strafmaß Lagerstrafen vorsahen. Allerdings folgt daraus nicht, dass ohne die Existenz des Lagersystems die entsprechenden Wirtschaftsvorhaben entweder nicht realisiert worden wären, oder für deren Umsetzung freie Arbeiter hätten eingesetzt werden müssen. Den Machthabenden stand allein mehr als eine Million Sondersiedler und ihnen gleich gestellte Kategorien von "Sonderkontingenten" zur Verfügung. Ihr Einsatz zu Lagerarbeiten wurde in allen Grundsatzbefehlen der ersten Hälfte der 1930er Jahre über die Organisation der Lagerproduktion verankert⁷⁰. Dass ihr Anteil an der eigentlichen Lagerproduktion gering war, erklärt sich am ehesten damit, dass Häftlinge in ausreichender Zahl vorhanden waren. Hätten letztere gefehlt, hätte dem Aufbau von zentralisierten Produktionsstrukturen, die, analog zu den Lagerstrukturen,

⁶⁸ GARF. F. 5446. Op. 57. D. 21. L. 23.

⁶⁹ *Sobranie zakonov SSSR* [Gesetzessammlung der UdSSR]. 1932. Nr. 62. S. 360. Nach dieser Verordnung, die als Strafmaß entweder 10 Jahre Haft oder die Todesstrafe vorsah, wurden in den Jahren 1932–1933 allein in der RSFSR mehr als 125.000 Personen verurteilt (V. P. Popov: Gosudarstvennyj terror v sovetskoj Rossii, 1923-1953 [Staatsterror in Sowjetrußland. 1923-1953]. In: *Otečestvennyj archiv* [Vaterländisches Archiv]. 1992. Nr. 2. S. 20–31).

⁷⁰ Siehe z.B. Befehl 1020/s der OGPU vom 10.11.32 über die Einrichtung des BAM-Lag; Verfügung 1423/423ss des Rates für Arbeit und Verteidigung vom 16.11.32 über die Einrichtung des Uchta-Petschora-Kombinats der OGPU (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1812. L. 24–29).

auf der Zwangsarbeit der Sondersiedler beruht hätten, trotzdem nichts entgegengestanden⁷¹. Deshalb muss gerechterweise von einem komplexen Beziehungsgeflecht gesprochen werden, das sich auf den Entscheidungsprozess der führenden Machtorgane sowohl im Bereich der Bautätigkeit der Lager als auch im Bereich der Repressionspolitik auswirkte, und jeder Einzelfall bedarf einer gesonderten Analyse⁷². Für die weiteren Ausführungen muss konstatiert werden, dass im Laufe des Jahres 1933 die der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) der OGPU zugeordneten Lager den Typ der Vollzugsanstalten im Land dominierten.

Tatsächlich befanden sich am 1. Januar 1934 vierzehn Besserungsarbeitslager (sowie die Waigatsch-Expedition) unter der direkten Zuständigkeit des GULAG. Die meisten davon, insbesondere die größten, betreuten Produktionseinrichtungen der OGPU, die von der Regierung mit äußerst wichtigen Aufgaben betraut worden waren. Dazu gehörten das Weißmeer-Ostsee-Kombinat der OGPU, das Uchta-Petschora-Kombinat der OGPU, die Bauverwaltung der BAM der OGPU u.a. Am 23. Mai 1930 wurde alle diese Lagereinrichtungen formal an die bevollmächtigten Vertretungen (PP) der OGPU vor Ort übergeben. Doch da gemäß diesem Befehl die bevollmächtigten Vertretungen der OGPU einerseits über keine eigenen Leitungsstrukturen verfügten und andererseits die Leitung der Finanzen, Produktion sowie Verwaltung und Haushaltsführung der ITL der Lagerverwaltung übertragen wurden, hatten wahrscheinlich bereits 1930 die bevollmächtigten Vertretungen der OGPU nur noch einen unbedeutenden Einfluss auf das Wirken der Lager⁷³. Dieser Einfluss nahm weiter ab, nachdem im Februar 1931 die Leitung der gesamten tschekistischen Arbeit in den ITL der OGPU an die Geheime Operative Verwaltung der OGPU übergeben wurde. Diese wiederum hatte die Leitung "über den Leiter des GULAG der OGPU und des ihm unterstellten Apparats" auszuüben⁷⁴. Auch das NORDÖSTLICHE ITL, das Arbeitskräfte für den "Dalstroi"⁷⁵ lieferte und diesem in allen wichtigen Fragen unterstellt war, befand sich in der Zuständigkeit des GULAG, nahm jedoch eine Sonderstellung ein.

Am 1. Januar 1934 waren 510.309 Menschen in den Lagern inhaftiert, ohne Berücksichtigung jener Häftlinge, die sich auf Transport befanden⁷⁶. Somit hatte sich im Vergleich zum Juli 1929 die Insassenzahl in den Lagern ungefähr um das Dreiundzwanzigfache erhöht und im Vergleich

⁷¹ Zum Vergleich: zum 1. Januar 1932 waren in den Lagern der OGPU 272.500 Personen inhaftiert (Arbeitsunfähige eingerechnet) (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2920. L. 148), gleichzeitig befanden sich in den Sondersiedlungen 1.317.022 Personen, von denen mehr als 400.000 den Arbeitsfähigen zuzurechnen sind (V. N. Zemskov: "Kulackaja ssylka" v 30-e gody ["Kulakenverbannung" in den 30-er Jahren] In: *Sociologičeskie issledovanija* [Soziologische Forschungen]. 1991. 10. S. 3–21). Es sei ebenfalls angemerkt, dass in den 1940-er Jahren ähnliche Einrichtungen Erfolge aufwiesen (siehe z.B. BAKAL-ITL und WEISSMEERBAU UND ITL).

⁷² Es wurde bereits vermerkt, dass im Rahmen der gültigen Rechtsnormen die OGPU Einfluss hatte auf die Zahl der zu Lagerhaft Verurteilten. Bei Bedarf konnte sie auch Prozesse gegen entsprechende Fachleute anstrengen (siehe auch Fußnote 53), doch davon war der Großteil aller Häftlinge nicht betroffen.

⁷³ Befehl 169/81 der OGPU vom 23.05.30.

⁷⁴ Befehl 73/37 der OGPU vom 15.02.31.

⁷⁵ Der Dalstroi war zunächst dem Rat für Arbeit und Verteidigung (STO) untergeordnet und nach dessen Auflösung dem Rat der Volkskommissare der UdSSR (siehe Lagereintrag "BAUHAUPTVERWALTUNG FÜR DEN FERNEN NORDEN").

⁷⁶ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1155. L. 22. Die "Bescheinigung über die Insassenzahl in den Lagern des NKWD (für den Zeitraum vom 01.01.34 bis 01.01.39)" stammt von 1939. Aber wahrscheinlich enthalten die Angaben für 1934 nicht nur die Gefangenen, sondern auch die in den ITL inhaftierten Zwangs- und Sondersiedler. Vgl. Angaben und Gesamtmonatsdurchschnitt für Januar 1934, der die o.a. Siedler beinhaltet und 509.400 Personen betrug (Ebenda. D. 2922. L. 2).

zum Beginn der Hauptarbeiten am Weißmeer-Ostsee-Kanal mehr als verdoppelt⁷⁷. Die größte Rolle innerhalb der Lagerstrukturen spielten die Riesenzellen: Fast die Hälfte aller Häftlinge (221.039 Personen) war in den größten drei ITL (DMITROW-ITL, WEISSMEER-OSTSEE-ITL und BAIKAL-AMUR-ITL) konzentriert. Parallel dazu gab es auch kleine Lager mit einer Belegung von bis zu 5.000 Häftlingen⁷⁸. Die Hauptwirtschaftsbereiche waren in dieser Zeit der Bau wichtiger Verkehrswege (hauptsächlich Kanäle und ab 1934 Eisenbahnstrecken) sowie die Holzgewinnung. Außerdem gewannen die Landwirtschaft (einschließlich der landwirtschaftlichen Hilfswirtschaften), die Förderung von Bodenschätzen und der Industriebau an Bedeutung. Die Produktion von Konsumgütern und die Fischerei entwickelten sich weiter⁷⁹.

Allmählich verändert sich auch die Geographie des Lagerkomplexes. Immer mehr Lager entstanden in der Nähe bedeutender Industriezentren. Als wichtigster Schritt galt 1931 die Einrichtung des SWIR-ITL in 200 km Entfernung von Leningrad und des TEMNIKOWSKI-ITL 400 km von Moskau entfernt. Mit dem Beschluss über die Einrichtung des DMITROW-ITL, in dessen Tätigkeitsbereich auch Objekte im Zentrum Moskaus fielen, wurden die geographischen Beschränkungen beim Einsatz von Gefangenenarbeit faktisch aufgehoben. Anfang 1934 waren in den drei letztgenannten Lagern mehr als 30% aller Lagerhäftlinge konzentriert; zum 1. Januar 1934 betrug ihre Zahl 157.845⁸⁰.

Die zentrale Leitungsstruktur der Haftanstalten der OGPU nahm an Umfang und Komplexität zu. Gemäß dem seit November 1932 geltenden Personalplan standen der Hauptverwaltung der Lager und Arbeitssiedlungen (GULAGiTP) ein Leiter der Zentralbehörde, ein Stellvertreter, zwei Assistenten des Leiters, ein Sekretariat und zehn Abteilungen zu, also insgesamt 253⁸¹ gegenüber 87 Personalstellen im Sommer 1930⁸².

Neben den Lagern wurden ab Mitte 1931 alle Sondersiedler und später auch alle vergleichbaren Kategorien unter die Leitung des GULAG gestellt. Dabei wurde der GULAG 1931–1933 zwei Mal umbenannt (siehe Eintrag zu "HAUPTVERWALTUNG DER OGPU-NKWD-MWD-LAGER" in der Rubrik "Lager"), und im Zentralapparat wurde eine Abteilung für Sondersiedler eingerichtet⁸³. Teilweise wurden Sondersiedler auf jenen großen Objekten der OGPU eingesetzt, wo Lagerhäftlinge die Hauptarbeitskraft waren (Weißmeer-Ostsee-Kombinat, Bauverwaltung der BAM u.a.). Doch der größte Teil verteilte sich auf eine Vielzahl von Spezialsiedlungen und

⁷⁷ Hauptgrund für diesen Anstieg der Gefangenenzahl war die allgemeine Machtpolitik, die einen Großteil der Bevölkerung sämtlicher Lebensgrundlagen beraubte. Es sei an den Hunger der Jahre 1932–1933 erinnert, an die Massenflucht der Sondersiedler (allein 1932 und 1933 flohen 420.000 Sondersiedler, von denen ca. 90.000 wieder gefangen wurden; siehe V. N. Zemskov: "Kulackaja ssylka" v 30-e gody ["Kulakenverbannung" in den 30-er Jahren] In: *Sociologičeskie issledovanija* [Soziologische Forschungen]. 1991. Nr. 10. S. 3–21) und an die Massenverbannungen im Zuge der "Säuberung der Staatsgrenze" und bei der Ausstellung von Personalausweisen.

⁷⁸ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1155. L. 20. Zum 1. Januar 1934 gab es im DMITROW-ITL 88.534 Gefangene, im SAROWO-SONDERQUARANTÄNELAGER DER OGPU — 1.936 und im Lager der WAIGATSCH-EXPEDITION — 1.422 Personen.

⁷⁹ Ebenda. D. 2919. L.1–48; D. 2920. L. 1–188; D. 2922. L. 9–29; Zentralarchiv des FSB. F. 2. Op. 8. D. 104. L. 27–40. Siehe auch entsprechende Lagereinträge in der Rubrik "Lager".

⁸⁰ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1155. L. 22.

⁸¹ Befehl 271 der OGPU vom 25.11.32.

⁸² Befehl 2 der Lagerverwaltung (ULAG) der OGPU vom 19.07.30.

⁸³ Befehl 330/198 der OGPU vom 02.06.31. Mehr über die Sondersiedler siehe V. N. Zemskov: "Kulackaja ssylka" v 30-e gody ["Kulakenverbannung" in den 30-er Jahren] In: *Sociologičeskie issledovanija* [Soziologische Forschungen]. 1991. Nr. 10. S. 3–21.

wurde entweder in kleinen, mit Hilfe des GULAG erbauten Werkstätten oder in der Landwirtschaft zu Vertragsarbeiten eingesetzt.

Somit führte die Entwicklung des GULAG bis 1934 dazu, dass die in der Verfügung von 1929 enthaltene Vorgabe, alle Haftanstalten in zwei unabhängige und klar abgegrenzte Systeme (Lager und Kolonien) aufzuteilen, nachhaltig verletzt wurde. Mit der Ausweitung seiner Tätigkeit auf die zentralen Regionen, der Proklamation über die erfolgreiche Umerziehung der Häftlinge ("Umschmiedung"⁸⁴) und der Leitung zahlreicher dezentralisierter Sondersiedlungen eroberte der GULAG all jene Nischen, die diese Verfügung den Haftanstalten unter Leitung der Volkskommissariate der Republiken zugewiesen hatte.

Wie im Beitrag "SYSTEM DER HAFTANSTALTEN DER RSFSR UND UDSSR 1917 – 1930" erwähnt, wurden nach Auflösung der einzelnen NKWD in den Unionsrepubliken am 15. Dezember 1930 diese Haftanstalten den republikanischen Volkskommissariaten für Justiz (NKJu) unterstellt, die hierfür Hauptverwaltungen für Besserungsarbeitsanstalten (GUITU) schufen⁸⁵. Ziel dieser Neuordnung war es, all jene Strukturen in einer Behörde zusammenzuführen, die für die Festsetzung von Strafmaßnahmen sowie deren Vollzug an als wenig gefährlich eingestuften Verurteilten verantwortlich war. Auf diese Weise wurde die Regulierung jener Häftlingsströme vereinfacht, für die folgende Vollzugsarten in Frage kamen:

- Haftanstalt (bei relativ kurzen Haftstrafen bis zu drei Jahren),
- Zwangsarbeit (im Sprachgebrauch der Volkskommissariate für Justiz als Besserungsarbeit bezeichnet) ohne Freiheitsentzug⁸⁶.

Eine Zustandsbeschreibung der GUITU ist aufgrund der dürftigen Quellenlage nur in allgemeinen Zügen möglich⁸⁷. Ende 1934 waren der GUITU des NKJu der RSFSR 524 Haftanstalten unterstellt, die vor Ort von den Gebiets- oder Regionalverwaltungen der Besserungsarbeitsanstalten (UITU) geleitet wurden⁸⁸. In den Besserungsarbeitsanstalten (ITU) waren 205.710 zu Freiheitsstrafen Verurteilte inhaftiert (ohne Berücksichtigung Minderjähriger), von denen 69.595 in so genannten geschlossenen ITU (d.h. Gefängnissen) einsaßen. Davon saßen 61.424 ihre Haftstrafe ab, und 8.171 befanden sich auf Transport. Außerdem befanden sich in

⁸⁴ Siehe Erlass des Rates der Volkskommissare vom 02.08.33 (Izvestija vom 05.08.1933) und Erlass des Zentralen Exekutivkomitees vom 04.08.33 (*Pravda* vom 05.08.1933).

⁸⁵ GARF. F. 393. Op. 84. D. 115. L.505; *Sobranie zakonienij SSSR* [Gesetzessammlung der UdSSR]. 1930. Nr. 60. S. 640; *Sobranie zakonienij RSFSR* [Gesetzessammlung der RSFSR]. 1932. Nr. 53. S. 237. In der Transkaukasischen SFSR sah die Leitungsstruktur der Vollzugsanstalten anders aus (siehe Abschnitt "SYSTEM DER HAFTANSTALTEN DER RSFSR UND UDSSR 1917 – 1930").

⁸⁶ A. Èstrin, V. Trachterev: Razvitie sovetskoj ispravitel'no-trodovoj politiki kak časti sovetskoj ugovolnoj politiki [Entwicklung der sowjetischen Besserungsarbeitspolitik als Teil der sowjetischen Strafpolitik]. In: *Ot tjurem k vospitatel'nym učreždenijam* [Von Gefängnissen zu Erziehungsanstalten]. A. Ja. Vyšinskij (Hrsg.). Moskau, 1934. S. 17–71.

⁸⁷ Im GARF wurden folgende Bestände analysiert: Volkskommissariat für Justiz (NKJu) der RSFSR (F. 353), Hauptverwaltung für Haftanstalten (GUMS) der RSFSR (F. 4042) (die Dokumente der Volkskommissariate aus den anderen Sowjetrepubliken fehlen in den Moskauer Archiven) sowie der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) des NKWD-MWD (F. 9414). In den Beständen der Hauptverwaltung für Besserungsarbeitsanstalten (GUITU) des NKJu der RSFSR wurden lediglich Unterlagen gefunden, die deren Auflösung Ende 1934 und die Übergabe der Haftanstalten an die Hauptverwaltung der Lager (GULAG) des NKWD der UdSSR dokumentieren. Die Veröffentlichungen jener Jahre sind wenig informativ und tendenziös.

⁸⁸ GARF. F. 353. Op. 10. D. 60. L. 2; *Sobranie zakonienij RSFSR* [Gesetzessammlung der RSFSR]. 1932. Nr. 53. S. 237.

denselben "Institutionen" 51.400 Untersuchungshäftlinge⁸⁹. In den Dokumenten finden sich keine Angaben über minderjährige Häftlinge. Für sie waren maximal 9.573 Plätze⁹⁰ in gesonderten Vollzugsanstalten vorgesehen. Da in den anderen Haftanstalten der GUITU des NKJü der RSFSR das Verhältnis zwischen Belegungsplätzen und tatsächlicher Belegung annähernd gleich war (z.B. waren für das geschlossene ITU 115.883 Plätze vorgesehen, während die tatsächliche Belegung 121.240 Personen betrug⁹¹), kann man wahrscheinlich von annähernd 10.000 minderjährigen Häftlingen ausgehen. Somit verbüßten Ende 1934 insgesamt ca. 216.000 Verurteilte ihre Haftstrafe in den Einrichtungen der GUITU des NKJü der RSFSR; und unter Berücksichtigung der Untersuchungshäftlinge ergibt sich eine Zahl von etwa 267.000 Personen. Ausgehend von diesen Angaben und unter Berücksichtigung des Anteils der RSFSR an der Bevölkerung der UdSSR sowie des Umstandes, dass wegen der Konzentration von Lagern und Verbannungsorten von Sondersiedlern auf dem Territorium der RSFSR der prozentuale Anteil von Gefangenen an der Gesamtbevölkerung über dem Durchschnitt in der Sowjetunion lag⁹², kann man eine Gesamtzahl von 400.000 Gefangenen in allen ITU der UdSSR annehmen, von denen 300.000 rechtskräftig verurteilte Häftlinge waren. In den durch die Verordnung von 1929 zur Hauptvollzugsart erklärten Kolonien hingegen waren landesweit ca. 200.000 Personen inhaftiert.

Ende 1934 gab es in der RSFSR 668.841 Verurteilte zu Besserungsarbeiten ohne Inhaftierung, die den Besserungsarbeitsabteilungen (OITR) der entsprechenden regionalen UITU unterstellt waren. Davon galten 80.581 Personen als vorläufig registriert (d.h. sie waren bereits verurteilt, hatten aber noch keine Anordnung der OITR zur Arbeitsaufnahme erhalten), nach 164.781 Personen wurde noch gefahndet, und 423.779 Personen wurden in den operativen Listen geführt, d.h. sie verbüßten bereits ihr Strafmaß. Von den operativ erfassten Verurteilten waren 406.273 Personen zu Arbeiten eingesetzt: davon 338.641 (die überwiegende Mehrheit) an ihrem Arbeitsplatz, 54.526 zu Vertragsarbeiten mit Wirtschaftsorganisationen und nur 13.106 in OITR-eigenen Betrieben⁹³.

Das geringe Wachstum der Häftlingszahlen im Laufe von fünf Jahren und der hohe Anteil der Verurteilten zu Besserungsarbeiten ohne Inhaftierung erklärt sich durch die wirtschaftliche Lage der einzelnen GUITU, die große Schwierigkeiten bei der Erschließung eigener Arbeitsbereiche hatten. Gemäß den einzigen auffindbaren Angaben hatten am 1. August 1932 26,3% aller Verurteilten zu Freiheitsstrafen überhaupt keine Arbeit, 16,2% waren Arbeiten zum Unterhalt

⁸⁹ GARF. F. 353. Op. 10. D. 60. L. 2, 13, 14. Die Genauigkeit der gemachten Angaben ist trügerisch, da im selben Dokument (L. 13) als Gesamtzahl aller Gefangenen in einer Besserungsarbeitsanstalt geschlossenen Typs 121.240 angegeben wird, während die Summe aller verurteilten Häftlinge, Untersuchungs- und Transitgefangenen insgesamt 120.995 Personen ergibt.

⁹⁰ Ebenda. L. 54. Es sei angemerkt, dass einige Artikel des Strafgesetzbuches für Minderjährige ab 12 Jahren eine Haftstrafe von mehr als drei Jahren mit Verbüßung in einem ITL vorsahen und diese daher nicht in einer getrennten Statistik geführt wurden.

⁹¹ Ebenda. L. 13.

⁹² Ein höherer Anteil an Häftlingen an der Gesamtzahl aller Gefangenen der ehemaligen GUITU des NKJü der RSFSR im Vergleich zu ähnlichen Einrichtungen der anderen Unionsrepubliken wird in den statistischen Berichten der OMS des NKWD der UdSSR für das gesamte Jahr 1935 gleichmäßig verzeichnet (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2740. L. 17, 29, 30).

⁹³ GARF. F. 353. Op. 10. D. 60. L. 117.

innerhalb der Haftanstalten zugeordnet und nur 57,5% arbeiteten in der Produktion⁹⁴. Die Betriebe der GUITU waren lokal angebunden, und allein dieser Umstand setzte sie, im Vergleich zu den führenden Bauvorhaben, auf denen Arbeitskräfte aus den Lagern der OGPU eingesetzt wurden, wesentlich schlechteren Bedingungen aus. Somit war auch die Planerfüllung in diesen Betrieben weitaus geringer. Diese betrug für alle GUITU des NKJu der RSFSR nicht mehr als 70% und in der Textilindustrie 20%. Die Arbeitsproduktivität in den Kolonien mit landwirtschaftlichem Schwerpunkt betrug nur 60% im Vergleich zur Produktivität von Kolchosen⁹⁵. Ein noch aufschlussreicheres Bild über die Haupteinnahmequelle der GUITU liefert uns das Verhältnis zwischen den Verurteilten zu Besserungsarbeiten ohne Inhaftierung, die ihr Strafmaß am eigenen Arbeitsplatz verbüßten (in diesem Fall lief das Strafmaß auf eine Geldstrafe hinaus, die sich jedoch nicht in absoluten Ziffern, sondern in prozentualen Abzügen vom Arbeitslohn ausdrückte) und jenen, die in OITR-eigenen Betrieben arbeiteten. Ende 1934 betrug z.B. dieses Verhältnis in der RSFSR 26:1! Und da die GUITU und die Gerichte demselben Volkskommissariat unterstanden, hatte das Auswirkungen auf die gerichtliche Praxis. Ende 1934 betrug somit die Insassenzahl in den republikanischen GUITU weniger als die Hälfte im Vergleich zur Insassenzahl in den Lagern des GULAG. Wie aus der Abb. 1 ersichtlich, stieg dort hingegen auch 1934 die Zahl der Gefangenen mit derselben Geschwindigkeit an wie 1933 (ca. 300.000 Personen im Gewahrsam der GUITU gegenüber 700.000 im GULAG)⁹⁶. Nicht ein einziges großes Wirtschaftsprojekt wurde von den Haftanstalten des NKJu in Eigenregie durchgeführt⁹⁷. Berücksichtigt man die oben beschriebene Expansion des GULAG, stellt sich die Übergabe aller Haftanstalten⁹⁸ (und gleichzeitig auch der Verurteilten zu Zwangsarbeiten ohne

⁹⁴ M. Kessler, V. Olejnik: Trud v ispravitel'no-trudovych učreždenijach SSSR [Arbeit in Besserungsarbeitsanstalten der UdSSR]. In: *Ot tjurem k vospitatel'nym učreždenijam* [Von Gefängnissen zu Erziehungsanstalten]. A. Ja. Vyšinskij (Hrsg.). Moskau, 1934. S. 120, 126.

⁹⁵ O. Gempfer: Vyše tempy po vypolneniju programmy ITU po vypusku predmetov širpotreba [Schnellere Erfüllung des Programms der Besserungsarbeitsanstalten für die Herstellung von Konsumgütern]. In: *Sovetskaja justicija* [Sowjetische Justiz]. 1932. Nr. 30. S. 19; Auf der Versammlung der Agronomen aus Besserungsarbeitskolonien. In: Ebenda. 1934. Nr. 6. S. 10, 13. Auf diese Publikationen wurden die Autoren freundlicherweise von M. Jacobson hingewiesen.

⁹⁶ Zum 01.10.34 — 685.337, zum 01.01.35 — 725.483 Personen (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1155. L. 20–22). Unsere Schätzungen der Gefangenen in den Besserungsarbeitseinrichtungen der NKJu in den einzelnen Sowjetrepubliken entsprechen annähernd den Insassenzahlen, die der Abteilung für Haftanstalten (OMS) des NKWD der UdSSR unterstanden (ohne Berücksichtigung gesonderter Vollzugsanstalten für Minderjährige): zum 01.01.35 — 293.506 Gefangene, davon in der RSFSR — 201.107 (Ebenda. D. 2740. L. 29, 30); entsprechend beträgt der Monatsdurchschnitt für Januar 1935 307.093 und 216.336 Personen (Ebenda. L. 17; alle Angaben wurden auf der Grundlage der ebendort angeführten Quelldaten für die einzelnen Regionen gemacht). Ausgehend von der steigenden Insassenzahl in den Jahren 1935–1939 berücksichtigte die Abteilung für Haftanstalten des NKWD der UdSSR jedoch nicht nur Verurteilte, sondern auch Untersuchungsgefangene, die sich in den ihr unterstellten Gefängnissen aufhielten (siehe auch Befehl 00122 des NKWD vom 29.10.34). Somit bedarf diese Frage weiterer Klärung.

⁹⁷ Die Entscheidung über die Verwendung von Häftlingen, die der GUITU unterstellt waren, beim Bau des Magnitogorsker Metallurgiekombinats wurde erst im Sommer 1932 getroffen und sah die Entsendung von 15.000 Personen vor (L. I. Ginberg: Po stranicam "osobych papok" Politbjuro CK KPSS(b). In: *Voprosy istorii*. [Die Seiten der „Sondermappen“ des Politbüros des ZK der KPdSU (B). In: Fragen der Geschichte]. 1996. Nr. 8. S. 16–30). Aber auch hier trat die GUITU lediglich als Arbeitskräfte-lieferant für MagnitogorStroi auf, und war dabei noch nicht einmal der wichtigste, da bereits im Februar 1932 dem MagnitogorStroi mehr als 40.000 Sondersiedler überstellt wurden (siehe die von I. E. Plotnikov herausgegebene Dokumentensammlung: Ssylka krest'jan na Ural v 1930-e gody [Die Verbannung von Bauern in den Ural in den 1930er Jahren]. In: *Otečestvennaja istorija* [Vaterländische Geschichte]. 1995. Nr. 1. S. 175).

⁹⁸ Genauer gesagt fast alle, da die Isolatoren der OGPU nach der Umstrukturierung 1934 nicht mehr der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) unterstanden (siehe Abschnitt "DAS GEFÄNGNISSYSTEM").

Inhaftierung) an die Hauptverwaltung der Lager sowie die Auflösung der GUITU innerhalb der Volkskommissariate für Justiz in den einzelnen Sowjetrepubliken als eine durchaus logische Maßnahme dar.

Die Zusammenführung aller Haftanstalten unter Leitung einer Behörde erfolgte in der zweiten Jahreshälfte 1934 in zwei Etappen. Auf Verfügung des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR vom 10. Juli 1934 wurde das NKWD der UdSSR gebildet. Die OGPU ging in das NKWD in Form von drei Zentralbehörden über, von denen eine die Hauptverwaltung der Lager und Arbeitssiedlungen (GULAGiTP) war⁹⁹. Dreieinhalb Monate später wurden auf Verfügung des Zentralen Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 27. Oktober 1934 die GUITU der NKJu in den Sowjetrepubliken aufgelöst und ihre Haftanstalten an den GULAG des NKWD der UdSSR übergeben¹⁰⁰. Am 29. Oktober 1934 erhielt die Zentralbehörde eine neue Bezeichnung: Hauptverwaltung für Lager, Arbeitssiedlungen und Haftanstalten des NKWD der UdSSR (GULTPiMS oder GUITLTPiMS); innerhalb dieser Behörde wurde die Abteilung für Haftanstalten (OMS) geschaffen. In den Republiken, Regionen und Gebieten wurden für die direkte Leitung der übernommenen Besserungsarbeitsanstalten in den entsprechenden NKWD und NKWD-Verwaltungen Leitungsorgane geschaffen, die man ebenfalls "Abteilungen für Haftanstalten" (OMS) bezeichnete¹⁰¹.

Im Ergebnis der durchgeführten Neuordnung waren Anfang 1935 sämtliche Haftanstalten der UdSSR einem Volkskommissariat unterstellt – dem NKWD. Zusammen mit den Haftanstalten wurden auch verschiedene Produktionsobjekte dem NKWD übergeben – von Großbauten (BAM, Moskwa-Wolga-Kanal) bis hin zu kleinen landwirtschaftlichen Betrieben in Kolonien. Somit war das NKWD bereits seit seiner Gründung ein bedeutendes Wirtschafts- und Volkskommissariat.

Anfang 1935 befanden sich somit die meisten Haftanstalten unter Zuständigkeit der GUITLTPiMS. Einzig die Politisolatoren (in Susdal, Werchne-Uralsk, Jaroslawl, Tscheljabinsk und Tobolsk), die früher unter direkter Leitung der OGPU standen, der Innere Isolator besonderer Verwendung sowie der Butyrka- und Sretenka-Isolator in Moskau gehörten nicht dazu¹⁰².

Gemäß dem am 10. Juli 1934 eingeführten Stellenplan waren für den Zentralapparat dieser Behörde folgende Personalstellen vorgesehen: ein Leiter, seine zwei Stellvertreter und drei Assistenten, das Sekretariat, eine Funksprechstelle und eine Telefonzentrale sowie acht Abteilungen (Personalwesen, Erfassung und Verteilung, Wache, Kultur und Erziehung, Versorgung, Arbeitssiedlungen, Medizin und Sanitätswesen sowie Kontrollen und Inspektionen), die Abteilung für Produktion und Bauwesen und die im Oktober 1934 zusätzlich geschaffene Abteilung für Haftanstalten. Insgesamt gab es ca. 380 Personalstellen¹⁰³.

⁹⁹ *Sobranie zakonov SSSR* [Gesetzessammlung der UdSSR]. 1934. Nr. 36. S. 283; Befehl 1 des NKWD vom 11.07.34; Befehl 2 des NKWD vom 11.07.34; Befehl 0044 des NKWD vom 21.08.34.

¹⁰⁰ *Sobranie zakonov SSSR* [Gesetzessammlung der UdSSR]. 1934. Nr. 56. S. 421.

¹⁰¹ Befehl 00122 des NKWD vom 29.10.34. Siehe auch Befehl 00175 des NKWD vom 16.12.34 und Befehl 001 des NKWD vom 13.07.34.

¹⁰² Mehr dazu siehe Abschnitt "DAS GEFÄNGNISSYSTEM".

¹⁰³ Die ab 10.07.34 eingeführte Stellenbelegung, die für den Zentralapparat der Behörde einen Personalbedarf von 366 Personen vorschrieb, wurde per Befehl 56 AChU [AXY] des NKWD vom 15.09.34 herausgegeben. In den Dokumenten, die die Einrichtung einer Abteilung für Haftanstalten der Hauptverwaltung für Lager, Arbeitssiedlungen und Haftanstalten vorsahen, sind keine Angaben zum Personalbedarf der neuen Abteilung enthalten (siehe Befehl 00122 des NKWD vom 29.10.34; Befehl 00175 des NKWD vom 16.12.34 und Befehl 001 des NKWD vom 13.07.34); ab 16.08.35 wurden der Abteilung 16 Personalstellen zugewiesen (Befehl 193 AChU [AXY] des NKWD vom 22.08.35).

Der von der OGPU übernommene Aufbau der Lagerleitung stellte sich als ziemlich kompliziert heraus. Ungeachtet der o.a. Übergangslösung blieben die Lager unter der territorialen Zuständigkeit der NKWD und NKWD-Verwaltungen auf Unions-, Regional- und Gebietsebene. Gleiches galt jedoch nicht für ihre Abteilungen für Haftanstalten (OMS)! Im Februar 1935 wurde in Usbekistan die Abteilung für Haftanstalten des usbekischen NKWD mit der Verwaltung des ZENTRALASIATISCHEN ITL zusammengeführt. Ziel dieser Umstrukturierung war jedoch die verbesserte Arbeit der usbekischen Haftanstalten und keineswegs die Schaffung einer Lagerleitung vor Ort¹⁰⁴. Gleichzeitig fungierten die Leiter des DMITROW-ITL und des Weißmeer-Ostsee-Kombinats als stellvertretende Leiter des GULAG¹⁰⁵. Eine Sonderstellung nahm das NORDÖSTLICHE ITL ein, das weiterhin vollständig dem Dalstroj unterstellt blieb.

Zu den 13 von der OGPU aufgenommenen ITL gesellten sich am 1. Januar 1935 noch das SAROWO-ITL und das ACHUN-ITL¹⁰⁶. Am 1. Januar 1935 waren in den Lagern ca. 725.500 Personen¹⁰⁷ direkt inhaftiert und einige zehntausend Häftlinge befanden sich wahrscheinlich auf Transport¹⁰⁸.

Die OMS der lokalen NKWD und NKWD-Verwaltungen leiteten ITK und Gefängnisse, in denen Gefangene jeden Typs inhaftiert waren: Untersuchungshäftlinge und rechtskräftig verurteilte Gefangene, Häftlinge, die gegen ihr Urteil Berufung eingelegt hatten, und solche, die sich auf Transport befanden¹⁰⁹. Am 1. Januar 1935 betrug die Gesamtzahl aller Gefangenen unter Leitung der OMS 293.506 Personen¹¹⁰.

Somit überschritt am 1. Januar 1935 die Häftlingszahl in der UdSSR die Marke von einer Million.

Die meisten Gefangenen wurden in Großbetrieben eingesetzt, die vollständig unter Leitung des NKWD standen. Gleichzeitig sah sich die Führung des GULAG nach der Übernahme der Kolonien gezwungen, nach Einsatzmöglichkeiten für jene Gefangenen zu suchen, die über ein riesiges Territorium verstreut und teilweise regional gebunden waren, da wegen der kurzen Haftstrafen der Arbeitseinsatz jener Gefangenen in den Verwaltungsgrenzen ihrer zuständigen OMS vorgeschrieben war.

¹⁰⁴ Befehl 0051 des NKWD vom 08.02.35. Es ist bezeichnend, dass im Unterschied zur einige Monate später erfolgten Umstrukturierung der Apparat des zusammengefassten Führungsorgans auf der Grundlage des Lagerapparats aufgebaut war: der Leiter der Abteilung für Haftanstalten wurde vom stellvertretenden Leiter der Verwaltung des ZENTRALASIATISCHEN ITL ernannt; für die Leitung der Außenstellen wurde angeordnet, dass mit Ausnahme zweier Sektionen bei den entsprechenden Abteilungen der Lagerverwaltung keine zusätzlichen Strukturen eingerichtet werden durften.

¹⁰⁵ Befehl 8 des NKWD vom 15.07.34. Der Leiter des WEISSMEER-OSTSEE-ITL war stellvertretender Kombinatdirektor (siehe entsprechenden Lagereintrag).

¹⁰⁶ Befehl 0044 des NKWD vom 21.08.34; Befehl 0048 des NKWD vom 22.08.34; Befehl 10 der Hauptverwaltung für Lager, Arbeitssiedlungen und Haftanstalten (GUILTPiMS) vom 13.12.34 (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 5. L. 44).

¹⁰⁷ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1155. L. 20–22; D. 2930. L. 3. Zum 01.01.35 betrug die von den Autoren errechnete Insassenzahl aller im ersten Dokument aufgeführten Besserungsarbeitslager insgesamt 724.792 Personen. Dabei wurde jedoch nicht das ACHUN-ITL berücksichtigt, in dem gemäß dem zweiten Dokument Anfang Januar 1935 700 Personen inhaftiert waren. Gemäß dem ersten Dokument betrug die Gesamtzahl aller Gefangenen 725.483 und gemäß dem zweiten — 725.700 Personen.

¹⁰⁸ Siehe z.B. Angaben für Mitte Juli 1934 (Zentralarchiv des FSB. F. 3. Op. 1. D. 312. L. 94).

¹⁰⁹ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2740. L. 16.

¹¹⁰ Ebenda. L. 29, 30.

Nachdem dem GULAG viele Objekte in bewohnten Regionen übergeben worden waren, verschärfte sich der Kampf gegen Fluchtversuche¹¹¹.

Die Bedingungen, unter denen sich das Wirken des GULAG von 1935 bis in die erste Jahreshälfte 1937 entfaltete, unterschieden sich merklich von jenen der vorangegangenen Periode. Einerseits wurde der Machtkampf in den höchsten Führungskreisen des Landes immer erbitterter, wozu auch die Ermordung Sergej M. Kirows im Dezember 1934 gehörte. Andererseits verlangsamte sich entgegen der landläufigen Meinung ausgerechnet ab Anfang 1935 der für die Jahre 1933 – 1934 charakteristische Anstieg der Häftlingszahl. Seit Anfang 1936 kam er dann vollständig zum Erliegen, und in der ersten Hälfte des Jahres 1937 ging er sogar leicht zurück (Abb. 1), sodass sich zum 1. Juli 1937 in den Lagern 788.584 Gefangene befanden¹¹². Eine ähnliche Tendenz kann auch für das Vollzugssystem der OMS verzeichnet werden, allerdings mit dem Unterschied, dass hier der Tiefpunkt Anfang 1937 erreicht wurde: am 1. Januar 1937 gab es 375.376 Häftlinge¹¹³. Auch die Zunahme von Besserungsarbeitslagern (ITL) war gering. Seit Anfang 1935 wurden in zweieinhalb Jahren fünf Lager eingerichtet und zwei aufgelöst (siehe ACHUN-, WETLUGA-, WOLGA-, WJASMA-, KALUGA-, NORILSKER und SAROWO-ITL).

Aus den Archivunterlagen geht hervor, dass in dieser Phase der relativ stabilen Gefangenenzahlen die Führung des NKWD und GULAG eine Reihe von Umstrukturierungen vornahm, um die Verwaltung im Bereich der Zwangsarbeit zu optimieren. Dieser Versuch sollte die endgültige Struktur des Lagersystems der Stalinzeit maßgeblich prägen.

Als erstes wurde das Verwaltungssystem in den Lagern neu geordnet. Im Mai 1935 wurden jene Lager, die mit der Durchführung volkswirtschaftlicher Schlüsselprojekte betraut und vollständig dem NKWD unterstellt waren (also das BAIKAL-AMUR-, WEISSMEER-OSTSEE-, DMITROW- und UCHTA-PETSCHORA-ITL, ebenso das TEMNIKOWSKI-ITL, welches Moskau mit Brennholz versorgte) direkt der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) unterstellt. Die Leitung der übrigen Lager wurde den Leitern des NKWD und der NKWD-Verwaltungen vor Ort direkt übertragen. Innerhalb dieser lokalen Organe wurden für die dort befindlichen Vollzugsanstalten für "Sonderkontingente" (Häftlinge und Arbeitssiedler) Abteilungen für Lager und Haftanstalten oder Abteilungen für Lager, Haftanstalten und Arbeitssiedlungen eingerichtet. Die Apparate der Lagerverwaltungen blieben erhalten. Die NKWD-Verwaltung bzw. das NKWD trugen die volle Verantwortung für die operative Lagerverwaltung, wozu der Arbeitseinsatz der Häftlinge, die operativ-tschechistische Arbeit, der Kampf gegen Fluchtversuche, der Bereich für Kultur und Erziehung sowie der medizinisch-sanitäre Bereich usw. gehörten, und waren gleichzeitig für die Ausarbeitung von Produktions- und Wirtschaftsplänen verantwortlich. In allen Arbeitsbereichen waren die NKWD-Verwaltungen gegenüber dem GULAG rechenschaftspflichtig. In Bezug auf diese Lager übernahm der GULAG lediglich allgemeine Kontrollfunktionen, traf globale Entscheidungen hinsichtlich Lagertyp und Produktionstätigkeit (u.a. maximale Insassenzahl und deren planmäßiger Anteil an Lagerarbeiten, Reihenfolge der Projekte, Kostenpläne usw.), stellte die Versorgung gemäß den beschlossenen Plänen und entsprechenden Mitteln sowie den Nachschub von neuen Gefangenen sicher.¹¹⁴

¹¹¹ Siehe z.B. Befehl 0074 des NKWD vom 10.09.34; Befehl 039 des NKWD vom 13.04.35; Befehl 00327 des NKWD vom 07.09.35.

¹¹² GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1155. L. 20–22.

¹¹³ Ebenda. D. 2740. L. 41.

¹¹⁴ Befehl 00169 des NKWD vom 08.05.35.

Natürlich verfolgte diese Neuordnung mehrere Schlüsselziele. Offensichtlich ermöglichte sie es dem Zentralapparat des GULAG, seine Aufmerksamkeit auf jene Objekte zu konzentrieren, die für die Beurteilung der Wirtschaftstätigkeit des NKWD von zentraler Bedeutung waren. Gleichzeitig wurde bei der Erfüllung der Produktionsaufgaben der gesamte NKWD-Apparat vor Ort direkt einbezogen. Wahrscheinlich war auch der Einsatz desselben Apparates beim Kampf gegen Fluchtversuche von erheblicher Bedeutung¹¹⁵. Vom Standpunkt der zukünftigen Entwicklung der Ereignisse jedoch bestand das wichtigste Ziel darin, im Zentralapparat des GULAG die Leitung der Wirtschaftstätigkeit aus technischer Sicht zu verstärken. Und tatsächlich waren bei der Bestätigung der neuen Mitarbeiter des Zentralapparates des GULAG statt einer Produktions- und Bauabteilung die Einrichtung von acht auf Industriezweige spezialisierten Sektionen vorgesehen (Wasserbau, Straßenbau, Bergbau, Holzwirtschaft, Zivil- und Industriebau, Auftragsarbeiten und Landwirtschaft). Von den 527 Personalstellen des GULAG waren allein hierfür insgesamt 102 Stellen vorgesehen.¹¹⁶ Diese Personalverteilung im Zentralapparat des GULAG sowie die Neuordnungen im Mai legen insgesamt den Schluss nahe, dass die Führung des NKWD und des GULAG eine Trennung herbeiführen wollten zwischen dem direkten Arbeitseinsatz von Häftlingen und der ingenieurtechnischen Versorgung der Produktion, mit der man entsprechende Fachleute beauftragte. Diese Annahme wird auch vom folgenden (und bis Mitte 1937 letzten) Schritt gestützt, den das NKWD für den Arbeitseinsatz von Gefangenen unternahm: Ende 1935 wird im NKWD zum ersten Mal eine ausschließlich auf die Produktion spezialisierte Zentralbehörde eingerichtet.

Per Verfügung des Zentralen Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 28. Oktober 1935¹¹⁷ wird dem NKWD der UdSSR die Zentralverwaltung für Straßenbau und Kraftverkehr (ZUDORTRANS), in der das landesweite Straßenwesen vom Bau über die Instandhaltung bis hin zum Betrieb konzentriert war, übergeben. Die lokalen Organe der ZUDORTRANS wurden den entsprechenden NKWD bzw. NKWD-Verwaltungen vor Ort unterstellt. Ein Befehl vom Januar 1936 sah für die Produktionsobjekte die Entlassung aller freien Arbeiter sowie den Einsatz von speziell für jedes Objekt eingerichteten und der lokalen Abteilung für Haftanstalten (OMS) des GULAG unterstellten Kolonien vor¹¹⁸. Einen Monat später wurden für die Bereitstellung von Arbeitskräften auf dem Bau der strategisch bedeutenden Fernstraßen Moskau – Minsk und Moskau – Kiew entsprechend das WJASMA- und KALUGA-ITL eingerichtet – beide unter direkter Zuständigkeit des GULAG¹¹⁹. Mit der Durchführung beider Straßenbauprojekte wurde die ZUDORTRANS (die kurz darauf in GUSchossDor umbenannt wurde) beauftragt.

Aus Sicht des NKWD war die Einrichtung einer derartigen Zentralbehörde offensichtlich sinnvoll. Auf diese Weise hätte man durch die Bereitstellung von Arbeitskräften für das gesamte sowjetische Straßenwesen in erster Linie das Problem des Arbeitseinsatzes der Häftlinge in den lokalen Abteilungen für Haftanstalten des GULAG gelöst und sogar die Erledigung

¹¹⁵ Die mangelnde Aufmerksamkeit der lokalen NKWD-Organen bei der Bekämpfung von Fluchtversuchen wurde bereits im Befehl 0074 des NKWD vom 10.09.34 vermerkt. Dieser Befehl schrieb allen NKWD-Organen auch die Einbeziehung der einheimischen Bevölkerung bei der Suche nach Flüchtlingen vor.

¹¹⁶ Befehl 193 AChU [AXY] des NKWD vom 22.08.35; Personal ab 16.08.35.

¹¹⁷ *Pravda* vom 29.10.1935.

¹¹⁸ Befehl 0012 des NKWD vom 10.01.36. Mehr über die Funktion, Struktur und Aufgaben des ZUDORTRANS (GUSchossDor) siehe Eintrag "HAUPTVERWALTUNG FÜR FERNSTRASSEN DES NKWD-MWD DER UDSSR" in der Rubrik "Lager".

¹¹⁹ Befehl 0050 des NKWD vom 05.02.36.

unqualifizierter Arbeiten durch kranke Gefangene nach den im GULAG geltenden Normen ermöglicht. Die GUSchossDor verfügte über keine Haftanstalten. Ihre Unterabteilungen waren für die ingenieurtechnische Absicherung (Projektdokumentation und Kostenpläne eingeschlossen) und die Bereitstellung von Fachleuten aus den Reihen freier Arbeiter verantwortlich, während aus den Besserungsarbeitskolonien der Abteilung für Haftanstalten des GULAG unqualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt wurden. Die Kostenpläne wiederum, die insbesondere die Zahlungen an den GULAG für die bereitgestellten Arbeitskräfte enthielten, wurden von der NKWD-Leitung bestätigt. War eine hohe Zahl an Arbeitern notwendig, so verfuhr man nach einem ähnlich bewährten Prinzip: Es wurden ein ITL unter der Leitung des GULAG sowie eine Bauverwaltung unter Leitung des GUSchossDor eingerichtet, und für die Koordination beider Organisationen wurde der Leiter der Bauverwaltung gleichzeitig zum Leiter des ITL ernannt.

Es sei bereits an dieser Stelle angemerkt, dass sich zumindest für die Durchführung von Großprojekten diese Verwaltungsstruktur als ineffektiv herausstellte. Wenn bei der Durchführung kleinerer Objekte sowohl die Abteilung (Verwaltung) für Fernstraßen der GUSchossDor als auch die Besserungsarbeitskolonien der Abteilung für Strafanstalten (OMS) des GULAG zur selben lokalen NKWD-Verwaltung gehörten (und folglich einem Leiter unterstanden, der die volle Verantwortung für die Arbeitsergebnisse trug), so entstanden beim Zusammenwirken zwischen Bauverwaltungen und den unmittelbar ihren Zentralbehörden unterstellten ITL zahlreiche organisatorische Probleme. Das beweisen die ständigen Umstrukturierungen innerhalb der Führungsstruktur von bedeutenden Bauprojekten im Laufe der Jahre 1936 – 1938 (siehe folgende Einträge in der Rubrik "Lager": HAUPTVERALTUNG FÜR FERNSTRASSEN DES NKWD-MWD DER UDSSR, WJASMA-ITL und SCHOSSDORLAG). Als Beweis für diese missliche Situation sei die im Frühjahr 1937 im Zuge eines neuen Stellenplans des GULAG gegründete Abteilung für Straßenbau genannt. Fast alle übrigen Unterabteilungen des GULAG, die für einzelne Industriezweige verantwortlich waren, hatten weiterhin den Status von Referaten¹²⁰. Die ineffektive Arbeit einer Zentralbehörde, die über keine eigenen Lager verfügte, wurde im Zuge der radikalen Umstrukturierung des Lagersystems in den Jahren 1940-1941 eindeutig berücksichtigt.

Ab Mitte 1937 galten für das System der Haftanstalten neue Bedingungen. Die Staatsmacht entfesselte einen Massenterror in seinen schrecklichsten Formen. Es sei nur angemerkt, dass sich die Zahl der Erschießungen im Jahre 1936 von 1.118 auf 353.074 im Jahre 1937 erhöhte¹²¹. Ein nie da gewesener Häftlingsstrom überschwemmte die Haftanstalten. Innerhalb von neun Monaten (vom 1. Juli 1937 bis 1. April 1938) stieg die Häftlingszahl im GULAG um mehr als 800.000 und übertraf die Marke von zwei Mio.¹²². In der zweiten Jahreshälfte 1937 und 1938 stand die Straffunktion der Haftanstalten für die Führung des Landes an erster Stelle. Hier wurden jene "abgeladen", die der Erschießung entgangen waren. Die Hauptprobleme des GULAG waren nunmehr die Aufnahme, Unterbringung und Bewachung; außerdem musste wenigstens der Anschein erweckt werden, diesen gigantischen Menschenstrom zu Arbeiten einzusetzen.

¹²⁰ Befehl 209 AChU [AXY] des NKWD vom 15.04.37.

¹²¹ 30 oktjabrja [30. Oktober] (Sonderausgabe der Zeitung "Memorial-Aspekt"), Moskau 1996.

¹²² Zum 01.07.37 waren in den Lagern 788.584 Personen inhaftiert (ohne Berücksichtigung jener Gefangenen, die sich auf dem Transport von einem Lager in ein anderes befanden) zum 01.04.38 betrug ihre Zahl 1.149.779, d.h. ein Anstieg um 361.195 Personen (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1155. L. 20–22). In den Haftanstalten, die den lokalen GULAG-Organen unterstellt waren, betrug die Insassenzahlen zum 01.07.37 und 01.04.38 entsprechend 451.463 und 899.635 Personen (Anstieg um 448.172 Personen) (Ebenda. D. 2740. L. 41, 47).

Die erste Folge der neuen Repressionspolitik war die überstürzte Einrichtung von sieben (!) Lagern für die Holzgewinnung bereits im August 1937 (IWDEL-, KARGOPOL-, KULOI-, LOKTSCHIM-, TAISCHET-, TOMSK-ASSINO- und UST-WYM-ITL) und die gleichzeitige Umstrukturierung des Forstsektors des GULAG in eine Forstabteilung¹²³. Bereits im Oktober 1937 tauchen in der Abteilung für Medizin und Sanitätswesen des GULAG erste Belege über die Häftlingssterblichkeit in diesen Lagern auf¹²⁴. Zum 1. Januar 1938 waren in diesen Lagern mehr als 80.000 Personen inhaftiert. Anfang 1938 kommen weitere sechs Waldlager hinzu (WJATSKER ITL, KRASNOJARSKER ITL, ONEGA-, NORDURAL-, UNSCHA- und das SOLIKAMSKER ITL)¹²⁵. Man kann davon ausgehen, dass der Beschluss, gerade Waldlager einzurichten, auf rein ökonomischen Gründen beruhte. Die Arbeiten zur Holzgewinnung verlangten zumindest im Anfangsstadium keinerlei Kapitalinvestition, vorbereitende Projektdokumentationen oder Ausgabenaufstellungen, die Lager konnten unter hauptsächlichlicher Verwendung vorgefundener Baumaterialien erbaut werden, die riesigen Waldflächen im europäischen Teil der Sowjetunion und in Sibirien gestatteten eine teilweise Verteilung der Häftlinge. Bei genauerer Untersuchung der Lagerstandorte kommt man zu dem Schluss, dass sie alle in Regionen angesiedelt wurden, die den damaligen Ansprüchen an ausreichender Verkehrsanbindung entsprachen.

Ungeachtet der vorübergehenden Gründe, die den sprunghaften Anstieg der Lagerforstwirtschaft bedingten, erwies sie sich als außerordentlich lebensfähig. Die meisten der 1937–1938 gegründeten Waldlager überlebten sämtliche Neuordnungen und waren sogar bis 1960 in Betrieb. Für das NKWD-MWD blieb dieser Wirtschaftszweig immer einer der wichtigsten.

Neben den Waldlagern wurden 1937–1938 neun weitere Lager "mitten in der Wildnis" gegründet: das ARCHANGELSKER ITL, das UST-BOROWSKI-ITL, das JAGRINSKI-ITL (Industriebau), das LUGA-ITL (Bau eines militärischen Flottenstützpunktes), das PODOLSKER ITL (Flugplatzbau), das SAMARA-ITL (Bau eines Wasserkraftwerks), das SOROKA-ITL (Eisenbahnbau), der BAU 210 UND ITL sowie der BAU 211 UND ITL (Bau von Autostraßen). Jedoch die Hälfte davon blieb bis zu ihrer Auflösung unbedeutend, da für die volle Entwicklung von Industriebaulagern Zeit und hohe Kapitalinvestitionen erforderlich waren.

Die neu geschaffenen Lager konnten nicht den gesamten Häftlingsstrom aufnehmen. Zum 1. Oktober 1938 waren in diesen Lagern 309.350 Personen inhaftiert, während sich vom 1. Juli 1937 bis zum 1. Oktober 1938 die Zahl aller Lagerhäftlinge um mehr als 521.000 erhöhte¹²⁶, die Sterblichkeit betrug allein 1938 durchschnittlich ca. 6,7% aller registrierten Häftlinge¹²⁷. Deshalb

¹²³ Befehl 078 des NKWD vom 16.08.37. Die Einrichtung eines Netzes von Lagern, die der Holzgewinnung dienen, war bereits im Erlass 1244–286ss des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 01.08.37 vorgesehen (Archiv des Präsidenten der RF. F. 3. Op. 58. D. 212. L. 80) und wurde vom Beschluss P51/442 des Politbüro des ZK der KPdSU(B) vom 31.07.37 (Ebenda. L. 52–54) und gleichzeitig per Befehl 00447 des NKWD vom 30.07.37 über die Durchführung einer Massenoperation gegen "Kulaken, Verbrecher und andere antisowjetische Elemente" bestätigt. Die Eile, die bei der Entscheidungsfindung eine Rolle spielte, wird auch durch den Umstand bestätigt, dass von den ersten sieben Waldlagern vier (KULOI-, LOKTSCHIM-, TAISCHET- und TOMSK-ASSINO-ITL) bereits vor Kriegsausbruch aufgelöst wurden, ein weiteres (KARGOPOL-ITL) musste nach zwei Jahren verlegt werden und nur zwei Lager (IWDEL- und UST-WYM-ITL) bestanden über längere Zeit unverändert. Im Gegensatz dazu war allen sechs Lagern der "zweiten Generation" ein langes Leben beschieden.

¹²⁴ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2740. L. 42.

¹²⁵ Befehl 020 des NKWD vom 05.02.38.

¹²⁶ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1140. L. 140–141; D. 1155. L. 20–22.

¹²⁷ Ebenda. D. 2740. L. 62, 63. Im Bericht fehlen Angaben zum NORDÖSTLICHEN ITL, in dem sich 1938 durchschnittlich ca. 9% aller Häftlinge in den sowjetischen Lagern befanden, weiterhin blieben Erschießungen

wurden viele Gefangene in alte Lager eingewiesen, die in erster Linie wichtige Industrieobjekte des NKWD durchführten (BAIKAL-AMUR-ITL, UCHTA-PETSCHORA-ITL, WEISSMEER-OSTSEE-ITL, FERNES LAGER, SIBIRISCHES ITL, NORDÖSTLICHES ITL¹²⁸). Die ohnehin enormen Lager, deren Wirken sich über endlose Territorien erstreckte, blähten sich in der Folge derart auf, dass sich die NKWD-Führung gezwungen sah sie zu verkleinern. Zur Illustration: Im FERNEN LAGER waren zum 1. Oktober 1937 157.375 Personen inhaftiert, im BAIKAL-AMUR-ITL waren es 268.637 Gefangene zum 1. April 1938. In einem ersten Schritt wurde am 26. November 1937 aus dem mit außerordentlich vielen Industriezweigen befassten FERNEN LAGER ein auf den Straßenbau spezialisiertes ITL – das SCHOSSDORLAG – ausgegliedert¹²⁹. Im April 1938 wurde aus dem überwiegend landwirtschaftlich geprägten SIBIRISCHEN ITL das GORNAJA-SCHORJA-ITL ausgegliedert, das sich dem Bau einer Eisenbahnlinie nach Tashtagol widmete¹³⁰. Anfang Mai 1938 wurde das diversifizierte UCHTA-PETSCHORA-ITL aufgelöst, und auf der Grundlage seiner Lagerunterabteilungen wurden vier spezialisierte Lager eingerichtet: das WORKUTA-ITL (Grubenbau und Kohleförderung), das UCHTA-ISCHMA-ITL (Ölförderung und Gewinnung von Radium), das NÖRDLICHE EISENBAHN-ITL (Bau der Eisenbahnstrecke Kotlas – Workuta) und das UST-WYM-ITL (Holzgewinnung)¹³¹.

Etwas anders war die Lage im BAIKAL-AMUR-ITL. Dieses Lager hatte die höchste Insassenzahl und gleichzeitig eine genaue Ausrichtung auf den Eisenbahnbau (die restlichen Arbeiten trugen hauptsächlich Hilfscharakter). Deshalb wurden im Zuge der Verkleinerung auf der Grundlage seiner Lagerunterabteilungen sechs relativ kompakte ITL mit Ausrichtung auf den Eisenbahnbau gegründet, von denen jedes auf einer oder mehreren zusammenhängenden Strecken arbeitete. Auf der Basis des BAIKAL-AMUR-ITL und der Bauverwaltung der BAM wurde eine zwischen GULAG und ITL angesiedelte Einrichtung geschaffen: Die Eisenbahnbauverwaltung des GULAG des NKWD im Fernen Osten (SchDSU na DW), der die unmittelbare Leitung der Produktionstätigkeit in den ihr unterstellten Lagern und die Verantwortung für die Erfüllung der Produktionspläne übertragen wurde¹³².

Die Organisationsformen jener Lager, die gemäß der Verfügung von 1929 der komplexen Erschließung der riesigen, dünn besiedelten Regionen dienen sollten, erwiesen sich somit unter den neuen Bedingungen als nicht lebensfähig. Sie wurden von relativ kompakten Lagern mit mehr oder weniger stark ausgeprägter Spezialisierung abgelöst, die in der Regel an einem oder mehreren zusammenhängenden Objekten arbeiteten. Natürlich ist damit die wirtschaftliche Hauptausrichtung gemeint, da auch in diesen Lagern – wie in jedem anderen unter planwirtschaftlichen Bedingungen tätigen Großbetrieb – eine hohe Anzahl von Nebenbetrieben bestand (Landwirtschaften für die Selbstversorgung mit Lebensmitteln, verschiedene Reparaturwerkstätten sowie eigene Steinbrüche, Ziegeleien usw. für die Bauarbeiten). Die Spezialisierung ließ die Zahl der Lager rapide ansteigen und erforderte gleichzeitig die

innerhalb der Lager unberücksichtigt. Es sei angemerkt, dass diesem Schicksal auch viele GULAG-Leiter – sowohl aus dem Zentralapparat als auch aus den einzelnen Lagerleitungen – zum Opfer fielen, was die durch den Massenterror und rapiden Anstieg der Gefangenenzahlen ausgelösten Wirren erhöhte und somit auch die ohnehin schwierige Lage jener Menschen, die sich plötzlich hinter Stacheldraht wiederfanden, zusätzlich verschlechterte.

¹²⁸ Im März 1938 wurde der Dalstroj an das NKWD übergeben (siehe Eintrag "BAUHAUPTVERWALTUNG FÜR DEN FERNEN NORDEN" in der Rubrik "Lager").

¹²⁹ Befehl 00749 des NKWD vom 26.11.37.

¹³⁰ Befehl 075 des NKWD vom 25.04.38.

¹³¹ Befehl 090 des NKWD vom 10.05.38.

¹³² Befehl 0100 des NKWD vom 22.05.38.

Einrichtung von Organen, die in Produktionsfragen als Ansprechpartner für gleichartige und über das ganze Land verstreute Lager fungieren sollten. Dafür hätte man jedoch in diesen Organen Fachleute mit entsprechender beruflicher Qualifikation zusammenführen müssen. Es ist klar, dass das NKWD vor Ort diese Aufgabe nicht bewältigen konnte. Höchstwahrscheinlich war das einer der Gründe, Ende 1937 alle Besserungsarbeitslager dem GULAG zu unterstellen.¹³³

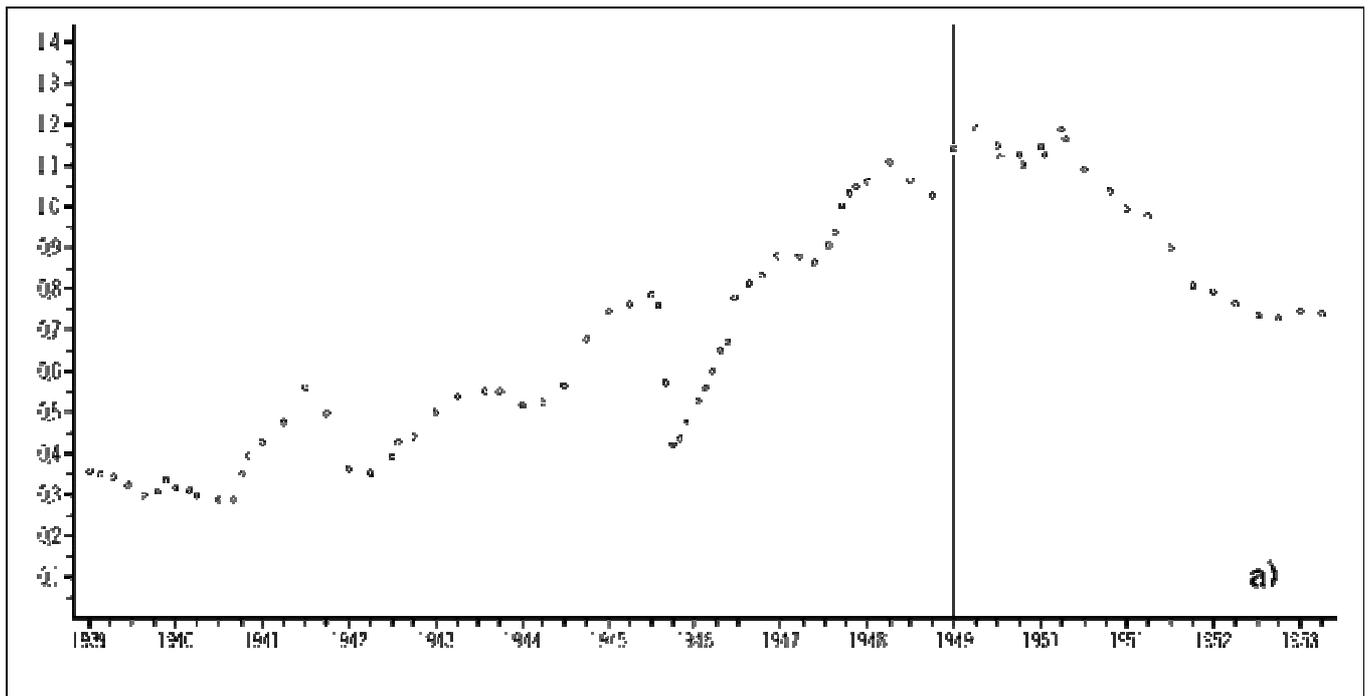


Abbildung 2. Entwicklung der Gefangenzahlen 1939 – 1953 (in Mio.)

a) in den OITK-UITLK

¹³³ Befehl 0128 des NKWD vom 21.10.37.

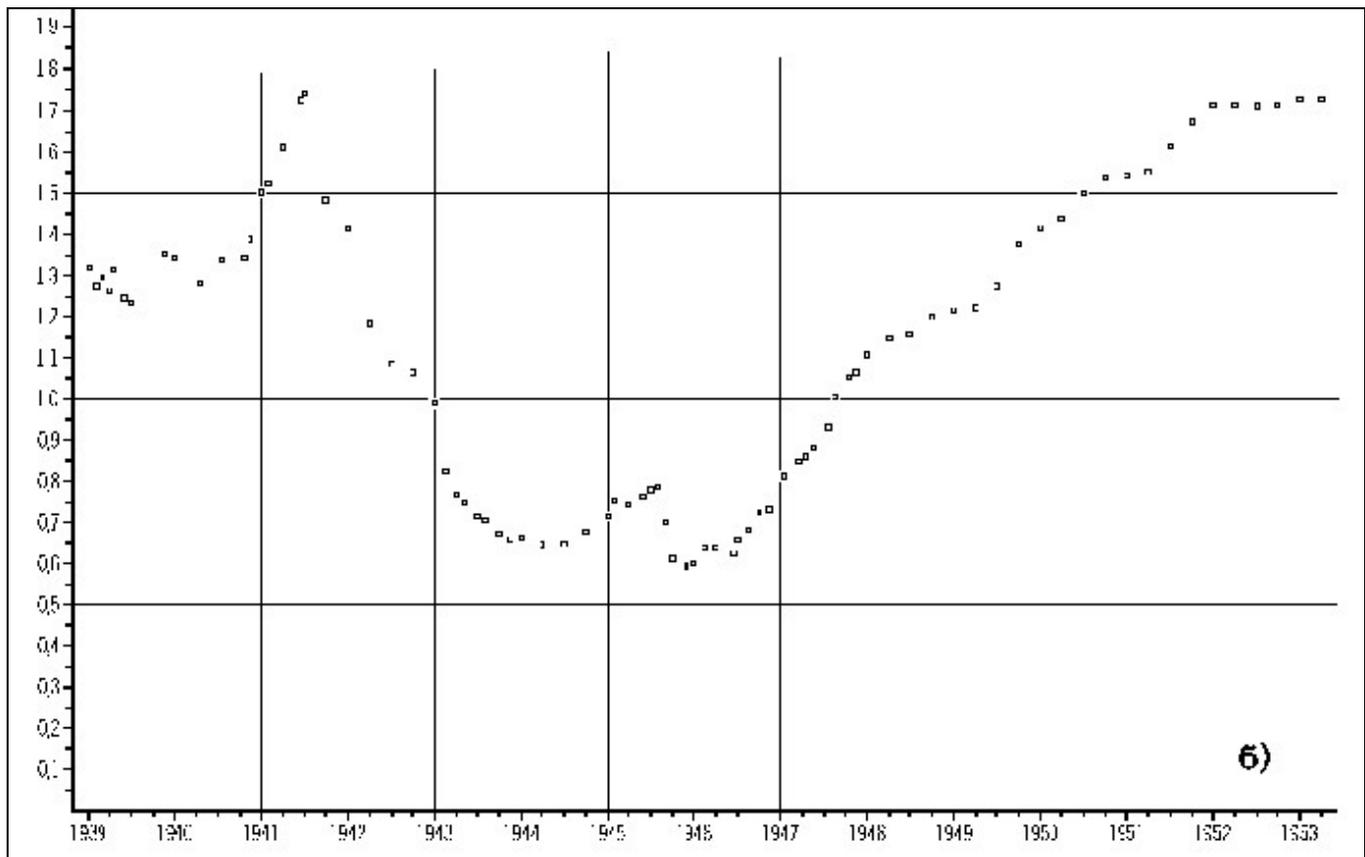


Abbildung 2. Entwicklung der Gefangenenzahlen 1939 – 1953 (in Mio.)
b) in den Lagern zentraler Unterstellung

Auch nachdem sich die Insassenzahlen der Lager relativ stabilisiert hatten, setzte sich deren Spezialisierung weiter fort (Abb. 2¹³⁴). Im Frühjahr 1939 wurde das FERNE LAGER endgültig geschlossen und auf seiner Grundlage mehrere Lager eingerichtet, deren Produktionsprofil klar abgesteckt war¹³⁵. Aus dem WEISSMEER-OSTSEE-ITL wurden ab 1939 mehrere Bauvorhaben aus Großbetrieben ausgegliedert und auf deren Grundlage selbstständige ITL gegründet (SEGESCHA-ITL – 1939, MONTSCHEGORSKER ITL – 1940 sowie BAU UND ITL MATKOSCHNENSKOJE – 1941)¹³⁶. Seitdem türmten sich die Schwierigkeiten in der Verwaltung, der Personalbedarf im Zentralapparat nahm zu und seine Struktur verkomplizierte sich (Abb. 3¹³⁷).

¹³⁴ Für die Abbildung 2 wurden folgende Quellen hauptsächlich genutzt: GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1138. L. 21, 31, 36, 37; D. 1140. L. 6, 7, 91–93, 108, 116, 123, 140–142, 235–236; D. 1155. L. 22, 29–44, 52–59, 70–74; D. 1170. L. 170; D. 1171. L. 2, 20; D. 1180. L. 1; D. 1181. L. 2, 6, 11–13, 24, 33, 34, 53; D. 1190. L. 2–3ob, 14–15ob, 26–27ob, 29–36ob; D. 1230. L. 51; D. 1232. L. 2, 2ob, 3, 3ob; D. 1258. L. 2, 3; D. 1259. L. 4; D. 1289. L. 2, 3; D. 1319. L. 2–3ob, 5–6ob, 8–9ob, 11, 11ob, 14, 14ob, 16–17, 19, 19ob, 23, 23ob, 26, 26ob; D. 1326. L. 2–3ob, 6, 6ob, 8–9ob; D. 1320. L. 6ob, 28ob, 54ob, 72ob; D. 1341. L. 6, 25, 43; D. 1356. L. 1ob, 43ob, 75ob, 107ob, 139ob; D. 1359. L. 4ob, 5, 16ob-17ob, 29–30ob, 32ob-33ob, 40ob-41; D. 1412. L.2–3ob; D. 2740. L. 17, 18, 29, 30, 56, 57.

¹³⁵ Befehl 00370 des NKWD vom 13.04.39.

¹³⁶ Befehl 001273 des NKWD vom 21.10.39; Befehl 017 des NKWD vom 14.01.40; Befehl 0222 des NKWD vom 30.04.41.

¹³⁷ Siehe: Befehl 2 der Lagerverwaltung (ULAG) der OGPU vom 19.07.30; Befehl 271 der Geschäftsleitung der OGPU vom 25.11.32; Befehl 56 AChU [AXY] des NKWD vom 15.09.34; Befehl 193 AChU [AXY] des NKWD

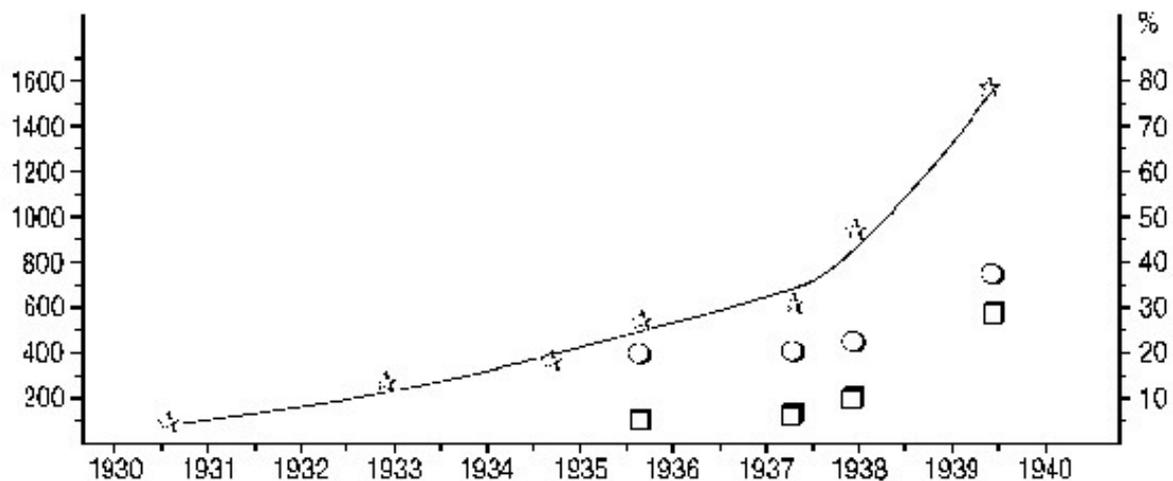


Abb. 3 Personal des Zentralapparates des GULAG 1930 bis 1939

Legende: ☆ – Gesamtanzahl; □ – Zahl der mit Führungsaufgaben im Produktionsbereich betrauten Planstellen in den Unterabteilungen; ○ – Anteil an der gesamten Belegschaft

Ab Frühjahr 1938 wurden innerhalb der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) die ersten spezialisierten Produktionsverwaltungen eingerichtet¹³⁸. Der am 13. Juni 1939 eingeführte Stellenplan des Zentralapparates des GULAG enthielt bereits 42 einzelne Unterabteilungen, dabei handelte es sich um Verwaltungen, Sektionen, Abteilungen und ein Archiv. Neun von ihnen hatten eine reine produktionsspezifische Ausrichtung. Dazu gehörten: die Verwaltung für Forstwirtschaft, die Verwaltung der ITK und landwirtschaftlichen Lager, die 1. Abteilung für Eisenbahnbau (Region Fernost), die 2. Abteilung für Eisenbahnbau, die Abteilung für Wasserbau, die Abteilung für Seebau, Abteilung für Brennstoffindustrie, Abteilung für Buntmetallurgie sowie die Abteilung für Papier- und Zellstoffindustrie. Insgesamt gab es 1.562 Planstellen, von denen 581 in reinen produktionsspezifischen Verwaltungsstrukturen angesiedelt waren. Zum 1. Januar 1940 war das Personal im GULAG auf 2.040 Planstellen angewachsen¹³⁹.

In dieser Lage versucht das NKWD im I. Quartal 1939, dem GULAG wenigstens die unmittelbare Leitung über die am weitesten entfernten Lager im Fernen Osten zu entziehen. Im bereits erwähnten Befehl über die Auflösung des FERNEN LAGERS war die Unterstellung der neu geschaffenen und früher auf dem Gebiet der Region Chabarowsk angesiedelten Lager unter die UITLK der NKWD-Verwaltung Region Chabarowsk, deren Einrichtung in demselben Befehl angeordnet wurde, vorgesehen¹⁴⁰. Auch die Eisenbahnbauverwaltung Fernost (SchDSU na DW)

vom 22.08.35; Befehl 209 AChU [AXY] des NKWD vom 15.04.37; Befehl 00762 des NKWD vom 08.12.37; Befehl 00676 des NKWD vom 13.06.39.

¹³⁸ Per Befehl 00205 des NKWD vom 09.03.38 wurde die Abteilung für Waldarbeiten des GULAG umgewandelt in die Verwaltung für Holzwirtschaft des GULAG.

¹³⁹ Befehl 00676 des NKWD vom 13.06.39. A. I. Kokurin, N. V. Petrov: *Lubjanka: VČK – OGPU – NKVD – NKGB – MGB – MVD – KGB*, Moskau 1997. S. 25.

¹⁴⁰ Befehl 00370 des NKWD vom 13.04.39.

wurde umstrukturiert. In der am 28. Februar 1939 verabschiedeten Verfügung über die Eisenbahnbauverwaltungen und Besserungsarbeitslager des GULAG des NKWD der UdSSR in der Region Fernost (die neue Bezeichnung dieser Organisation war: USchDS na DW) wurde direkt darauf verwiesen, dass die USchDS "die volle Verantwortung über den Zustand ihrer Lager (Wache, Lagerkategorie, Besserungsarbeitspolitik) und über die Erfüllung der Produktionsaufgaben in den gesetzten Fristen trägt". Die USchDS bestätigte selbstständig die Pläne für die Lager, Abteilungen und die größten Bauvorhaben, erarbeitete alle Leistungsanforderungen, erörterte die angetragenen Bauvorhaben, erstellte technische Projektbeschreibungen und Kostenpläne für die Bauvorhaben, richtete Betriebe für Hilfwirtschaften usw. ein und führte sogar "die für einen Bau erforderlichen wissenschaftlichen Forschungsarbeiten" durch. Von grundlegender Bedeutung war die Tatsache, dass der USchDS das Recht eingeräumt wurde, selbstständige Entscheidungen zu "allen Human-, Material- und Finanzressourcen der eigenen Lager" zu treffen, d.h. nach eigenem Ermessen Arbeitskräfte (u.a. auch Fachleute), Material und Gelder von einem Lager in ein anderes zu verlegen. Außerdem hatte die USchDS volle Entscheidungsfreiheit hinsichtlich des Haftregimes und der Gefangenenbewachung. Für die Führung der Lager wurde ein Zentralapparat der USchDS in Fernost mit 29 Sektionen geschaffen. Der Leiter der USchDS in Fernost war gegenüber dem Volkskommissariat direkt rechenschaftspflichtig und – hauptsächlich bei der Bestätigung allgemeiner Pläne und Listen – gegenüber dem GULAG (wobei letzterer natürlich die Entscheidungshoheit bezüglich der allgemeinen Rechtsgrundlagen für den Einsatz von Gefangenen zu Arbeiten, deren medizinischer Betreuung etc. sowie bei der Verlegung von Gefangenen in die Lager der USchDS innehatte)¹⁴¹. Diese Maßnahmen waren jedoch keine Rettung, da insbesondere die Verkehrs- und Transportanbindung nur schwach entwickelt war (Ende 1938 gab es 50 ITL, Ende 1939 waren es 58 und Ende 1940 mehr als 70).

All diese Umstrukturierungen zeugen von der Krise, in der sich 1938–1940 sowohl das Lagersystem als auch das gesamte NKWD befanden. Die Ursache der Krise bestand im dramatischen Anwachsen des Gefangenenstroms in den Jahren 1937–1938. Die sprunghafte Zunahme von Lagern und gleichzeitig die Aufnahme immer neuer Produktionsbereiche, in denen sie eingesetzt wurden (insbesondere die Durchführung von immer komplizierteren technischen Projekten z.B. im Industriebau und der Förderung von Bodenschätzen), führten zwangsweise zu einem Umbau der Lager (d.h. sie spezialisierten sich und mussten folglich verkleinert werden) und ihres Leitungssystems. Hierfür wurden die finanzielle und ingenieurtechnische Betreuung verstärkt (d.h. Verbesserung der vorbereitenden Projekt- und Kostenplanung sowie der operativen ingenieurtechnischen Unterstützung). Das wiederum führte zu einer explosionsartigen Zunahme des Personals im GULAG-Zentralapparat und verkomplizierte seine Struktur. Versuche, das Problem zu lösen, indem man in Regionen mit hoher Lagerdichte autonome Verwaltungen (Dalstroj, USchDS) einrichtete, hätten bei der damaligen schwachen Verkehrs- und Transportanbindung den Verlust der zentralen Kontrolle über die Haftanstalten als Ganzes bedeutet, was den allgemeinen Regierungsvorstellungen widersprach, nach denen auf allen Gebieten eine äußerste Zentralisierung angestrebt wurde. Diese Entscheidung war auch deshalb nicht wegweisend, da die Lager für einen Produktionsbereich in der Regel nicht ausreichend kompakt in einer Region konzentriert waren. So konnte z.B. selbst 1939 mit der Einrichtung der USchDS in Fernost nicht das Führungsproblem aller im Eisenbahnbau tätigen Lager gelöst werden. Das NÖRDLICHE EISENBAHN-ITL in der ASSR der Komi, das SOROKA-ITL im

¹⁴¹ Befehl 043 des NKWD vom 28.02.39; siehe auch Befehl 001029 des NKWD vom 31.08.39.

Gebiet Archangelsk und der Karelischen ASSR und das GORNAJA-SCHORIJA-ITL auf dem Territorium des früheren Gebiets Kemerowo waren ihr nicht unterstellt. Nicht ohne Grund existierten im Zentralapparat des GULAG zwei Sektionen für Eisenbahnbau, was vom Standpunkt des Aufbaus jeglicher bürokratischen Struktur unsinnig ist.

Die Krise entwickelte sich unter den Vorzeichen der Kriegsvorbereitung und Militarisierung der Sowjetunion, wofür neue Industriezweige zügig entwickelt und die Leistungsfähigkeit schwach entwickelter Bereiche gesteigert werden mussten¹⁴². Eingedenk des streng zentralisierten und hierarchischen Staatsaufbaus gab es nur zwei Lösungsmöglichkeiten: 1. die Umstrukturierung des GULAG innerhalb des NKWD (dabei hätte man alle oder die meisten branchenspezifischen Zentralbehörden und – unter Berücksichtigung der Erfahrung mit GUSchossDor – auch alle in der Produktion tätigen Lager unter die direkte Zuständigkeit des Volkskommissariats gestellt) oder 2. die Ausgliederung des GULAG aus dem NKWD und die Gründung eines Volkskommissariats auf seiner Basis. Der 1940 eingeschlagene Reformweg ging in die 1. Richtung: Aus der USchDS na DW des GULAG und der Sektion für Eisenbahnbau des GULAG ging am 4. Januar 1940 die Hauptverwaltung für Eisenbahnbau des NKWD der UdSSR hervor, und am 13. September 1940 entstand aus der Sektion für Wasserbau des GULAG die Hauptverwaltung für Wasserbau, die kurze Zeit später umbenannt wurden in Hauptverwaltung der Lager für Eisenbahnbau (GULSchDS) und Hauptverwaltung der Lager für Wasserbau (GULGTS)¹⁴³. Das NKWD behielt dabei sowohl die Verantwortung für die gesamte staatliche Strafverfolgung als auch für den Vollzug. Darüber hinaus war es zuständig für die umfassende Bewachung des Staatsgebiets (Grenztruppen, Begleitmannschaften, Verteidigung des Luftraums, Feuerwehr usw.), und es war gleichzeitig eines der wichtigsten Volkskommissariate mit wirtschaftlicher Bedeutung. Wäre dieser Weg weiter beschritten worden, wäre die Krise wahrscheinlich nicht gelöst, sondern auf eine höhere Verwaltungsebene übertragen worden. Deshalb war es kein Zufall, dass die radikale Reform des Lagersystems zeitlich mit der Umstrukturierung des gesamten NKWD zusammenfiel.

Der Präsidiumserlass des Obersten Sowjets der UdSSR vom 3. Februar 1941 spaltete den NKWD in zwei Volkskommissariate: den NKWD und das Volkskommissariat für Staatssicherheit (NKGB)¹⁴⁴. Am 26. Februar 1941 wurde die neue Struktur des NKWD bekannt gegeben, die außer der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) noch neun spezialisierte Zentralbehörden und Verwaltungen umfasste. Zu den Zentralbehörden gehörten: Hauptverwaltung für Wasserbau (GULGTS), Hauptverwaltung für Bergbau- und metallurgische Industrie (GULGMP), Hauptverwaltung für Eisenbahnbau (GULSchDS), Hauptverwaltung für Industriebau (GULPS), Bauhauptverwaltung für den Fernen Norden (GUSDS, Dalstroj) und die Hauptverwaltung für Fernstraßen (GUSchossDor). Zu den Verwaltungen gehörten: die Verwaltung für Forstwirtschaft (ULLP), der Brennstoffindustrie (UTP) und für den Bau der Kuibyschewer Betriebe

¹⁴² An dieser Stelle seien die Aluminiumproduktion und die für diese Zweck gebauten Kraftwerke, die Entwicklung des Marineschiffbaus für die Nordmeerflotte und die Schaffung eines strategischen Transportnetzes (Straßen, Eisenbahn, Binnenwasserstraßen) als ein Zweig genannt, der in direkter Beziehung mit der dargelegten Struktur stand.

¹⁴³ Befehl 0014 des NKWD vom 04.01.40 und Befehl 001159 des NKWD vom 13.09.40.

¹⁴⁴ MVD Rossii (Hrsg.): *Organy i vojska MVD Rossii: Kratkij istoričeskij očerk* [Organe und Truppen des MWD Russlands. Ein kurzer historischer Abriss]. Moskau 1996. S. 456. A. I. Kokurin, N. V. Petrov: *Lubjanka: VČK – OGPU – NKVD – NKGB – MGB – MVD – KGB*. Moskau 1997. S. 26–27. Es sei auf den offenkundigen Zusammenhang zwischen dem sprunghaften Anstieg der Insassenzahl (Abbildung 2) und der Umstrukturierung des NKWD hingewiesen.

(OssobStroi)¹⁴⁵. Kurz darauf kamen noch die Hauptverwaltung für Flugplatzbau (GUAS), die ursprünglich über keine Haftanstalten verfügte, sowie die Verwaltung der Lager für den Bau von Eisenhüttenbetrieben (UPSPTschM) hinzu¹⁴⁶.

Die Reform vom 1941 war die letzte auf dem gemeinsamen Entwicklungsweg von Vollzugsanstalten und Sowjetstaat. In der Folgezeit kam es natürlich zu Korrekturen. So änderte sich die Zahl und die Wirtschaftsspezialisierung der Hauptverwaltungen, die Aufgabenverteilung zwischen GULAG und Hauptverwaltungen, oder einige Aufgaben des GULAG wurde von Zeit zu Zeit an Territorialorgane übergeben. Auch die Verteilung der Häftlinge zwischen den Besserungsarbeitslagern und OITK-UITLK änderte sich; da letztere für die Bereitstellung von Arbeitskräften für wichtige aber nicht arbeitsintensive Objekte immer häufiger Einzellagerpunkte und Lagerabteilungen gründeten, in denen sich dieselben Häftlings-"Kontingente" befanden wie in den Lagern¹⁴⁷. Aber das Hauptaufbauprinzip – die Zusammenlegung von Produktions- und Lagerkomplexen zu einer einheitlichen hierarchischen Lagerproduktionsstruktur – blieb bis 1953 unverändert. Als wichtigste Bestimmungen sind zu nennen: Von den Haftanstalten verblieben die auf Landwirtschaft, Fischfang und die Konsumgüterproduktion spezialisierten ITL als auch sämtliche OITK-UITLK im GULAG. Zu den Hauptaufgaben des GULAG gehörten außerdem die Erarbeitung von Gesetzesvorlagen zu Fragen des Haftregimes und des Wachschutzes, die zentralisierte Erfassung und Verteilung der Häftlinge und die Gesamtkontrolle über die Haftanstalten (u.a. Kontrolle des sanitären Zustands und der kulturellen Erziehungsarbeit)¹⁴⁸. Den Produktionshauptverwaltungen unterstanden Produktions- und Lagerverwaltungen (mitunter Abteilungen), wobei im Laufe der Zeit die Schaffung von einheitlichen Verwaltungen üblich wurde ("Bauverwaltung... und ITL"). Sie trugen die volle Verantwortung für die Erfüllung der Produktionspläne und übernahmen praktisch die gesamte Geschäftsführung in den unterstellten Lagern und wurden somit zur wichtigsten Stütze im Lager- und Wirtschaftssystem.

Die in der Rubrik "Lager" erfassten Lagereinträge stellen eine genaue Detailbeschreibung dieser Struktur und ihrer einzelnen Elemente dar, sodass der folgende historische Abriss zu den Haftanstalten lediglich Schlüsselemente beleuchten wird. Es sei angemerkt, dass diese Periode bisher ungenügend untersucht wurde, sodass in vielen Fällen nur vorläufige Annahmen gemacht werden konnten.

Nach Kriegsausbruch in der Sowjetunion änderten sich die Prioritäten des Staates, und auf das schnelle Wachstum des Lagersystems folgte seine ebenso schnelle Abwicklung. Die Bereitstellung sämtlicher materiellen Ressourcen für dringende militärische Bedürfnisse bedingte die Stilllegung vieler Projekte. In erster Linie waren davon langfristige Großprojekte betroffen, an denen naturgemäß die meisten Häftlinge eingesetzt wurden. Bereits am 28. Juni 1941 wurden alle Wasserbauarbeiten, der Bau von Aluminiumfabriken im europäischen Landesteil, der Autostraßenbau und eine Reihe weiterer Projekte (insgesamt 60 Objekte), für die das NKWD

¹⁴⁵ Befehl 00212 des NKWD vom 26.02.41. Siehe auch den entsprechenden Eintrag in der Rubrik "Lager".

¹⁴⁶ Befehl 00328 des NKWD vom 27.03.41; Befehl 00576 des NKWD vom 14.05.41.

¹⁴⁷ Wahrscheinlich gehört der Befehl 458 des NKWD vom 22.07.39 zu den frühesten Befehlen, in denen Lagerpunkte (und nicht Kolonien!) erwähnt werden, die der Abteilung für Haftanstalten unterstanden. In diesem Befehl fand sich die Forderung, "für einen Durchbruch bei den Bauarbeiten" von elf Wohnhäusern in Moskau, die auf Veranlassung der Regierung errichtet wurden, bei diesen Baustellen an den Straßen Sadowo-Sucharewskaja, Sadowo-Tschernogrjaskaja, Bolschaja Sadowaja und Kaluschskaja sowie an den Uferpromenaden Kotelnitscheskaja und Frunsenskaja sowie "für den Bauhof Nr. 1 in Perowo" Lagerpunkte einzurichten.

¹⁴⁸ Befehl 00256 des NKWD vom 07.03.41; siehe auch Eintrag "HAUPTVERWALTUNG DER OGPU-NKWD-MWD-LAGER" in der Rubrik "Lager".

verantwortlich zeichnete, eingestellt¹⁴⁹. Kurze Zeit später wurde der Bau der Baikal-Amur-Magistrale vorübergehend stillgelegt.

Der Zentralapparat der Lagerleitung konnte nun verkleinert werden: Sofort nach Kriegsausbruch wurden GULGMP, UTP und ULSPTschM in einer Hauptverwaltung zusammengefasst¹⁵⁰; im Herbst 1941 wurde die GULGTS aufgelöst und die Restarbeiten an die GULPS übergeben¹⁵¹. Durch einen Präsidiumserlass des Obersten Sowjets wurden am 20. Juli 1941 NKGB und NKWD zu einem Volkskommissariat – dem NKWD – zusammengefasst¹⁵².

Neue Projekte wurden nur in den Fällen durchgeführt, wenn davon strategische Aufgaben der Kriegsführung betroffen waren (z.B. der Bau der Eisenbahnlinien entlang der Wolga Swijaschk – Uljanowsk und Saratow – Stalingrad, von Lagerbehältern für Treibstoffe, der Tscheljabinsker Metallurgiefabrik und einige mehr, siehe z.B. VERWALTUNG DES EISENBAHNBAUS SARATOW — STALINGRAD, BAKAL-ITL, WOLGA-EISENBAHN-ITL, ITL DES TSCHELJAB-METALLURG-STROI, NÖRDLICHE DWINA-ITL, BAU 1001 UND ITL). Die Tatsache, dass die Abwicklung des Systems der Haftanstalten in den Kriegsjahren vor allem wirtschaftlich begründet war, belegen auch die unterschiedlichen Häftlingszahlen in den ITL und den OITK-UITLK (Abb. 2). Da die letztgenannten vor allem für kleinere Projekte einzelnen Betrieben Arbeitskräfte auf Vertragsbasis zur Verfügung stellten, wurde der Rückgang der Häftlingszahlen in der zweiten Hälfte 1941 schnell von einem Anstieg abgelöst, sodass bereits Mitte 1943 in diesem Vollzugssystem wieder der Vorkriegsstand erreicht wurde. Die Insassenzahlen in den ITL wiederum waren bis zum Frühjahr 1944 rückläufig.

Auch die Mobilmachung für die Armee war ein drängendes Problem. Die katastrophalen Verluste der Roten Armee bereits in den ersten Kriegsmonaten mussten teilweise mit vorzeitig entlassenen Häftlingen kompensiert werden, die der Armee übergeben wurden (bis Ende 1941 waren es 420.000 Personen)¹⁵³. Auch in den Folgejahren gab es einen ungebrochenen Bedarf an Verstärkung. Neben der Einberufung von Häftlingen hatte auch die gängige Urteilspraxis, anstelle einer Freiheitsstrafe die Versetzung an die Front zu verhängen, Einfluss auf den Rückgang der Häftlingszahlen.

Für die verbliebenen Wirtschaftsbereiche wurden die Planziele in der Regel erhöht. Im Zusammenspiel mit der Einberufung von Häftlingen in die Armee führte das zu einem Arbeitskräftedefizit in den Lagern und Kolonien, welches man zunächst durch die Verlängerung der Arbeitswoche und die Erhöhung der Arbeitsnorm zu kompensieren versuchte. Gleichzeitig verschlechterten sich die Haftbedingungen erheblich. Das führte bereits im Herbst 1941 zu einem sprunghaften Anstieg der Sterblichkeit in den Lagern und Kolonien. In einzelnen ITL starben monatlich mehr als 10% der Häftlinge. So starben in der Verwaltung des ITL UND DES BAUS 1001 im November 1941 15,6%, also zwei von dreizehn Häftlingen¹⁵⁴. Da die Führung des GULAG offensichtlich befürchtete ihre Arbeitskräfte zu verlieren, war sie gezwungen, einen

¹⁴⁹ Befehl 0311 des NKWD vom 28.06.41. Einige Lager mussten aufgelöst werden, da sie sich unmittelbar auf Kriegsgebiet befanden (zu den im Befehl Nr. 0311 des NKWD vom 28.06. 41 nicht erwähnten ITL siehe z.B. BELOKOROWITSCHI-LAGER und WEISSMEER-OSTSEE-ITL).

¹⁵⁰ Befehl 00855 des NKWD vom 02.07.41.

¹⁵¹ Befehl 0450 des NKWD vom 24.10.41.

¹⁵² *MVD Rossii (Hrsg.): Organy i vojska MVD Rossii: Kratkij istoričeskij očerk* [Organe und Truppen des MWD Russlands. Ein kurzer historischer Abriss]. Moskau 1996. S. 456.

¹⁵³ V. N. Zemskov: GULAG: Istoriko-sociologičeskij aspekt [GULAG: Historisch-soziologischer Aspekt]. In: *Sociologičeskie issledovanija* [Soziologische Forschungen]. 1991. Nr. 6. S. 10–27.

¹⁵⁴ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2784. L. 10.

Lagerleiter und seinen Stellvertreter sogar anzuklagen¹⁵⁵. Auch im Folgejahr blieb die Situation sehr angespannt. 1942 starben in den Besserungsarbeitslagern 248.877 Personen, während die Häftlingszahl im Jahresdurchschnitt 1.096.876 Personen¹⁵⁶ betrug. In allen Lagern, Einzellagerpunkten und Kolonien zusammengenommen lag die Sterblichkeit bei ca. 25% des Jahresdurchschnitts (in absoluten Zahlen waren es 351.360 Personen¹⁵⁷, also ungefähr genauso viele, wie 1937 erschossen wurden¹⁵⁸). Die erste Jahreshälfte war die schwierigste. So starben z.B. im Januar 1942 im KIMPERSAI-ITL 13,1% aller im Monatsdurchschnitt verzeichneten Häftlinge, und im ONEGA-ITL starben im April 13,7%¹⁵⁹. Diese Verluste im Vollzugssystem wieder schnell zu kompensieren und den allgemeinen Trend der sinkenden Insassenzahlen¹⁶⁰ umzukehren – das war bis Mitte 1944 weder möglich und noch erforderlich.

Tatsächlich war die von der Führung der Sowjetunion kontrollierte Bevölkerungszahl in den Jahren 1942-1943 erheblich niedriger als vor dem Krieg. Gleichzeitig führte die Mobilisierung von Arbeitskräften zu einer weiten Verbreitung anderer Formen der Zwangsarbeit. Mit Hilfe einiger Präsidiumserlasse des Obersten Sowjets der UdSSR in den Jahren 1941-1944 wurde "freien Arbeitern" das eigenmächtige Verlassen des Arbeitsplatzes in Betrieben mit Verteidigungsaufgaben (militärische, Kohle- Textilindustrie usw.) verboten¹⁶¹. Ab 1942 füllte sich der GULAG mit "zur Arbeit mobilisierten" Sowjetbürgern – hauptsächlich Angehörigen der deutschen Minderheit –, die in so genannten Arbeitskolonien zusammengefasst wurden. Diese Personen galten zwar nicht als Häftlinge, wurden aber in denselben Lagern kaserniert und zu denselben Arbeiten eingesetzt wie die anderen GULAG-"Kontingente". In den Kriegsjahren wurden mehr als 400.000 Menschen in diese Kolonien einberufen¹⁶². Mitunter arbeiteten in den ITL fast ausschließlich Zwangsmobilisierte, während es nur einige Dutzend Häftlinge gab (siehe z.B. BAKAL-ITL). Beim Bau einiger bedeutender Objekte (z.B. der Eisenbahnstrecke Saratow – Stalingrad 1942-1943) wurden bei vielen Arbeiten neben Häftlingen auch militärische Bautrupps eingesetzt¹⁶³.

Während zu Kriegsbeginn ungefähr 2,35 Mio. Menschen in den ITL und den Haftanstalten der OITK-UITLK inhaftiert waren (jene Häftlinge, die sich auf Transport befanden, mit eingerechnet), so war ihre Zahl Anfang 1944 ungefähr auf die Hälfte gesunken¹⁶⁴. 1942-1943 waren nur 55-65 ITL in Betrieb.

¹⁵⁵ Befehl 00184 des NKWD vom 26.01.42.

¹⁵⁶ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1179. L.1, 1ob; D. 1178. L. 1.

¹⁵⁷ Ebenda. D. 2784. L. 86. Die Statistik der Abteilung für Medizin und Sanitätswesen des GULAG berücksichtigte nicht die erschossenen Häftlinge.

¹⁵⁸ 1937 wurden 353.074 Personen erschossen (siehe 30 oktjabrja [30. Oktober]. Sonderausgabe der Zeitung "Memorial-Aspekt", Moskau 1996.).

¹⁵⁹ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2784. L.18, 26.

¹⁶⁰ Es soll die allgemeine Tendenz aufgezeigt werden, da sich z.B. vom 1. Juli bis 1. Oktober 1942 die Insassenzahl in den ITL und OITK-UITLK um ca. 30.000 Personen erhöhte (Abbildung 2).

¹⁶¹ Sämtliche Erlasse sind im Präsidiumserlass des Obersten Sowjets der UdSSR vom 31.05.48 aufgeführt, der diese außer Kraft setzte (siehe Befehl 0335/138s des Innenministers und des Generalstaatsanwaltes der UdSSR vom 05.06.48).

¹⁶² Befehl 001021 des NKWD vom 21.06.43; V. N. Zemskov: GULAG: Istoriko-sociologičeskij aspekt [GULAG: Historisch-soziologischer Aspekt]. In: *Sociologičeskie issledovanija* [Soziologische Forschungen]. 1991. Nr. 6. S. 10–27.

¹⁶³ Befehl 00372 des NKWD vom 22.02.42. Siehe auch: VERWALTUNG DES EISENBAHNBAUS SARATOW — STALINGRAD.

¹⁶⁴ Ebenda. Op. 1d. D. 371. L. 57; Op. 1. D. 1171. L.2, 20; D. 1190. L. 3, 3ob.

Zwei Beschlüsse der obersten Staatsmacht, die im April 1943 verabschiedet wurden, verdienen besondere Aufmerksamkeit.

Per Erlass des Rates der Volkskommissare vom 14. April 1943 wurde das NKWD in NKWD, NKGB und "SMERSCH" („Tod den Spionen“ - militärische Gegenspionage) aufgeteilt¹⁶⁵. Fünf Tage später, am 19. April 1943, bestätigte das Politbüro des ZK der KPdSU(B) den vom Präsidium des Obersten Sowjets erarbeiteten Erlass "Über Strafmaßnahmen gegen die deutschfaschistischen Verbrecher, die des Mordes und der Folter an der sowjetischen Zivilbevölkerung und gefangenen Rotarmisten schuldig sind, gegen Spione und Vaterlandsverräter unter den Sowjetbürgern und ihre Helfershelfer". Neben der öffentlichen Hinrichtung durch den Strang wurde durch diesen Erlass ein weiteres neues Strafmaß eingeführt: die Verbannung "zu Katorga-Arbeiten für 15 bis 20 Jahre"¹⁶⁶. Für die zu Katorga-Arbeiten Verurteilten wurden spezielle Lagerabteilungen in bestehenden Lagern und später auch in einigen UITLK eingerichtet, aber auch eigene Besserungsarbeitslager. Für diese Lagerstrukturen war ein besonderes Regime – eine Mischung aus Lager und Gefängnis – vorgesehen¹⁶⁷.

Im NKWD hatte es immer Anweisungen über die Verlegung bestimmter Häftlingsgruppen in Lager entsprechend dem Artikel des Strafgesetzbuches, nach dem sie verurteilt worden waren, gegeben. Als Beispiel sei das in den 1930er Jahren gültige Verbot angeführt, wonach die Verlegung von Verurteilten wegen "Terrors, Spionage und Banditentums" in das DMITROW-ITL nicht gestattet war¹⁶⁸, oder die verbotene Verlegung von Verurteilten wegen "konterrevolutionärer Verbrechen", Raubüberfalls, Diebstahls, vorsätzlichen Mordes und von Wiederholungstätern in die Lager der GULPS. Dieses Verbot wurde 1946 eingeführt, nachdem sich die Hauptverwaltung auf Arbeiten am staatlichen Atomprojekt¹⁶⁹ spezialisiert hatte. Umgekehrt gab es auch Befehle, "besonders gefährliche Verbrecher" in bestimmte Lager zu verlegen, die weit entfernt waren von Ortschaften und Verkehrsanbindungen¹⁷⁰. Es gab jedoch bis 1943 kein prinzipielles Verbot für die gemeinsame Unterbringung von Häftlingen, unabhängig vom Artikel, nach dem sie verurteilt worden waren. Zum ersten Mal wurden für eine streng definierte Häftlingsgruppe – die zu Katorga-Arbeiten Verurteilten – gesonderte Lagerunterabteilungen eingerichtet.

¹⁶⁵ MVD Rossii (Hrsg.): *Organy i vojska MVD Rossii: Kratkij istoričeskij očerk* [Organe und Truppen des MWD Russlands. Ein kurzer historischer Abriss]. Moskau 1996. S. 456. Für die Führung der militärischen Gegenspionage wurden die Hauptverwaltung für Gegenspionage "SMERSch" des Volkskommissariats für Verteidigung und die Verwaltung für Gegenspionage "SMERSch" des Volkskommissariats der Kriegsmarine eingerichtet. Es sei ebenfalls angemerkt, dass im Gegensatz zum Februar 1941 die Aufteilung des NKWD in NKWD und NKGB im April 1943 offensichtlich nicht mit der wachsenden wirtschaftlichen Rolle des NKWD, sondern politisch begründet war. Gleichzeitig wurde somit eine Reserve angelegt, die es in den Nachkriegsjahren gestattete, ziemlich schnell den Lager- und Wirtschaftskomplex wiederaufzubauen.

¹⁶⁶ Zentralarchiv des FSB. F. 3. Op. 57. D. 40. L. 1–4.

¹⁶⁷ Siehe Lagereinträge zu: WORKUTA-ITL, KARAGANDA-ITL, NORILSKER ITL, PONYSCH-ITL, NORDÖSTLICHES ITL, SIBIRISCHES ITL, TAISCHET-ITL DER UITLK DER NKWD-VERWALTUNG FÜR DAS GEBIET IRKUTSK und Abschnitt "Territorialverwaltungen / Abteilungen der Haftanstalten" des vorliegenden Beitrags.

¹⁶⁸ Siehe z.B. Befehl 0092 des NKWD vom 27.09.34.

¹⁶⁹ Als typisch sei an dieser Stelle der Befehl 001064 des MWD vom 21.11.49 genannt.

¹⁷⁰ Befehl 001461 des NKWD vom 10.12.39. Ähnliche Befehle wurden seit Anfang der 1930er Jahre mehrfach erlassen.

Die Häftlingszahl in diesen Lagereinrichtungen war relativ niedrig¹⁷¹, sodass sich der Erlass vom April 1943 weder auf die allgemeinen Insassenzahlen noch auf den Umfang oder die Organisation der Wirtschaftstätigkeit in den Lagern auswirkte. Er hatte jedoch richtungsweisende Bedeutung. Im Januar 1944 wird ausschließlich für die Unterbringung aller "Personen, die sich 'Volksdeutsche' aus der Ukraine nennen", das TSCHERNOGORSKER SONDER-ITL eingerichtet¹⁷². (Die entscheidenden Ereignisse bei der Gründung von spezialisierten Lagern für bestimmte Häftlingsgruppen begannen 1948 mit der Annahme des Beschlusses über die Gründung eines Netzes von Sonderlagern.)

1944-1946 war das System der Haftanstalten mehreren entscheidenden und dabei unterschiedlich ausgerichteten Faktoren ausgesetzt. Gegen Ende des Sommers 1943 bis Herbst 1944 waren die deutschen Truppen gezwungen, sich aus den dicht besiedelten Gebieten der UdSSR zurückzuziehen. Immer mehr Menschen standen nun wieder unter der Kontrolle der Sowjetregierung, was – wenn auch mit einer gewissen Verspätung und allein schon wegen der verbreiteten "alltäglichen" Kriminalität – zwangsläufig zur Erhöhung der Häftlingszahlen führte. Ein Beleg für den starken Einfluss dieses Faktors ist auch der veränderte Anteil an Ukrainern und Weißrussen unter den Gefangenen (1942-1943 stark rückläufig und in der zweiten Hälfte 1944 schnell ansteigend)¹⁷³. Als 1945 die massenhafte Rückkehr von Sowjetbürgern in ihre Heimat einsetzte (bis Ende 1945 waren es über zwei Mio. Menschen)¹⁷⁴, von denen die meisten Personen aus den genannten Gebieten waren, die man zur Arbeit nach Deutschland verschleppt hatte, sollte ein ähnlicher, wenngleich offenbar erheblich geringerer Einfluss davon ausgehen.

1945 jedoch verfügte der Staat über riesige, durch den Krieg verursachte und deshalb vorläufige "Sonderkontingente". Dazu gehörten Kriegsgefangene, Internierte, in Arbeitsbataillonen Mobilisierte und Heimkehrer, die in Prüf- und Filtrationslagern überprüft wurden¹⁷⁵. Eine Vorstellung vom Ausmaß dieser stürmischen Zunahme an Zwangsarbeitern in der UdSSR, die sich aus diesen Kontingenten rekrutierten und deren Lage sich kaum von jener der Häftlinge unterschied, vermitteln folgende Angaben: Während zum 1. Januar 1944 insgesamt 32.161 Kriegsgefangene zu Arbeiten eingesetzt wurden¹⁷⁶, waren es zum 1. Januar 1946 allein in den ITL bereits 170.000¹⁷⁷, insgesamt wurden 1946 nach Stefan Karner durchschnittlich mehr als 1,8

¹⁷¹ So gab es z.B. zum 1. September 1945 insgesamt 38.568 zu Katorga-Arbeiten Verurteilte, davon im WORKUTA-ITL — 14.162, im TAISCHET-ITL — 9.001, im NÖRDÖSTLICHEN ITL — 7.988, im NORILSKER ITL — 3.023 und im KARAGANDA-ITL — 172 Personen; außerdem waren in den Gefängnissen 4.222 Personen inhaftiert. (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 76. L. 11).

¹⁷² Befehl 0013 des NKWD vom 07.01.44. Gemäß diesem Befehl mussten alle "Volksdeutschen" durch einen Sonderausschuss verurteilt werden.

¹⁷³ V. N. Zemskov: GULAG: Istoriko-sociologičeskij aspekt [GULAG: Historisch-soziologischer Aspekt]. In: *Sociologičeskie issledovanija* [Soziologische Forschungen]. 1991. Nr. 7. S. 3–16.

¹⁷⁴ P. M. Poljan: Žertvy dvuch diktatur: Ostarbaitery i voennoplennnye v Tret'em Reiche i ich repratriacija [Opfer zweier Diktaturen: Ostarbeiter und Kriegsgefangene im Dritten Reich und ihre Rückführung in die Heimat], Moskau 1996. S. 228–258, 275–277, 297–299.

¹⁷⁵ Neben diesen Häftlingskategorien zählten zu diesen Kontingenten auch jene ehemaligen Häftlinge, die per Verfügung des Staatlichen Verteidigungsausschusses "bis Kriegsende" in den Lagern zurückgehalten wurden.

¹⁷⁶ I. V. Bezborodova: Organizacija trudoispol'zovanija voennoplennyh, internirovannyh v lagerjach NKVD-MVD SSSR v gody vtoroj mirovoj vojny [Organisation des Arbeitseinsatzes von Kriegsgefangenen und Internierten in den Lagern des NKWD-MVD der UdSSR in den Jahren des Zweiten Weltkrieges]. In: *Problema voennogo plena: Istorija i sovremennost': Materialy Meždunarodnoj naučno-praktičeskoj konferencii, 23-25 oktjabra 1997* [Problem der Kriegsgefangenschaft: Geschichte und Gegenwart: Dokumente der Internationalen wiss. Konferenz vom 23. bis 25. Oktober 1997]. 2. Teil. Wologda 1997. S. 50–58.

¹⁷⁷ GARF. F. 9414. Op. 1d. D. 447. L. 2–4.

Mio. Menschen zu Arbeiten eingesetzt (wahrscheinlich Internierte eingerechnet)¹⁷⁸, und insgesamt befanden sich in den Lagern, den Sonderarbeitsbataillonen und den Spezialkrankenhäusern der GUPWI ca. 2,5 Mio. Kriegsgefangene¹⁷⁹. Im Laufe des Jahres 1945 und im Winter 1946 wurden mehr als 600.000 Heimkehrer¹⁸⁰ und ungefähr 150.000 internierte Deutsche¹⁸¹ in Arbeitsbataillone deportiert. Ungefähr weitere 150.000 bis 350.000 Personen (in verschiedenen Monaten) bildeten die "Kontingente" der Prüf- und Filtrationslager¹⁸². Dafür reichten die Ressourcen des Lagersystems (Unterkünfte, Führungspersonal, Wachschatz, Produktionseinrichtungen usw.) nicht aus. Deshalb wurden der GUSchossDor ab Herbst 1945 Arbeitskräfte aus Kriegsgefangenenlagern bereitgestellt. In einigen ITL machte der Anteil der Häftlinge weniger als 10% aller Arbeiter aus, und insgesamt reduzierte sich bis 1. Januar 1946 (nach der Amnestie von 1945) die Häftlingszahl in den ITL unter zentraler Leitung¹⁸³ bis auf fast 600.000 Personen. Das war das niedrigste Niveau seit 1935 und machte nur ca. 47% aller "Arbeitskraftkontingente" dieser ITL aus¹⁸⁴.

Vom Desinteresse der Regierung an der Erhöhung der Insassenzahl zeugt auch das Schicksal der so genannten Wlassow-Soldaten (hierzu gehörten nicht nur die Soldaten der vereinten Russischen Befreiungsarmee, sondern auch anderer deutscher Armee- und Polizeitruppen, die sich aus Sowjetbürgern rekrutierten). Nach der damals gültigen Gesetzgebung hätte man sie einfach zu Verbrechern ("Vaterlandsverrat") erklären können, unabhängig von ihrer konkreten Tätigkeit in diesen Truppenteilen, und das hätte automatisch mindestens eine Verurteilung zu langjähriger Lagerhaft bedeutet. Aber gemäß der Verfügung 9871s des Staatlichen Verteidigungsausschusses

¹⁷⁸ S. Karner: Deutsche Kriegsgefangene und Internierte in der Sowjetunion 1941–1956 In: *Problema voennogo plena: Istorija i sovremennost': Materialy Meždunarodnoj naučno-praktičeskoj konferencii, 23-25 oktjabra 1997* [Problem der Kriegsgefangenschaft]. 2. Teil. Wologda 1997. S. 14–33.

¹⁷⁹ Ebenda; I. V. Bezborodova: Inostrannye voennoplennye i internirovannye v SSSR: Iz istorii dejatelnosti Upravljenija po delam voennoplennyh i internirovannyh NKVD-MVD SSSR v poslevoennyj period (1945-1953) [Ausländische Kriegsgefangene und Internierte in der UdSSR: Zur Geschichte der Verwaltung für Kriegsgefangene und Internierte des NKWD-MWD der UdSSR in der Nachkriegszeit (1945-1953)] In: *Otečestvennaja istorija* [Vaterländische Geschichte]. 1997. Nr. 5. S. 165–173; V. B. Konasov: *Sud'by nemeckich voennoplennyh v SSSR: Diplomatičeskie, pravovye i političeske aspekty problemy: Očerki i dokumenty* [Schicksale deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR]. Wologda 1996. S. 8, 123–244; V. P. Galickij: *Vražeskie voennoplennye v SSSR (1941-1945)* [Feindliche Kriegsgefangene in der UdSSR]. In: *Voenna-istoričeskij žurnal* [Militärhistorische Zeitschrift]. 1990. Nr. 9. S. 39–46. Es sei angemerkt, dass die veröffentlichten Daten über den Zuwachs der Kriegsgefangenen fragmentarisch und widersprüchlich sind.

¹⁸⁰ P. M. Poljan: *Žertvy dvuch diktatur: Ostarbaitery i voennoplennye v Tret'em Reiche i ich reprivacij* [Opfer zweier Diktaturen: Ostarbeiter und Kriegsgefangene im Dritten Reich und ihre Rückführung in die Heimat], Moskau 1996. S. 299.

¹⁸¹ P. M. Poljan: "Reparacii trudom": Motivy i predistorija poslevoennogo trudoispolzovanija internirovannyh i mobilizovannyh – nemeckich graždanskich lic v SSSR [Reparationszahlungen in Form von Arbeit] In: *Problema voennogo plena: Istorija i sovremennost': Materialy Meždunarodnoj naučno-praktičeskoj konferencii, 23-25 oktjabra 1997* [Problem der Kriegsgefangenschaft]. 2. Teil. Wologda 1997. S. 59–67; I. Ju. Gorbunov: *Prebyvanie nemeckich voennoplennyh v SSSR: Uslovija soderžanija, medicinskoe obespečenie (po dokumentam GARF)* [Der Aufenthalt deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR]. In: Ebenda. S. 134–143.

¹⁸² V. N. Zemskov: *GULAG: Istoriko-sociologičeskij aspekt* [GULAG: Historisch-soziologischer Aspekt]. In: *Sociologičeskie issledovanija* [Soziologische Forschungen]. 1991. Nr. 7. S. 3–16. P. M. Poljan: *Žertvy dvuch diktatur: Ostarbaitery i voennoplennye v Tret'em Reiche i ich reprivacij* [Opfer zweier Diktaturen: Ostarbeiter und Kriegsgefangene im Dritten Reich und ihre Rückführung in die Heimat], Moskau 1996. S. 302. Es sei angemerkt, dass die Abteilung für Prüf- und Filtrationslager des NKWD per Befehl 0075 des NKWD vom 22. Januar 1946 aufgelöst und deren Funktionen der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) übertragen wurden.

¹⁸³ D. h. jene ITL, die den Hauptverwaltungen und den Verwaltungen des NKWD-MWD direkt unterstanden.

¹⁸⁴ GARF. F. 9414. Op. 1d. D. 447. L. 1–28.

vom 18. August 1945 und weiteren Verfügungen des Rates der Volkskommissare der UdSSR wurden viele von ihnen für sechs Jahre in Sondersiedlungen verbannt¹⁸⁵.

Die Wirtschaftslage in der Sowjetunion 1945-1946 behinderte ebenfalls die Ausweitung der Haftanstalten und die Steigerung der Produktionskapazität. Wie bereits erläutert, war die wichtigste Wirtschaftsnische der Lager die schnelle Durchführung von großen Investitionsprojekten in Regionen mit unzureichend entwickelter Infrastruktur, deren Bedeutung in erster Linie nicht ökonomischer, sondern militärstrategischer oder politischer Natur war oder bei deren Durchführung hauptsächlich unqualifizierte Arbeitskräfte benötigt wurden. Da die nötigen Mittel fehlten, konnte der Staat ähnliche Projekte nur in Ausnahmefällen initiieren. Zweifellos bestand die vordringlichste Aufgabe des Staates im Wiederaufbau eines minimalen Versorgungssystems und in der gleichzeitigen Wiederbelebung von Industrie und Landwirtschaft in den vormals okkupierten Gebieten, allein schon aus dem Grund, weil diese Gebiete die potentiell wichtigste Grundlage der landwirtschaftlichen und (teilweise) industriellen Produktion des Landes bildeten. Diese früher am dichtesten besiedelten Regionen, in denen durch die totalen Zerstörungen und immensen Menschenverluste die Arbeitskräfte äußerst rar geworden waren, konnten nicht wie in der Vorkriegszeit die "Geberregionen" für den Lager- und Industriekomplex sein. Im Gegenteil: die Behörden mussten Arbeiter aus anderen Regionen anwerben. Beispielhaft sei das Schicksal der repatriierten Ingermanländer erwähnt, denen Ende 1944 / Anfang 1945 nach ihrer Rückkehr aus Finnland in die Sowjetunion die Ansiedlung in den Heimatorten (Gebiet Leningrad und in Karelien) nicht mehr gestattet wurde, die sich jedoch in der "Nachbarschaft" niederlassen durften, vor allem in den vom Krieg am stärksten betroffenen Gebieten Welikije Luki, Kalinin, Nowgorod und Pskow¹⁸⁶.

Die aufgezählten Faktoren dienen nach Ansicht der Autoren als erste Annäherung, um die Lage der Haftanstalten und die Häftlingszahlen von 1944 bis 1946 (Abb. 2) zu erklären. Das schnelle Wachstum in der zweiten Jahreshälfte 1944, das hauptsächlich durch eine Zunahme der Gefangenen in den Haftanstalten der Territorialorgane bedingt war, wurde in der ersten Jahreshälfte 1945 von einer relativen Stabilisierung abgelöst. Darauf folgte im Sommer 1945 die Amnestie, die neben dem offensichtlichen politischen Effekt eine Ressourcenfreisetzung bereits im August/September ermöglichte, als der Strom der Kriegsgefangenen und Heimkehrer in der zweiten Hälfte 1945 seinen Höhepunkt erreichte. Danach wurden die meisten Verurteilten in die Haftanstalten der Territorialorgane verbracht. Wegen ihrer ausreichenden Mobilität konnten sie situativ und "punktgenau" eingesetzt werden und führten sowohl Arbeiten vor Ort als auch kleinere, aber wichtige Aufträge höherer (bis hin zu Regierungs-)Instanzen aus. Die Insassenzahlen in den ITL blieben jedoch bis Mitte 1946 unverändert, sodass für die Dauer von zwanzig Jahren die Zeit von Mitte 1946 bis Anfang 1947 die einzige Epoche war, als in den Haftanstalten der Territorialorgane wesentlich mehr Personen inhaftiert waren als in den Lagern. Dabei gehörten per 1. Juli 1946 von 806.193 Häftlingen in den UITLK-OITK 506.289 zum "Lagerkontingent" (d. h. sie hatten ein Strafmaß von mehr als drei Jahren Freiheitsentzug, und sie mussten ihre Haft in Lagerunterabteilungen verbüßen), während die Gesamtzahl der Häftlinge in den Lagern unter zentraler Leitung (Häftlinge auf Transport eingerechnet) zu diesem Zeitpunkt 660.135 betrug¹⁸⁷. Somit waren die Haftanstalten in der UITLK-OITK im Prinzip eine wichtige

¹⁸⁵ P. M. Poljan: *Žertvy dvuch diktatur: Ostarbaitery i voennoplennyye v Tret'em Reiche i ich repratriaciija* [Opfer zweier Diktaturen: Ostarbeiter und Kriegsgefangene im Dritten Reich und ihre Rückführung in die Heimat], Moskau 1996. S. 302.

¹⁸⁶ Ebenda. S. 222.

¹⁸⁷ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1259. L. 9.

operative Reserve, um alte Lager aufzufüllen und neue, große Lagerstrukturen nach Bedarf aufzubauen, obwohl, wie später gezeigt wird, dieses Potential bis 1950 nicht eingesetzt wurde.

Es ist klar, dass die genannten Faktoren, die die Wiederherstellung des Vorkriegszustandes der Haftanstalten, insbesondere des ITL-Systems, behinderten, lediglich vorübergehender Natur waren. Das Staatssystem hingegen hatte sich seit der Vorkriegszeit nicht geändert. Ihm zugrunde lag weiterhin die Zwangsarbeit in ihren verschiedenen Formen (durch Häftlinge, Sondersiedler, militärische Bauarbeiter, Kolchosbauern usw.) und Bestrafung (bzw. Strafandrohung) als wichtigster Antrieb jeglicher Tätigkeit. Es nimmt nicht wunder, dass seit Mitte 1946 neben dem rasanten Anstieg der Häftlingszahlen in der UITLK-OITK sowohl die Zahl der ITL kontinuierlich zunahm (zum 1. Januar 1946 gab es 44 und Ende 1948 79 Lager und Lagerabteilungen unter Zentralverwaltung) als auch die Häftlingszahl (Abb. 2).

Bis Frühjahr/Sommer 1950 stieg die Gesamtzahl der Häftlinge mal schneller, mal langsamer weiter an (vorübergehend stagnierte sie sogar), dann hatte sie ihren absoluten Höhepunkt erreicht: 2,6 Mio. Personen waren in Lagern und Kolonien inhaftiert¹⁸⁸ (die Zahl der Gefängnisinsassen schwankte außerdem zwischen 170.000 bis 190.000¹⁸⁹, und mehrere Zehntausend befanden sich auf Transport, sodass die maximale Häftlingszahl in der UdSSR mehr als 2,8 Mio. Personen betrug). In den folgenden anderthalb Jahren ging sie etwas zurück und pendelte sich bis Mitte 1952 bei 2,5 Mio. Personen (in Lagern und Kolonien) ein. Betrachtet man jedoch die Häftlingszahlen in den zwei wichtigsten Untersystemen der Haftanstalten, bietet sich ein weitaus komplexeres Bild (Abb. 2). In den UITLK-OITK setzte sich das kontinuierliche Wachstum nur zwei Jahre lang (1946-1947) fort. Danach schwankte die Häftlingszahl unregelmäßig in den Jahren 1948-1949 um die erreichte Höchstzahl, worauf ein zweijähriger Rückgang der Häftlingszahlen bis auf das Niveau vor der Amnestie 1945 einsetzte. Die Häftlingszahlen in den Lagern unter Zentralverwaltung stiegen hingegen ab Mitte 1946 ziemlich lange konstant an (bis Ende 1951), dann pendelten sie sich etwa auf dem Höchststand der Vorkriegszeit ein. Die unterschiedlichen Entwicklungen der Häftlingszahlen in den Jahren 1946-1953 belegen, dass bei der Entwicklung der Haftanstalten offenbar eine Reihe verschiedenartiger, vorübergehender sowie ständiger, Faktoren eine Rolle spielte.

Bevor diese Faktoren im einzelnen untersucht werden, ist zunächst eine Frage gesondert zu behandeln, an der sich bis heute hinsichtlich der Lager der Nachkriegszeit die Geister scheiden. Dabei geht es um das von 1948-1953 unter MWD-Leitung aufgebaute Netz von Sonderlagern (OssobLag).

Diese politische Maßnahme wurde mit der Verfügung 416-159ss des Ministerrats der UdSSR vom 21. Februar 1948 eingeleitet. Die gemäß dieser Verfügung gegründeten Sonderlager (sowie die Sondergefängnisse in Wladimir, Aleksandrowsk und Werchne-Uralsk) waren Verurteilten wegen Spionage, Diversion und Terror vorbehalten, außerdem Trotzlisten, Reaktionären, Menschewiken, Sozialrevolutionären, Anarchisten, Nationalisten, Revolutionsflüchtlingen, Mitgliedern antisowjetischer Organisationen und Gruppen sowie "Personen, die durch ihre antisowjetischen Verbindungen eine Gefahr darstellen" (vor allem Häftlingen, die ihre Haftzeit

¹⁸⁸ Verschiedene Quellen, die in der Fußnote 134 aufgeführt wurden, machen Größenangaben, die um 20.000 Personen schwanken. Vielleicht ist das damit begründet, dass es keine Absprachen dazu gab, ob die Gefangenen, die sich auf dem Transport von einem Lager in ein anderes befanden, auch dazu zu zählen sind oder nicht. Die Autoren haben Durchschnittsdaten angeführt. Genauere Schätzungen bedürfen zusätzlicher Forschung.

¹⁸⁹ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2877. L. 140.

bereits abgesehen hatten)¹⁹⁰. Häftlinge, die diesen Kategorien nicht entsprachen, dem so genannten allgemeinen Kontingent angehörten und in der Regel nicht mehr unter Bewachung standen, konnten in Einzelfällen in den Sonderlagern bleiben und wurden dort zu Arbeiten eingesetzt, die dem "Sonderkontingent" verboten waren (z.B. Fahrdienste, Wartung von Elektroanlagen usw.). Die "Kontingente" der Sonderlager sollten vollständig von den anderen Häftlingen isoliert werden (auch in den Arbeitszonen), und als Personal, das aus freien Arbeitern bestand, waren nur jene in den Arbeitszonen zugelassen, die eine "Sonderprüfung" bestanden hatten. Wohn- und Arbeitszonen mussten so eingerichtet sein, dass eine Flucht ausgeschlossen war. Die Bedingungen in den Wohnzonen ähnelten der Gefängnishaft (vergitterte Fenster, die Baracken wurden in der Nacht abgeschlossen, in der arbeitsfreien Zeit durfte man die Baracken nicht verlassen); "zeitweise" betrug der Mindestwohnraum 1 m² pro Person – die Hälfte dessen, was für das ITL galt. Die Häftlinge in den Sonderlagern sollten zu besonders schweren Arbeiten eingesetzt werden. Mit der Bewachung wurden die Begleittruppen beauftragt (und nicht die bewaffnete Wache wie in den ITL).

Ursprünglich wurden fünf Sonderlager (Nr. 1-5)¹⁹¹ eingerichtet und Ende Sommer 1948 ein weiteres¹⁹². Als maximale Belegung legte die Regierung 145.000 Personen fest¹⁹³. Aber die Entwicklung dieses Sonderlagentetzes vollzog sich unter großen Schwierigkeiten. Einerseits wurden 1948 von einer Spezialkommission des MWD rund 175.000 Häftlinge in den Lagern und Kolonien bestimmt, die für eine Verlegung in die Sonderlager vorgesehen waren. Außerdem wies das MGB ständig neue Verurteilte dieser Kategorie in die Lager ein (durchschnittlich 2.500 Personen pro Monat, zum 1. März 1949 gab es 24.722 Neueinweisungen). Somit übertraf bereits ein Jahr nach Annahme der Verfügung über die Einrichtung von Sonderlagern die Zahl der davon betroffenen Häftlinge die maximal erlaubte Belegung um ca. 54.000 Personen¹⁹⁴. Andererseits verzögerte sich wegen fehlender Materialien der Umbau der einfachen Lagereinrichtungen entsprechend den Anforderungen der Sonderlager (so betrug allein der Bedarf an Stacheldraht 1.000 t, der jedoch nicht einmal zur Hälfte gedeckt werden konnte). Besonders schlecht sah es mit der Umrüstung der Produktionszonen aus. Es fehlte an Personal für die Begleitmannschaften der Sonderlager, die Unterbringung der Wachmannschaften war problematisch¹⁹⁵. Außerdem arbeiteten die Sonderlager auch ein Jahr nach ihrer Einrichtung mit Verlusten: Den Jahresausgaben 1949 in Höhe von 701 Mio. Rubel (Wachdienst nicht eingerechnet, da die Hauptverwaltung der Konvoitruppen gesondert finanziert wurde!) standen geplante Einnahmen in Höhe von 443 Mio. Rubel gegenüber¹⁹⁶. Da es an Begleitmannschaften fehlte und sich deren Leiter weigerten, die Gefangenen in Arbeitszonen zu eskortieren, deren Einrichtung nicht den Erfordernissen der Sonderlager entsprach, wurden viele Häftlinge nicht zur Arbeit geführt¹⁹⁷.

¹⁹⁰ Befehl 00279/00108/72ss des MWD/MGB/der Staatsanwaltschaft vom 16.03.48.

¹⁹¹ Befehl 00219 des MWD vom 28.02.48. Die Tarnbezeichnungen, unter denen die Sonderlager allgemein bekannt wurden, wurden ihnen erst später verliehen (geordnet nach Nummer: MINERALLAGER, BERGLAGER, EICHENHAINLAGER, STEPPENLAGER und UFERLAGER).

¹⁹² Befehl 001040 des MWD vom 27.08.48 (Sonderlager Nr. 6 ist das FLUSSLAGER).

¹⁹³ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1845. L. 206.

¹⁹⁴ Ebenda. L. 18, 19, 206.

¹⁹⁵ Ebenda. L. 71–77.

¹⁹⁶ Ebenda. L. 302.

¹⁹⁷ Ebenda. L. 71–77, 88, 89, 206. Während die Lagerwache zur Belegschaft gehörte und dem Lagerleiter gegenüber weisungsgebunden war, so waren Teile der Hauptverwaltung der Konvoitruppen teilweise von der Lagerstruktur unabhängig. Wenn somit ein Lagerleiter vor die Wahl zwischen Nichterfüllung des Produktionsplans wegen Arbeitsverweigerung der Häftlinge oder deren Massenausbruch gestellt war, konnte er auf eigene Verantwortung die

Somit waren zum 1. März 1949, ein Jahr nach Einrichtung der ersten Lager, nur 106.573 Personen in den Sonderlagern inhaftiert (38.000 unter Maximalbelegung), also gut die Hälfte aller Gefangenen, auf die die Verfügung von 1948 zutraf¹⁹⁸. Die Verlegung des Großteils der Häftlinge in die Sonderlager zog sich über mehrere Jahre hin. Unter Einberechnung des "allgemeinen Kontingents", dessen Anteil ca. 10% betrug, waren am 1. Januar 1950 in den Sonderlagern rund 185.000 Personen inhaftiert, am 1. Januar 1951 betrug ihre Zahl 215.000, am 1. Januar 1952 257.000 und am 1. Februar 1953 234.000 Personen¹⁹⁹. Das letzte, Ende 1952 gegründete Sonderlager mit der Nummer 12, das "WASSERSCHIEDLAGER", kam praktisch nicht mehr dazu, seine Arbeit aufzunehmen²⁰⁰. Der Vorschlag, die Führung aller Sonderlager in einer speziell dafür geschaffenen Verwaltung innerhalb des GULAG zu bündeln, wurde abgelehnt²⁰¹. Im Ergebnis stand die Hälfte aller Lager unter der Zuständigkeit des GULAG, und für die übrigen waren einige Produktionshauptverwaltungen zuständig, sodass die Existenz der Sonderlager keinen Einfluss auf den Aufbau des Lager- und Produktionskomplexes hatte.

Die Sonderlager hatten auch keinen Einfluss auf die Insassenzahlen in den Haftanstalten. Das ist verständlich, da bei der Entwicklung des Sonderlagernetzes in der Regel auf dieselben Lagereinrichtungen und dasselbe Lagerpersonal zurückgegriffen wurde. Die meisten Gefangenen der Sonderlager waren aus ITL dorthin verlegt worden, sodass die Einrichtung der Sonderlager hauptsächlich zur Umverteilung der Häftlinge zwischen den Lagern führte.

Die Schaffung eines Subsystems von Sonderlagern, wie auch anderer Subsysteme für bestimmte "Kontingente" (z.B. die o.a. Katorga-Lager oder die 1946-1951 bestehenden so genannten Krankenlager für arbeitsuntaugliche Häftlinge, siehe z.B. KRANKENLAGER MEDWESCHJEGORSK), war lediglich eines von mehreren Elementen, die die Binnenstruktur des Lager- und Produktionskomplexes bestimmten, jedoch keinen Einfluss auf dessen Entwicklungsgeschwindigkeit oder -ausrichtung hatten.

Nun soll jedoch die Geschichte des Lager- und Industriekomplexes in der Nachkriegszeit eingehend untersucht werden.

Von den Faktoren, die 1947-1949 Auswirkungen auf den Anstieg der Häftlingszahlen und somit auf alle anderen Bereiche des Vollzugssystems hatten, war der wichtigste offensichtlich der Rückgang der ausländischen Arbeitskräfte. Die Kriegsgefangenen und Internierten waren größtenteils nicht in der Lage, sich an die Haftbedingungen anzupassen und wurden schnell arbeitsunfähig. Die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition – insbesondere die USA, die kein Interesse an Arbeitskräften hatten und 1947 die letzten Kriegsgefangenen entließen – setzten regelmäßig die Frage nach einer schnellen Freilassung der Kriegsgefangenen auf die Tagesordnung. Somit begann die Rückkehr der Kriegsgefangenen und Internierten bereits 1946

ihm unterstellten Wachen mit der Ausführung der Gefangenen zur Arbeit beauftragen. Ein Kommandeur der Begleittruppen hatte nicht mit diesem Dilemma zu kämpfen. Er war nur für die Bewachung verantwortlich – wozu auch die Überwachung des ordnungsgemäßen Zustandes der Ausrüstungen in den bewachten Objekten sowie der Abgleich zwischen seinem Personalbedarf im Verhältnis zur Zahl der bewachten Objekte und Menschen gehörte – und konnte sich weigern, die Gefangenen eines Sonderlagers zur Arbeit hinauszuführen, sobald irgendeine Bedingung oder Vorschrift nicht eingehalten wurde.

¹⁹⁸ Ebenda. L. 18.

¹⁹⁹ Berechnungsgrundlagen siehe: UFERLAGER, WASSERSCHIEDLAGER, BERGLAGER, FERNES LAGER, EICHENHAINLAGER, SCHILFLAGER, WIESENLAGER, MINERALLAGER, SEELAGER, SANDLAGER, FLUSSLAGER, STEPPENLAGER.

²⁰⁰ Befehl 00869 des MWD vom 25.10.52; Siehe auch WASSERSCHIEDLAGER.

²⁰¹ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1845. L. 271–281, 302–303.

und nahm 1947-1949 rasant zu. Danach gab es in der Sowjetunion relativ wenige verurteilte Kriegsgefangene, die für die Volkswirtschaft keine Bedeutung mehr hatten²⁰².

Anzahl der Kriegsgefangenen in den Jahren 1946 bis 1953 (in Tsd.)

Datum	01.46	02.47	01.48	01.49	01.50	01.53
Insassenzahl	2.400–2.700	1.800	1.200	550	37	19

Im Ergebnis sank z.B. die Zahl der Kriegsgefangenen in den ITL unter Zentralverwaltung von Anfang 1946 bis Ende 1947 um mehr als die Hälfte, während der Anteil der Häftlinge an der Gesamtzahl der Arbeiter von 47% auf 71% stieg²⁰³. 1948-1949 wurden für die GUSchossDor erneut Häftlinge als Arbeitskräfte eingesetzt, wofür zehn ITL eingerichtet wurden, von denen acht Lager früher der GUPWI unterstellt gewesen waren²⁰⁴.

Bis Anfang 1948 behinderten die Humanressourcen des Landes weder die Zunahme der Häftlinge noch die Geschwindigkeit, mit der die Lagerproduktion wiederaufgenommen wurde. Diese Vermutung legen zumindest die steigenden Häftlingszahlen sowohl in den ITL unter Zentralverwaltung als auch in den Haftanstalten der UITLK-OITK nahe (Abb. 2). Das bedeutete gleichzeitig, dass die Konzentration von Häftlingen für die Durchführung wichtiger Objekte, die i.d.R. zentralen Lagerverwaltungen unterstellt waren, nicht notwendig war.

Die Haftanstalten füllten sich im Wesentlichen keineswegs mit Personen, die man, wenn auch mit Mühe, als "Politische" bezeichnen konnte. 1945-1946 blieben der Hauptteil des Territoriums und der Bevölkerung des Landes von irgendwelchen speziellen Aktionen verschont, trotzdem wuchs die Häftlingszahl in den Lagern und Kolonien von rund 1 Mio. (1. Oktober 1945) bis auf fast 1,7 Mio. (Anfang 1947). Nachdem sich der Anstieg der Insassenzahlen verlangsamte (ca. 150.000 pro Halbjahr), wurden keine neuen Massenverurteilungen von "Spionen", "Diversanten" oder "Anhängern Trotzki, Sinowjews oder Bucharins" mehr fabriziert²⁰⁵. Angesichts der verarmten Bevölkerung und des totalen Defizits an Konsumgütern in der Nachkriegszeit wurde am 4. Juni 1947 der Präsidiumserlass des Obersten Sowjets "Über die strafrechtliche Verantwortlichkeit wegen Diebstahls von staatlichem und gesellschaftlichem Eigentum" verabschiedet²⁰⁶. Die von diesem Erlass vorgesehene Mindeststrafe betrug fünf Jahre Lagerhaft. Die Bedeutung dieses Erlasses für den Anstieg der Insassenzahlen in den Haftanstalten wird aus

²⁰² V. B. Konasov: Sud'by nemeckich voennoplennyh v SSSR: Diplomatičeskie, pravovye i političeske aspekty problemy: Očerki i dokumenty [Schicksale deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR]. Wolgoda 1996. S. 8, 123–244; I. V. Bezborodova: Inostrannye voennoplennye i internirovannye v SSSR: Iz istorii dejatelnosti Upravlenija po delam voennoplennyh i internirovannyh NKVD-MVD SSSR v poslevoennyj period (1945-1953) [Ausländische Kriegsgefangene und Internierte in der UdSSR]. In: *Otečestvennaja istorija* [Vaterländische Geschichte]. 1997. Nr. 5. S. 165–173. Diesen Quellen zufolge begann die Repatriierung bereits 1945, damals wurden jedoch überwiegend invalide Häftlinge mit offenen Wunden etc. entlassen, die nicht arbeiteten und auch in Zukunft nicht zu Arbeiten eingesetzt werden konnten.

²⁰³ GARF. F. 9414. Op. 1d. D. 447. L. 1–28, 45–48; D. 457. L. 1–48.

²⁰⁴ Befehl 00950 des MWD vom 12.10.49; Befehl 00414 des MWD vom 30.04.49.

²⁰⁵ Weithin bekannte Prozesse Anfang der 1950er Jahre, wie z.B. der "Leningrader Prozess", der "Mingrelie-Prozess", der "Prozess gegen das Jüdische Antifaschistische Komitee" u.a., hatten keine Auswirkungen auf die Gefangenzahlen. Insgesamt wurde in diesen Prozessen nur ein geringer Teil zu Zwangsarbeit verurteilt; die meisten Angeklagten wurden entweder erschossen oder verbannt.

²⁰⁶ Vedomosti VS SSSR [Mitteilungen des Obersten Sowjets der UdSSR]. 1947. Nr. 19.

der Gegenüberstellung folgender Häftlingszahlen in den Lagern und Kolonien deutlich. Als der Erlass verabschiedet wurde, gab es rund 1,8 Mio. Häftlinge; der Höhepunkt war im Frühjahr/Sommer 1950 mit rund 2,6 Mio. erreicht; am 1. Januar 1953 gab es ca. 2,5 Mio. Gefangene, von denen die Hälfte nach dem Erlass vom 4. Juni 1947 verurteilt worden war (hauptsächlich wegen kleinerer Diebstähle)²⁰⁷.

Sicherlich gab es auch politische Faktoren, die die Zahl der Häftlinge in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre ansteigen ließen. Als prägnantes Beispiel sei hierfür das Wirken der sowjetischen Staatsorgane in den 1939-1945 annektierten Gebieten genannt, das die Anpassung der sozialen und Wirtschaftsbedingungen an das Niveau in gesamten Land und den Kampf gegen nationalistische Organisationen (Organisation Ukrainischer Nationalisten u.a.) zum Ziel hatte.

Gleichzeitig führte das Festhalten an früheren Staatsaufgaben und deren Ausweitung zwangsläufig zur Wiederbelebung von alten und zur Entwicklung neuer bedeutender Investitionsprojekte mit militärstrategischer Bedeutung, was wiederum über kurz oder lang zum Wachstum des Lager- und Produktionskomplexes führte. Bereits Ende 1945 wurde innerhalb der GULSchDS der Grundstein für die Fortsetzung der Bauarbeiten an der Baikal-Amur-Magistrale gelegt, und bereits 1946 wurde an ihrem Ost- und Westabschnitt gearbeitet, wobei hauptsächlich japanische Kriegsgefangene eingesetzt wurden. Im Frühjahr 1947 wurden Häftlinge als Arbeitskräfte für ein neues Bauvorhaben – die Eisenbahnstrecke zum Obbusen – eingesetzt²⁰⁸. Natürlich wurde das MWD einbezogen, als es galt das "Atomprojekt" voranzutreiben. Hierfür wurde im Herbst 1946 die GULPS umgewandelt und zur "Sonderorganisation für den Bau von Betrieben und Einrichtungen der 1. Hauptverwaltung des Ministerrats der UdSSR" erklärt²⁰⁹. Zum selben Zeitpunkt übernahm das MWD das Monopol über die Goldgewinnung: Sämtliche Goldförderbetriebe wurden vom Ministerium für Buntmetallurgie an die wiedergegründete Hauptverwaltung (Sonderhauptverwaltung des MWD) übergeben²¹⁰. Die Lager, die hierfür die Arbeitskräfte bereitstellten, wurden hauptsächlich 1947 eingerichtet. Im Laufe der Jahre 1947-1948 wurden die Auswirkungen dieser Schritte auf die Größe und Anzahl der ITL und die Zahl der dort Inhaftierten immer deutlicher. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass 1946-1948 weitaus weniger Industriebereiche von den Lagern abgedeckt wurden als in der Vorkriegszeit. Das waren im Wesentlichen: Holzgewinnung, Eisenbahnbau, Bergbau und Metallurgie, Förderung von Gold und Zinn, Landwirtschaft und Industriebau. Obwohl Ende 1947 eine spezialisierte Hauptverwaltung²¹¹ gegründet wurde, blieb das Bauvolumen im Wasserbau bis Ende 1949 (bis zur vollen Entfaltung der Arbeiten am Wolga-Don-Kanal) unerheblich. Beim Autostraßenbau wurden, wie bereits erwähnt, vor allem Kriegsgefangene eingesetzt. Neben der GULPS wurden die wiedereröffneten ITL hauptsächlich bei der Fertigstellung von Projekten aus der

²⁰⁷ A. I. Kokurin, A. I. Požarov (Hrsg.): "Novyj kurs" L. P. Berii 1953 ["Der neue Kurs" L. P. Berijas 1953]. In: *Istoričeskij archiv* [Historisches Archiv]. 1996. Nr. 4. S. 143–144.

²⁰⁸ Siehe: HAUPTVERWALTUNG DER LAGER FÜR EISENBAHNBAU DES NKWD–MWD DER UDSSR und NÖRDLICHE VERWALTUNG DER LAGER FÜR EISENBAHNBAU.

²⁰⁹ Befehl 00932 des MWD vom 19.10.46. Die Erste Hauptverwaltung beim Ministerrat der UdSSR wurde auf Verfügung 9887ss des Staatlichen Verteidigungsausschusses (GKO) vom 20. August 1945 eingerichtet, um sämtliche Arbeiten zur Nutzung von Kernenergie und zur Herstellung einer Atombombe unter eine Führung zu stellen. (siehe V. N. Michailov (Hrsg.): *Sozdanie pervoj sovetskoj jadernoj bomby* [Der Bau der ersten sowjetischen Atombombe]. Moskau 1995. S. 52–54). Es sei angemerkt, dass die Forcierung dieses Projekts durch den einsetzenden Kalten Krieg diktiert wurde.

²¹⁰ Der Dalstroj, der den Hauptanteil an der sowjetischen Goldgewinnung hatte, blieb eine unabhängige Zentralbehörde des MWD.

²¹¹ Befehl 0688 des MWD vom 10.11.47.

Vorkriegszeit eingesetzt oder für Arbeiten, die keiner größeren Investitionen bedurften (Holzgewinnung, Wiederaufbau und Betrieb von Kohleschächten usw.).

Nachdem 1949 das Ende der "Wiederaufbaupoeche" deklariert worden war, wurden die Arbeiten an immer neuen Objekten, für die gewaltige Investitionen erforderlich waren, zügig aufgenommen. Bereits 1949-1950 begannen Häftlinge mit den breit angelegten Arbeiten zur Verlegung des Wolga-Don-Kanals und zur Errichtung der Zimljansker Stauanlage, mit dem Bau des Wasserkraftwerks Kuibyschew und der riesigen petrochemischen Kombinate in Baschkirien und dem Gebiet Irkutsk etc. Seit Ende 1949 wurden, wie bereits gesagt, der GUSchossDor Häftlinge als Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt. Wie im Fall von Dalstroj wurde für die Erschließung von Lagerstätten von Bunt- und Edelmetallen im Süden der Region Krasnojarsk der JenisseiStroi des MWD der UdSSR gegründet. Diese Expansion führte 1949 dazu, dass von den Einrichtungen des MWD der UdSSR mehr als 10% der Bruttoindustrieproduktion des Landes erwirtschaftet wurden²¹².

Der Prozess gewann an Fahrt. 1951-1952 wurden im Eisenbahnbau die Arbeiten an den bestehenden Bauvorhaben fortgesetzt und parallel dazu ein Netz von neuen ITL für Eisenbahnbau auf der Halbinsel Kola, im Gebiet Archangelsk und im Fernen Osten (insbesondere für den Tunnelbau unter dem Tatarischen Sund) und von Lagern für Wasserbau (Wolga-Ostsee-Kanal, mehrere Stauanlagen in Zentralasien) aufgebaut sowie zahlreiche ITL im Gebiet Moskau u.a. eingerichtet. Im MWD entstanden neue Industriezweige für das Ministerium, wie die Asbest- und Glimmerindustrie. Ein Großteil dieser Vorhaben war militärstrategisch ausgerichtet (z.B. der Eisenbahnbau im europäischen Norden des Landes, der Tunnel unter dem Tatarischen Sund und viele Arbeiten im Gebiet Moskau)²¹³.

Somit erhöhte sich allein 1949 die Zahl der Lager und Lagerabteilungen unter Zentralverwaltung von 79 auf 90 und bis Anfang 1953 auf 166. Weitere fünf ITL unterstanden Territorialverwaltungen und 82 UITLK-OITK wurden direkt von der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) geleitet. Anfang 1953 waren dem MWD 16 Produktionshauptverwaltungen und -verwaltungen (darunter auch die Hauptverwaltung der Lager – GULAG) direkt unterstellt, die über Lager verfügten. Außerdem unterstand ein Lager der Wirtschaftsverwaltung des MWD, und die 4. Spezialabteilung des MWD leitete Spezialgefängnisse ("Scharaschkas"), in denen Häftlinge Konstruktionsarbeiten durchführten. Weitere zehn Verwaltungen und Referate des Ministeriums, denen keine Haftanstalten unterstanden, waren entweder mit eigenen Produktionsvorhaben betraut (z.B. der Sonderstraßenbaukomplex des MWD) oder waren für die Koordination, Aufsicht oder Unterstützung der Produktionshauptverwaltungen und -verwaltungen des MWD verantwortlich (z.B. die Geologische Verwaltung des MWD, das Wasserbauprojekt des MWD oder die 6. Spezialabteilung des MWD)²¹⁴.

In den letzten Regierungsjahren Stalins verwandelte sich das MWD in einen veritablen Alleskönner: sobald eine neue Aufgabe gestellt wurde oder sich die Lage in einer bestehenden Produktion verschärfte, wurden ihm grundsätzlich die entsprechenden Arbeiten übergeben. Wenn

²¹² G. M. Ivanova: *GULAG v sisteme totalitarnogo gosudarstva* [Der GULAG im totalitären Staatssystem]. Moskau 1997. S. 136.

²¹³ Siehe: ITL "ASch", ITL "BSch", ITL "WTsch", ITL "GA", ITL "GB", ITL "DT", ITL "JeJa", ITL "JeSchtsch", ITL "JeJa", ITL "SchK", ITL "SchR", ITL "IN", ITL "KA", BAU 6 UND ITL, BAU 506 UND ITL, BAU 509 UND ITL, BAU 510 UND ITL, BAU 511 UND ITL, BAU 513 UND ITL, BAU 565 UND ITL.

²¹⁴ A. I. Kokurin, N. V. Petrov: *Lubjanka. VČK-OGPU-NKVD-NKGB-MGB-MVD-KGB, 1917-1960. Spravočnik*. Moskau 1997. S. 46–72.

in den obersten Regierungskreisen Vorhaben beschlossen wurden, so wurde nicht nur ihre ökonomische Zweckmäßigkeit ignoriert (das belegt sowohl die sofort nach Stalins Tod beschlossene Regierungsverfügung über die Einstellung der Arbeiten an den meisten in jenen Jahren begonnenen Objekten, als auch die im MWD gängige Praxis, Arbeiten sogar auf Großbaustellen ohne technisches Konzept und Wirtschaftlichkeitsprüfung in Angriff zu nehmen²¹⁵), sondern es bestand häufig auch ein Ungleichgewicht zwischen Fristen und bereitgestellten Arbeitskräften und Mitteln²¹⁶. Es wurde, wie schon früher, auf die Mobilisierungsmöglichkeiten des MWD gesetzt. Das wird auch dadurch belegt, dass man angesichts zu vieler ITL (die Einrichtung eines weiteren ITL konnte nicht automatisch die Aufmerksamkeit der Ministeriumsspitze auf sich ziehen, und folglich konnte man auch nicht mit dem Einsatz des Potentials des gesamten MWD oder eines wichtigen Teils rechnen, wenn Schwierigkeiten bei der Durchführung von Produktionsaufträgen entstanden) für die Durchführung von besonders wichtigen Aufgaben dazu überging, anstelle von ITL Produktionshauptverwaltungen oder -verwaltungen unter direkter Leitung des MWD zu gründen. Es war unwichtig, dass es sich dabei um Zwergverwaltungen handelte, denen gerade einmal ein kleines ITL mit wenigen Häftlingen unterstand. Wichtig war angesichts des vollständig zentralisierten Systems, dass die einzelnen Leiter innerhalb der Hierarchie direkten Zugang zur MWD-Führungsspitze hatten.

So wurde 1950 per Verfügung 1405-514s des Ministerrates der UdSSR vom 28. April 1950 "Über dringende Maßnahmen zur Unterstützung der Glimmerindustrie" die Verwaltung für Glimmerindustrie der SGU des MWD umgewandelt in die Hauptverwaltung für Glimmerförderung und -verarbeitung des MWD und dort ein ITL eingerichtet²¹⁷. Einen Monat später wiederholten sich die Ereignisse: Um den Asbestbedarf zu decken, wurde die aus dem Ministerium für Baustoffe ausgegliederte Zentralbehörde in die Hauptverwaltung der Lager in der Asbestindustrie des MWD umgewandelt und dort ein ITL eingerichtet²¹⁸. Um das neue, eben erst entdeckte Erdölvorkommen in Baschkirien und Tatarstan so schnell wie möglich zu erschließen und den Bau von Betrieben zur Produktion von künstlichem Brennstoff zu beschleunigen (zu der Zeit war noch nicht bekannt, dass das neue Erdölvorkommen über Ölvorräte verfügte, die die Produktion von künstlichem Brennstoff überflüssig machten), wurde 1951 die Hauptverwaltung der Lager für den Bau von erdölverarbeitenden Betrieben und Betrieben zur Herstellung flüssiger künstlicher Brennstoffe des MWD organisiert²¹⁹. Absurde Ausmaße nahm die Lage im Wasserbau an: Ende 1951 beschäftigte er fünf (!) Zentralbehörden und Verwaltungen unter der direkten Zuständigkeit des MWD.

Das alles erinnerte an die Krise von 1939-1940, allerdings war es viel schwieriger, einen Ausweg zu finden, da im Vergleich zur Vorkriegszeit das System aus wesentlich mehr Einheiten (Zentralbehörden, Verwaltungen usw.) bestand. Besonders große Schwierigkeiten in der Verwaltung waren auf der Ministerebene zu erwarten. Davon zeugt auch die Tatsache, dass Anfang 1953 als direkte Ansprechpartner für die Zentralbehörden und Verwaltungen des Lager-

²¹⁵ Folgende für die Lagerwirtschaft bedeutende Bauprojekte seien an dieser Stelle genannt: Weißmeer-Ostsee-Kanal, Baikal-Amur-Magistrale (BAM), Eisenbahnmagistrale Tschum – Nowy Port und deren Verlängerung Tschum – Salechard – Igarka.

²¹⁶ Mehr zu den unrealistischen Planvorgaben siehe z.B.: G. M. Ivanova: *GULAG v sisteme totalitarnogo gosudarstva* [Der GULAG im totalitären Staatssystem]. Moskau 1997. S. 119.

²¹⁷ Befehl 0288 des MWD vom 28.04.50.

²¹⁸ Verfügung des Ministerrats der UdSSR 2124–828s vom 20.05.50; Befehl 0361 des MWD vom 25.05.50.

²¹⁹ Verfügung des Ministerrats der UdSSR 3719–1726s vom 02.10.51; Befehl 0720 des MWD vom 06.10.51.

und Produktionskomplexes der Innenminister sowie sieben seiner acht Stellvertreter fungierten²²⁰.

Auch der ab 1948 einsetzende Arbeitskräftemangel innerhalb des MWD-Systems führt zu einer Verschlechterung der Lage. Für ein halbes Jahr – von April bis Oktober 1948 – blieb die Gesamtzahl der Häftlinge unverändert bei etwas unter 2,35 Mio. Personen (ohne Gefängnisinsassen und Transithäftlingen). Es setzte eine Umverteilung der Häftlinge zugunsten der Lager unter Zentralverwaltung ein. Von 1949 bis Frühjahr 1950 gab es nur geringe Zuwächse bei den Insassenzahlen (Quartalsdurchschnitt ca. 60.000 Personen gegenüber 130.000 Personen 1946-1947), wobei die Häftlinge ausschließlich in Lager unter Zentralverwaltung eingewiesen wurden. Seit Sommer 1950 musste das MWD die Arbeitskräfte immer stärker auf Großbetriebe und -bauten konzentrieren: Die Gesamtzahl der Häftlinge verringerte sich allmählich um durchschnittlich 10.000 Personen pro Quartal, und um den weiter steigenden Bedarf an Arbeitskräften für bedeutende Vorhaben zu decken, wurden die absoluten Insassenzahlen in den Haftanstalten der Territorialorgane reduziert (Abb. 2).

Da die menschliche Arbeitskraft schon immer die wichtigste Ressource der Lagerwirtschaft gewesen war, führte der Mangel daran diese fast in eine Katastrophe. Da die Häftlinge auf jegliche Technik verzichten mussten, konnte folglich weder die Arbeitsproduktivität erhöht noch die Arbeitszeit verkürzt werden. Nicht eine der großen Produktionsverwaltungen des MWD erfüllte 1951-1952 den Plan. Das System der Haftanstalten befand sich in einer tiefen Krise²²¹. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass sofort nach Stalins Tod ein grundlegender Umbau dieses Systems einsetzte.

Im Laufe eines Monats nach dem 5. März 1953 verabschiedete der Ministerrat der UdSSR mehrere äußerst folgenreiche Gesetze zum System der Haftanstalten.

Zunächst beendete die Verfügung 895-383ss des Ministerrates vom 25. März 1953 mehrere große Bauvorhaben, bei denen Häftlinge eingesetzt wurden und für die kein "dringender volkswirtschaftlicher Bedarf" bestand. Von den Stilllegungen waren solche militärstrategischen Bauvorhaben betroffen, wie der Turkmenische Hauptkanal, der Wolga-Ostsee-Kanal, die Eisenbahnstrecken in Nordwestsibirien, auf der Halbinsel Kola, im Gebiet Archangelsk, in den Regionen Krasnojarsk und Primorje, der Tunnel unter dem Tatarischen Sund, die Werke für künstlichen Brennstoff in Tschernogorsk und Aralitschewo u.a.²²². Laut Plan sollte 1953 der Gesamtumfang der Kapitalinvestitionen in diese Objekte ca. 3,5 Milliarden Rubel betragen²²³. Eine Kürzung von Bauvorhaben und Arbeitsumfang ähnlichen Ausmaßes hatte es bislang in der Geschichte der Sowjetunion nur zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges gegeben.

Danach wurden per Verfügung 832-370ss und 934-400ss des Ministerrates der UdSSR vom 18. respektive 28. März 1953 alle fünfzehn Produktionshauptverwaltungen und –verwaltungen des MWD, die über Lager verfügten, aufgelöst. Die Produktionseinrichtungen und –objekte wurden größtenteils an andere Ministerien übergeben, und die dazugehörenden ITL wurden gemeinsam mit den verbliebenen, meist kleineren Produktionsobjekten unter die Leitung der

²²⁰ A. I. Kokurin, N. V. Petrov: *Lubjanka. VČK-OGPU-NKVD-NKGB-MGB-MVD-KGB, 1917-1960. Spravočnik*. Moskau 1997. S. 70–72.

²²¹ G. M. Ivanova: *GULAG v sisteme totalitarnogo gosudarstva* [Der GULAG im totalitären Staatssystem]. Moskau 1997. S. 142–144. Mehr zu den Wirtschaftsergebnissen des NKWD-MWD siehe ebenda. S. 82–147.

²²² Verfügung des Ministerrats 895–383ss vom 25.03.53 (zum Vorhaben dieser Verfügung siehe *Istoričeskij archiv* [Historisches Archiv]. Nr. 4, 1996. S. 142).

²²³ *Istoričeskij archiv* [Historisches Archiv]. Nr. 4, 1996. S. 140–142.

Hauptverwaltung der Lager (GULAG) gestellt. Die Leitung der Sonderlager und der Lager für verurteilte Kriegsverbrecher wurde der Gefängnisverwaltung des MWD übertragen²²⁴. Am 2. April wurden folgende Behörden aus dem MWD an die Justizministerien übergeben: "die Hauptverwaltung für die Besserungsarbeitslager und -kolonien (GULAG), die Abteilung für Kinderkolonien (ODK), die Verwaltungen und Abteilungen für die Besserungsarbeitslager und -kolonien (UITLK-OITK) und die Abteilungen für Kinderkolonien (ODK) in den Republiken, Regionen und Gebieten ... sowie die Besserungsarbeitsinspektionen mit allen dazugehörenden Ämtern und Unterabteilungen sowie Industriebetrieben, Bauunternehmen und Hilfswirtschaften, ebenfalls die Lehranstalten zur Ausbildung von Fachkräften für das System der Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager und -kolonien"²²⁵. Das war gleichermaßen der Rückkehr des sowjetischen Lagersystems zu seinen Anfängen, als es noch nicht über eigene wirtschaftliche Großprojekte verfügte.

Entscheidenden Einfluss auf das Lagersystem hatte auch der Amnestieerlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 27. März 1953, wonach innerhalb von drei bis vier Monaten Personen mit einer Haftstrafe von bis zu fünf Jahren wegen Dienstvergehen, Wirtschafts- und einiger Kriegsverbrechen sowie Schwangere und Frauen mit Kleinkindern, Minderjährige, ältere Männer und Frauen sowie unheilbar Kranke entlassen wurden. Verurteilte wegen konterrevolutionärer Verbrechen wurden von der Amnestie nicht erfasst²²⁶.

Damit beendete das MWD sein Dasein als Produktionsorganisation. Die Zahl der Lager nahm drastisch ab. Anfang März 1953 existierten oder befanden sich im Stadium der Einrichtung: 175 ITL, Sonderlager und einzelne Lagerabteilungen. Bis Anfang Mai sank ihre Zahl auf 81 und bis Ende 1953 auf 68²²⁷. Dasselbe Bild bot sich auch bei der Insassenzahl. Am 1. Januar 1953 waren 2.472.247 Personen in den Lagern und Kolonien inhaftiert sowie weitere 152.614 in den Gefängnissen. Am 1. Juli 1953 befanden sich in den Lagern und Kolonien des GULAG des Justizministeriums 1.044.420 Gefangene sowie rund 250.000 Personen in den Lagern und Gefängnissen der Gefängnisverwaltung des MWD²²⁸.

Zur selben Zeit machte Innenminister Lawrenti P. BERIJA den Vorschlag, "die Strafgesetzgebung zu ändern, das Strafmaß für einige Wirtschafts-, Dienst-, Alltags- und andere weniger gefährliche Verbrechen durch Verwaltungs- und Disziplinarmaßnahmen zu ersetzen und ebenfalls das Strafmaß für bestimmte Verbrechen zu mildern". Die Notwendigkeit dieses Schrittes begründete er damit, dass, "wenn dies unterlassen wird, die Gesamtzahl der Häftlinge innerhalb von ein bis zwei Jahren erneut 2,5-3 Mio. Personen betragen wird"²²⁹. Er machte auch den Vorschlag, die Rechte des Sonderausschusses beim MWD einzuschränken²³⁰. Gleichzeitig begann man auf Initiative des MWD die ersten politischen Häftlinge freizulassen²³¹.

²²⁴ Befehl 0013 des MJu vom 02.04.53; GARF. F. 9401. Op. 2. D. 416. L. 9–12; *Istoričeskij archiv* [Historisches Archiv]. Nr. 4, 1996. S. 138–139, 151.

²²⁵ Befehl 0013 des MJu vom 02.04.53.

²²⁶ *Pravda* vom 28. März 1953.

²²⁷ Befehl 0038 des MJu vom 29.04.53; GARF. F. 9414. Op. 1. D. 205. L. 23–24; D. 728. L. 728.

²²⁸ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2877. L. 140; D. 1310. L. 38.

²²⁹ *Istoričeskij archiv* [Historisches Archiv]. Nr. 4, 1996. S. 145. Die Präsidiumserlasse des Obersten Sowjets über die Strafmilderung in einer Reihe von Verbrechen wurden erst in den Jahren 1954–1956 und nach der Erschießung Lawrenti P. Berijas angenommen.

²³⁰ Ebenda. S. 160–161. Nach der Verhaftung Berijas wurde der Sonderausschuss komplett abgeschafft (siehe Präsidiumserlass des Obersten Sowjets der UdSSR vom 1. September 1953 In: *Sbornik zakonodatel'nych aktov o*

Neben vielen politischen Ursachen war der Hauptgrund offensichtlich die niedrige Arbeitsproduktivität der Häftlinge²³² und die sich daraus ergebende Unrentabilität der meisten Lager²³³, was unter den neuen Bedingungen nicht mehr tragbar war.

Ab Juli 1953 setzte jedoch eine Gegenentwicklung ein. Am 1. Oktober stieg die Häftlingszahl in den Lagern und Kolonien um 11.000 und im folgenden Quartal um knapp weitere 80.000²³⁴. Im Januar 1954 wurde beschlossen, die Hauptverwaltung der Lager (GULAG) an das MWD zurückzugeben²³⁵, nur kurze Zeit später wurden die Sonderlager von der Gefängnisverwaltung an den GULAG übergeben²³⁶.

Allmählich wurden die Lager- und Produktionskomplexe teilweise wiederhergestellt. Als erster Schritt wurden dafür die Leitungen der produktiven und ihr zuarbeitenden Lagerstrukturen zusammengeführt und in Personalunion geleitet. Zum Lagerleiter wurde der Leiter der Wirtschaftseinheit ernannt. So stand im September 1953 I. L. MITRAKOW, Leiter des Dalstroi des Ministeriums für Hüttenindustrie, an der Spitze der erneut eingerichteten Verwaltung der Nordöstlichen Besserungsarbeitslager des Ministeriums für Justiz, der jene Lager angehörten, aus denen sich die Arbeitskräfte des Dalstroi rekrutierten (siehe: VERWALTUNG DER NORDÖSTLICHEN BESSERUNGSLAGER)²³⁷. Per Verfügung 408-178ss des Ministerrates der UdSSR vom 10. März 1954 wurden aus dem Ministerium für Mittleren Maschinenbau (MSM oder MinSredMasch) die Produktionseinheiten des GlawPromStroi und des GlawSpezStroi, in denen Häftlinge und militärische Bautrupps des MWD arbeiteten, an das MWD übergeben²³⁸. Die Lager wurden weiterhin von der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) geleitet, aber zu ihren Leitern wurden die Leiter der entsprechenden Bauvorhaben in Personalunion ernannt²³⁹.

Im nächsten Schritt wurden die Lager nun den wieder zum MWD gehörenden Produktionshauptverwaltungen unterstellt, wobei diese anfangs nur für Produktionsfragen zuständig waren. Am 24. Februar 1954 wurde die Hauptverwaltung der Lager in der Forstwirtschaft wiedereingerichtet, und sämtliche Waldlager wurden ihr übergeben (siehe: HAUPTVERWALTUNG DER LAGER IN DER FORSTWIRTSCHAFT), im Februar 1955 wurden dem GlawPromStroi und GlawSpezStroi Lager unterstellt²⁴⁰.

Im Februar 1955 unternahm das Lagersystem einen letzten Versuch, um sich der landesweiten Kampagne zu widersetzen. In Kasachstan wurde auf Neulandgebiet ein ITL für den Bau von

repressijach i reabilitacii žertv političeskich repressij [Gesetzessammlung über Repressionen und die Rehabilitierung von Opfern politischer Repressionen]. Moskau 1993. S. 71).

²³¹ Siehe z.B.: *Istoričeskij archiv* [Historisches Archiv]. Nr. 4, 1996. S. 136, 137, 140, 152.

²³² Etwa 30% der Gefangenen, die zu allgemeinen Arbeiten eingesetzt wurden, erfüllten nicht die Arbeitsnorm (GARF. F. 9401. Op. 1a. D. 503. L. 437).

²³³ Siehe z.B.: GARF. F. 9414. Op. 1. D. 180. L. 3, 18.

²³⁴ Ebenda. D. 1310. L. 38. Nach Aussage des Leiters der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) I. I. Dolgich "begingen der Großteil der amnestierten Gefangenen bereits nach kurzer Zeit erneut eine Straftat, wofür sie wieder ins Lager kamen" (Ebenda. F. 9401. Op. 1a. D. 543. L. 487ob).

²³⁵ Verfügung 109–65ss des Ministerrats der UdSSR vom 21.01.54; Befehl 005/0041 des MJu und MWD vom 28.01.54.

²³⁶ Befehl 0095 des MWD vom 08.02.54.

²³⁷ Befehl 00202 des MJu vom 03.09.53.

²³⁸ Befehl 265ss/00217 des Ministeriums für Mittleren Maschinenbau (MSM) und des MWD vom 16.03.54.

²³⁹ Befehl 0196 des MWD vom 10.04.54.

²⁴⁰ Befehl 0054 des MWD vom 03.02.55; Befehl 0056 des MWD vom 02.02.55.

Sowchosen und Getreidespeichern eingerichtet (siehe: ITL UND BAU VON SOWCHOSEN UND GETREIDESPEICHERN)²⁴¹.

Mit der veränderten Organisationsstruktur ging auch eine Veränderung der Lagerproduktion nach Industriezweigen einher. Anfang 1954 waren von 68 Lagern fast 2/3 (42 Lager) in der Holzindustrie, im Bau von "Atom-" und anderen Militärobjecten und für den Dalstroi beschäftigt. Verglichen mit Anfang 1953 war die Zahl der Lager, die Bauvorhaben für die chemische Industrie und die Eisenbahn realisierten oder in der Goldförderung und im Wasserbau eingesetzt wurden, drastisch gesunken. Die o.a. Industriezweige ausgeschlossen, wurden die auf Zivil- und Industriebau spezialisierten Lager vollständig aufgelöst. Ende 1954 waren mehr als 75% der Lagerunterabteilungen und Häftlinge in der Holzbeschaffung, im Atombau und im Dalstroi konzentriert. Von vierzehn neu eröffneten Lagerunterabteilungen gehörten zwei zur GULLP und zehn stellten Arbeitskräfte für den GlawPromStroi und GlawSpezStroi bereit. Die Gesamtzahl der Lager blieb mit 65 am 31. Dezember 1954 nahezu unverändert.

Die rückläufige Bewegung war weder konsequent noch hielt sie an. Nur zwei Monate, nachdem die Lager für Atombau an den GlawPromStroi übergeben worden waren, wurden seine eigenen Produktionseinrichtungen dem Ministerium für Mittleren Maschinenbau zurückgegeben, und die Lager wurden wieder von der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) geleitet²⁴². Nach den Lageraufständen 1953-1954 wurden die Sonderlager bereits im Sommer 1954 aufgelöst. In der "Verordnung über die Besserungsarbeitslager und -kolonien des Innenministeriums der UdSSR" fehlen Sonderlager, trotzdem ist davon die Rede, Verurteilte wegen konterrevolutionärer Verbrechen von den übrigen Häftlingen zu isolieren²⁴³. Gleichzeitig mit dem gemeinsamen Befehl mehrerer Behörden, der "in Ausführung des Beschlusses der Direktivorgane" ausgegeben wurde, begann man, sämtliche Strafrechtsverfahren wegen konterrevolutionärer Verbrechen²⁴⁴ zu überprüfen und das Strafmaß für weitere Häftlingskategorien zu mildern²⁴⁵. In der Folgezeit sank die Gesamtzahl der Häftlinge von 1.360.303 am 1. April 1954 auf 1.075.280 am 1. Januar 1955²⁴⁶.

Ab Mitte 1955 begannen die Regierung und die Führung des MWD, wenn auch nicht immer konsequent, mit der Dezentralisierung des Systems der Haftanstalten. Das zeigte sich sowohl in der geänderten Zuständigkeit der republikanischen Innenministerien für die ITL als auch in der Auflösung der Lagerverwaltungen und der Übergabe ihrer Lagerunterabteilungen an Territorialorgane, wobei die Häftlingszahlen relativ stabil blieben²⁴⁷. So wurden im Oktober 1955 die auf dem Gebiet der ASSR der Komi stationierten Lager in die Zuständigkeit des Innenministeriums dieser Sowjetrepublik übergeben²⁴⁸, und Ende des Jahres wurden vier

²⁴¹ Befehl 0071 des MWD vom 10.02.55.

²⁴² Befehl 00135 des MWD vom 24.03.55.

²⁴³ Befehl 00610 des MWD vom 17.07.54. Über die Auswirkungen der Lageraufstände in den Sonderlagern auf deren Schicksal siehe N. G. Ochotin: Oтраженіе лагерьных восстаний 1953–1954 в документах Политбюро ЦК КПСС [Die Lageraufstände von 1953–1954 im Spiegel der Dokumente des Politbüros des ZK der KPdSU]. In: *Volja: Žurnal uznikov totalitarnych sistem* [Freiheit: Zeitschrift der Häftlinge totalitärer Systeme]. 1994. Nr. 2/3. S. 200–203.

²⁴⁴ Befehl 96ss/0016/00397/00252 des Generalstaatsanwaltes, des MJu, MWD und KGB vom 19.05.54.

²⁴⁵ Siehe Erlasse des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 24.04.54 und 14.07.54.

²⁴⁶ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 1310. L. 43.

²⁴⁷ Bis Anfang 1959 schwankte die Gefangenenanzahl: von 840.000 (Anfang 1958) bis über eine Million (Anfang 1959) (GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2877. L. 178).

²⁴⁸ Befehl 00396 des MWD vom 07.10.55.

Waldlager (UNSCHA-ITL, WJATSKER ITL, KARGOPOL-ITL und MECHRENG-ITL) unter die Zuständigkeit des MWD der RSFSR unterstellt²⁴⁹. Das Bemühen um die Reduzierung der Lager zeigte sich z.B. in der Schließung von erst kürzlich eingerichteten Lager des GlawSpezStroi. Ende 1955 blieben von sieben zwei erhalten, und selbst die wurden, wie auch die Hauptverwaltung (siehe: HAUPTVERWALTUNG FÜR SPEZIALBAU DES MWD DER UDSSR), im folgenden Jahr aufgelöst. Bis Oktober 1956 blieben 37 Lagerabteilungen unter Zentralverwaltung und Besserungsarbeitslager übrig. Es sei angemerkt, dass zu den bis Ende 1957 aufgelösten Lagern auch das bekannte NORILSKER und das NORDÖSTLICHE ITL gehörten²⁵⁰.

Diese Auflösungsbemühungen wurden in der Verfügung 1443-719s des ZK der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR vom 25. Oktober 1956 festgehalten, die eingestand, dass "der weitere Bestand der ITL des MWD der UdSSR unzweckmäßig ist, da die wichtigste Staatsaufgabe, nämlich die Umerziehung der Häftlinge durch Arbeit, von ihnen nicht erfüllt wird". Die Verfügung sah die Übergabe sämtlicher Besserungsarbeitslager des MWD der UdSSR an die MWD in den einzelnen Unionsrepubliken (nach territorialer Zugehörigkeit) und deren anschließende Umwandlung in Besserungsarbeitskolonien vor. Einen Tag später erhielt die Hauptverwaltung eine neue Bezeichnung: Hauptverwaltung der Besserungsarbeitskolonien (GUITK) des MWD der UdSSR²⁵¹.

Aber dem Lagersystem war eine ungeheure Trägheit zueigen, und es existierte noch mehrere Jahre. Außerdem wurde 1957 das ORLOWKA-ITL in der Region Krasnojarsk, 1958 die PAWLOWSKER LAGERABTEILUNG im Gebiet Moskau eingerichtet, und Anfang 1957 wurde umgekehrt ein Teil der Lager unmittelbar der GUITK des MWD der UdSSR unterstellt²⁵², sodass erst im November 1957 dem MWD der RSFSR sämtliche auf dem Gebiet der Unionsrepublik befindlichen Lager unterstellt wurden²⁵³.

1958-1959 beschränkte sich die Rolle der GUITK im Wesentlichen auf die Koordination der republikanischen Haftanstalten. Die Zahl der großen Lagereinrichtungen nahm weiter ab, und Ende 1959 gab es nur noch 25 Lager. 1959 war auch das Jahr, als sich zum vierten Mal in der Geschichte des Lagersystems die Gefangenenzahl beträchtlich reduzierte, nämlich um das rund 1,5-fache²⁵⁴.

Am 13. Januar 1960 wurden auf Präsidiumserlass des Obersten Sowjets sowohl die Hauptverwaltung der Besserungsarbeitskolonien (GUITK) des MWD der UdSSR als auch das sowjetische Innenministerium aufgelöst²⁵⁵. Die zentralisierte Leitung über alle Haftanstalten hatte landesweit für einige Zeit aufgehört zu existieren.

²⁴⁹ Befehl 00442 des MWD vom 14.11.55; Befehl 00484 des MWD vom 14.12.55.

²⁵⁰ Die Schließung dieser Lager kam praktisch einer Absage an die Erschließungspolitik unbesiedelter Regionen mithilfe von Gefangenen gleich.

²⁵¹ Befehl 500 des MWD vom 27.10.56.

²⁵² Befehl 075 des MWD vom 31.01.57.

²⁵³ Befehl 0622 des MWD vom 10.11.57.

²⁵⁴ GARF. F. 9414. Op. 1. D. 2877. L. 141.

²⁵⁵ Befehl 020 des MWD vom 25.01.60.

* * *

Die Analyse der Entwicklung des Systems der Haftanstalten gestattet nach Auffassung der Autoren, seine Geschichte in mehrere Abschnitte einzuteilen.

1918-1922: "die Zeit des Bürgerkriegs", die gekennzeichnet ist von organisatorischem Chaos und dem erbitterten Kampf mehrerer Behörden um die Führung über die Haftanstalten angesichts einer allgemein schwachen Staatsmacht, fehlender Organisation in Wirtschaft und Transportwesen, Hungersnot und massenhafter Arbeitslosigkeit. In dieser Zeit wurden erste Versuche unternommen, grundlegende Verordnungen des sowjetischen Strafvollzugs zu formulieren. Für die weitere Entwicklung des Systems wurde die Wirtschaftlichkeit der Haftanstalten zur wichtigsten Richtlinie.

1923-1929 kann man mit Einschränkungen als die Zeit der "republikanischen GUMS" bezeichnen, da sie fast sämtliche Haftanstalten im Land leiteten. Den Auftakt bildeten die Verfügung des Rates der Volkskommissare der RSFSR vom 25. Juli 1922 und die gemeinsame Verfügung des Volkskommissariats für Justiz und des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten der RSFSR vom 12. Oktober 1922, wonach alle Haftanstalten der RSFSR unter die Leitung der Hauptverwaltung für Haftanstalten (GUMS) des NKWD der RSFSR gestellt wurden. Diese GUMS war aus der Zentralen Besserungsarbeitsabteilung des NKJu hervorgegangen und führte zur Auflösung der Hauptverwaltung für Zwangsarbeiten des NKWD der RSFSR sowie ihrer Zwangsarbeitslager. Kennzeichnend für diese Epoche ist die relativ dezentralisierte Organisationsstruktur des Systems der Haftanstalten, während die grundlegenden Leitungsfunktionen sowie die materielle Versorgung den lokalen Organen übertragen wurden. Es wird der (misslungene) Versuch unternommen, gleichzeitig zwei Aufgaben zu lösen: dem Großteil der Häftlinge jene Arbeitsfertigkeiten zu vermitteln, die ihnen nach ihrer Entlassung zunutze sein könnten, und durch produktive Arbeit der Häftlinge die Wirtschaftlichkeit der Haftanstalten zu erreichen. Von Zeit zu Zeit werden Bemühungen unternommen, die Zahl der Gefangenen zu reduzieren. Das geschieht vor dem Hintergrund einer weiterhin bestehenden Arbeitslosigkeit und einer relativen wirtschaftlichen Selbstständigkeit der Wirtschaftsakteure. Parallel dazu erstarkt unter der Ägide der OGPU der Keim des Lagersystems – das SOLOWEZKI-ITL.

1930-1940: - "die Epoche des GULAG", die mit der Verfügung des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 11. Juli 1929 "Über den Arbeitseinsatz krimineller Häftlinge" und der darauf folgenden Organisation erster ITL eingeleitet wird. Es ist die Entstehungs- und Expansionszeit des Lagersystems, als große Lager das Hauptelement der allgemeinen Organisationsstruktur der Haftanstalten werden. Die Häftlinge werden als strategische Arbeitskraftquelle und die OGPU-NKWD als wichtigstes Wirtschafts- und Volkskommissariat angesehen, das wichtige staatliche Produktionsprojekte realisiert. Hauptaufgabe ist es, den maximalen Nutzen durch Häftlingsarbeit zu erhalten. Eine kontinuierliche Zentralisierung der Führung des Vollzugssystems findet statt, sodass diese Epoche in zwei Abschnitte zerfällt, deren Zäsur im Herbst 1934 die Zeit der Konzentration sämtlicher Haftanstalten unter der Ägide der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) bildet. Kennzeichnend für diese Zeit ist die aktive Suche nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen dem Lager- und Produktionssektor. Die Entwicklung des Vollzugssystems vollzieht sich unter den Bedingungen einer entstehenden zentralisierten Planwirtschaft, eines immer härteren Kampfes in den obersten Machtkreisen sowie regelmäßiger Massenverfolgungen (Kollektivierung, Massendeportationen 1937-1938).

1941-1953: "die Epoche des Lager- und Produktionskomplexes". Sein Beginn ist mit der Februarreform von 1941 verbunden, als das NKWD aufgeteilt wurde in NKGB (Staatsicherheit) und das stark wirtschaftlich ausgeprägte NKWD, innerhalb dessen mehrere Lager- und Produktionshauptverwaltungen entstehen. Deutlich sind die "Kriegszeit" (Juli 1941 bis Herbst 1946), der "Wiederaufbau" (Ende 1946 bis 1948) und die "Zeit der größten Ausdehnung" (1949 bis März 1953) auszumachen. Ungeachtet aller Kriegerschütterungen ist das die Zeit, als sich der Lager- und Produktionskomplex endgültig als einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren des Landes herausbildet. Kennzeichnend für ihn ist die innige Verflechtung von Lager- und Produktionseinrichtungen auf allen Hierarchieebenen.

1953-1960. Der letzte Zeitabschnitt, der mit Stalins Tod einsetzte und mit der Auflösung des sowjetischen MWD ungefähr beendet war (die weitere Entwicklung des Vollzugsystems sprengt den historischen Zeitrahmen der vorliegenden Untersuchung), kann als Übergangszeit bezeichnet werden. Der Lager- und Produktionskomplex verfällt in diesen Jahren zusehends, teilweise ist eine Rückkehr zu alten Organisationsformen zu beobachten, und es beginnt die Suche nach einem neuen Platz und einer neuen Rolle für das System der Haftanstalten innerhalb des Staates.

TERRITORIALVERWALTUNGEN VON HAFTANSTALTEN. DAS GEFÄNGNISSYSTEM

1. Territorialverwaltungen / Abteilungen der Haftanstalten

Vor der Entstehung der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) wurden die Haftanstalten in der UdSSR vorrangig territorial verwaltet. Am 15. Dezember 1930 wurden die territorialen Unterabteilungen der Hauptverwaltungen für Haftanstalten (GUMS) des NKWD der Unionsrepubliken umstrukturiert in Gebiets-, bzw. Regionsverwaltungen der Besserungsarbeitseinrichtungen (ITU). Sie wurden nunmehr den Hauptverwaltungen der Besserungsarbeitseinrichtungen unterstellt, die innerhalb der Volkskommissariate für Justiz (NKJu) der Unionsrepubliken gebildet worden waren. Auf Grund der Verfügung des Zentralen Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 27. September 1934 wurden die Besserungsarbeitseinrichtungen der NKJu den territorialen NKWD-Organen übertragen. Für ihre Leitung wurde innerhalb des GULAG die Abteilung für Haftanstalten geschaffen sowie für die unmittelbare Leitung in den Regionen die Abteilungen für Haftanstalten in den NKWD der Unionsrepubliken und den NKWD-Verwaltungen der autonomen Republiken, Regionen und Gebiete [1]. Am 8. Mai 1935 wurden die Funktionen der Abteilungen für Haftanstalten erheblich erweitert. In ihre Zuständigkeit fielen jetzt auch die Arbeitssiedlungen und acht Besserungsarbeitslager. (Unmittelbar dem GULAG unterstellt blieben die Besserungsarbeitslager BAIKAL-AMUR, DMITROW, UCHTA-PETSCHORA, TEMNIKOWSKI und das WEISSMEER-OSTSEE-ITL) [2]. In den NKWD-Verwaltungen des Gebiets Leningrad, und der Regionen Fernost, Westsibirien, Nord und Gorki, der Kasachischen ASSR sowie im NKWD der Usbekischen SSR wurden Abteilungen für Lager, Arbeitssiedlungen und Haftanstalten eingerichtet. In der NKWD-Verwaltung der Region Stalingrad entstand eine Abteilung für Lager und Haftanstalten. In den NKWD-Verwaltungen der Gebiete Swerdlowsk, Orenburg, Tscheljabinsk und Omsk sowie der Regionen Ostsibirien, Nordkaukasus, Kirow, Krasnojarsk und Kuibyschew, der Baschkirischen, Kirgisischen und Jakutischen ASSR sowie innerhalb des NKWD der Ukrainischen und Tadschikischen SSR wurden Abteilungen für Arbeitssiedlungen und Haftanstalten gegründet. In den übrigen Territorien blieben die Abteilungen für Haftanstalten bestehen. Am 21. Oktober 1937 wurden alle Besserungsarbeitslager wieder unmittelbar dem GULAG unterstellt [3].

Ab dem 1. Januar 1939 wurden die Gefängnisse aus den lokalen Verwaltungen und Abteilungen der Haftanstalten in die Gefängnisabteilungen des NKWD und der NKWD-Verwaltungen überführt. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die am 21. Dezember 1938 bestehenden Verwaltungen und Abteilungen der Haftanstalten in Abteilungen für Besserungsarbeitskolonien, Besserungsarbeiten und Arbeitssiedlungen (OITK) umstrukturiert [4]. Danach wurden etliche dieser Abteilungen und Unterabteilungen immer wieder in Verwaltungen für Besserungsarbeitslager und –kolonien (UITLK) umgewandelt. Dies geschah, sobald die Häftlingszahl soweit angestiegen war, um den Status dieser Unterabteilungen zu erhöhen, oder nachdem in den entsprechenden Territorien Besserungsarbeitslager (oder Lagerabteilungen) entstanden waren, die den territorialen GULAG-Organen unterstanden. Von 1939 bis 1942 fand die Abkürzung für Besserungsarbeitslager „ITL“ Eingang in einige ihrer Bezeichnungen, z. B. „Verwaltung der Kola-ITL und -ITK der NKWD-Verwaltung im Gebiet Murmansk“. Die Struktur dieser territorialen Organe war ziemlich flexibel, und es fanden auch Wechsel in umgekehrter Richtung statt (aus Verwaltungen – UITLK – wurden Abteilungen – OITK). Mitunter, wenn die Gefangenenzahl relativ klein war, machte man aus den Abteilungen für Besserungsarbeitskolonien kleinere Verwaltungseinheiten, gelegentlich auch noch kleinere territoriale Unterabteilungen – Inspektionen der Besserungsarbeitskolonien. 1956, als die „Hauptverwaltung der Lager“ („GULAG“) in „Hauptverwaltung für Besserungsarbeits-

kolonien“ („GUITK“) umbenannt wurde, wurde das Wort „Lager“ aus den Bezeichnungen der territorialen GUITK-Organen entfernt (obwohl einigen von ihnen die Besserungsarbeitslager selbst unterstellt waren). Die UITLK wurden nunmehr als UITK bezeichnet. 1959 wurden sie wieder umbenannt, und zwar in Verwaltungen und Abteilungen für Haftanstalten (UMS und OMS).

Im Zeitraum von 1943 bis einschließlich 1955 unterstanden folgende Besserungsarbeitslager den territorialen GULAG-Organen: ALDAN, AMUR, BALEI, BERJOSOWSKI, BIRA, BOGOSLOWSKI, BODAIBO, BUREPOLOMSKI, WANINO, DSCHIDA, DSCHUGDSCHUR, DONLAG, JENISSEI, das KASPISCHE ITL, KITOI, KLJUTSCHEWSKI, KUSJA, das MOSKAU-KOEHLE-ITL, NEFTESTROILAG, die ITL UNTERER AMUR, PONYSCH, PRIMORJE, SACHALIN, SWIR, SWOBODNY, SREDNE-BELAJA, das ITL UND DER BAU VON SOWCHOSEN UND GETREIDESPEICHERN, der BAU 201 UND ITL, die ITL TAGIL, TAISCHET, TOMSK, TOM-USSINSKI, TUIMASY, UMALTA, URAL, USSOLJE, das CHAKASSISCHE ITL, TSCHELJABINSK, das TSCHERNOGORSKER SONDER-ITL, TSCHISTJUNGSKI, SCHACHTY und JAGRINSKI, etliche Lagerabteilungen und Einzellagerpunkte, die wirtschaftlich der SGU (Sonderhauptverwaltung der Hauptverwaltung für Buntmetallurgie) des MWD unterstellt waren (1947-1953). 1946 fiel auch das Prüf- und Filtrationslager Nr. 283 in Stalinogorsk in die Zuständigkeit der UITLK der MWD-Verwaltung im Gebiet Moskau.

Die territorialen Unterabteilungen waren unmittelbar dem GULAG unterstellt. Sie existierten de facto in jedem Gebiet der RSFSR (s. Tab. 1) seit Anbeginn. Einzige Ausnahme war das Gebiet Magadan, wo bis 1957 alle Haftanstalten (außer dem UFERLAGER) der Verwaltung der Nordöstlichen Besserungsarbeitslager zugeordnet waren. In den anderen Unionsrepubliken wurden die territorialen Unterabteilungen unmittelbar auf Republikenebene geschaffen und unterstanden den entsprechenden Abteilungen (Verwaltungen) des GULAG des NKWD-MWD (bzw. von 1953-1954 dem Justizministerium) der UdSSR. In der Ukraine, in Kasachstan und in Weißrussland entstanden in den Nachkriegsjahren immer wieder Gebietsunterabteilungen der ITK (in den einzelnen Gebieten), die den jeweiligen UITLK der Republiken unterstellt waren.

Im folgenden werden die Daten der Einrichtung und Schließung sowie die Postanschriften der Territorialorgane des GULAG aufgeführt (ein Strich im Feld „Schließung“ besagt, dass die Einrichtung am 1. Januar 1960 noch existierte). Die Leitung der territorialen GULAG-Unterabteilungen hatte ihren Sitz in den Verwaltungszentren der Republiken, Regionen und Gebiete. Bis 1953 hatten diese Unterabteilungen meist keine Postanschriften, deshalb sind diese, von eigens vermerkten Ausnahmen abgesehen, mit Datum vom 30. Mai 1953 angegeben.

Tabelle 1. Verzeichnis der Territorialverwaltungen und –abteilungen der Besserungsarbeitseinrichtungen

	Einrichtung	Schließung	Postanschrift ¹
RSFSR²			
Region Asow-Schwarzes Meer	1934	1937	?
Region Altai	1937	—	Barnaul, PF UB-14, PF 14 {15}
Region Amur	1949	—	Blagoweschtschensk, PF UB-14
Gebiet Arsamas	1954	1957	Arsamas, PF ? ³
Gebiet Archangelsk	1937	—	Archangelsk, PF UG-42, PF 115 {15}
Gebiet Astrachan	1944	?-	Astrachan, PF UD-249
Gebiet Balaschow	1954	1957	Balaschow, PF JuR-320 [5]
Baschkirische ASSR	1934	—	Ufa, PF UJe-394; PF 110 {15}
Gebiet Belgorod	1954	—	Belgorod, PF JuS-321 [7]
Gebiet Brjansk	1944	—	Brjansk, PF OB-21
Burjat-Mongolische ASSR	1937	—	Ulan-Ude, PF OW-94
Gebiet Welikije Luki	1944	1957	Welikije Luki, PF OG-27
Gebiet Wladimir	1944	—	Wladimir, PF OD-1
Gebiet Wologda	1937	—	Wologda, PF OJe-256
Gebiet Woronesch	1934	—	Woronesch, PF OSch [OЖ]-118
Region Ostsibirien	1934	1937	?
Gebiet Gorki	1936	—	Gorki, Hauptpostamt, PF US-62; PF 62 {15}
Region Gorki	1934	1936	?
Gebiet Grosny	1944	1957	Grosny, PF IS-36
Dagestanische ASSR	1937	—	Machatschkala, PF OI-92
Region Fernost	1934	1938	?
Gebiet West	1934	1937	?
Region Westsibirien	1934	1937	?
Gebiet Iwanowo	1934	—	Iwanowo, PF OK-3

¹ Die Buchstaben in der Nummer des PF entsprechen dem Lagerkode der Besserungsarbeitseinrichtung.

² In der RSFSR existierten bis 1957 auf Republikebene keine zentralen Verwaltungsorgane für Haftanstalten.

³ In den untersuchten Dokumenten war die Anschrift nicht zu finden. Die Gebiete Arsamas, Belgorod, Balaschow, Kamenski und Lipezk entstanden zu gleicher Zeit. Die Postfachnummern der Abteilungen für Besserungsarbeitskolonien (OITK) der MWD-Verwaltung der vier letztgenannten Gebiete waren jeweils JuR-320, JuS-321, JuT-322 und JuU-323. Möglicherweise hatte die OITK der MWD-Verwaltung im Gebiet Arsamas die Postfachnummer JuP-319.

Gebiet Irkutsk	1937	—	Irkutsk 3, PF UK-272; PF 272 {11}
ASSR der Kabardiner und Balkaren	1937	1944	Naltschik, PF OL-49 [6]
Kabardinische ASSR	1944	1957	Naltschik, PF OL-49
Kasachische ASSR	1934	1936	?
Gebiet Kaliningrad	1946	—	Kaliningrad, PF OM-216
Gebiet Kalinin	1934	—	Kalinin, PF ON-55
Kalmückische ASSR	1937 1957	1944 —	?
Gebiet Kaluga	1944	—	Kaluga, PF IT-55 [6]
Gebiet Kamenski	1954	1957	Schachty, PF JuT-322 [8]
Gebiet Kamtschatka	1957	?-	Petropawlowk-Kamtschatski, PF JuF-326 [6]
Kara-Kalpakische ASSR	1934	1936	?
Karelische ASSR	1938 1956	1940 —	Petrosawodsk, PF UM-220 [6]
Gebiet Kemerowo	1943	—	Kemerowo, PF UN-1612
Kirgisische ASSR	1934	1936	?
Gebiet Kirow	1936	—	Kirow, PF OR-216
Region Kirow	1934	1936	?
ASSR der Komi	1937	—	Syktiwkar, PF OS-34
Gebiet Kostroma	1944	—	Kostroma, PF OT-15
Region Krasnodar	1937	—	Krasnodar, Hauptpostamt, PF UO-68
Gebiet Krasnojarsk	1934	1935	?
Region Krasnojarsk	1935	—	Krasnojarsk, PF UP-288; PF 288 {15}
Krim ASSR	1934	1945	?
Gebiet Krim	1945	1954	Simferopol, PF OU-85
Gebiet Kuibyschew	1936	—	Kuibyschew, PF UR-65; PF 65 {15}
Region Kuibyschew	1935	1936	?
Gebiet Kurgan	1943	—	Kurgan, PF OF-73
Gebiet Kursk	1934	—	Kursk, PF Och [OX]-30
Gebiet Leningrad	1954	—	Leningrad 63, PF US-20; PF 20 {11}
Gebiet Lipezk	1954	—	Lipezk, PF JuU-323 [9]

Gebiet Magadan	1957	—	Magadan, PF AW-261 [6]
ASSR der Mari	1937	—	Joschkar-Ola, PF Osch [OIII]-25
Gebiet Molotow	1940	1957	Molotow, PF UT-389; PF 389 {15}
Mordwinische ASSR	1937	—	Saransk, PF OE-20
Gebiet Moskau	1934	—	Moskau 9, PF UU-163; ul. Tschernyschewskowo, 26 {11}; ul. Gerzena, 8 {17}
Gebiet Murmansk	1938	—	Murmansk, PF OJu-241; PF 241 {11}
Wolga-Deutsche ASSR	1937	1941	?
Gebiet Nowgorod	1944	—	Nowgorod, PF OJa-22
Gebiet Nowossibirsk	1937	—	Nowossibirsk 15, PF UF-91; PF 247 {11}
Gebiet Omsk	1934	—	Omsk, PF UCh [YX]-16; PF 16 {15}
Region Ordschonikidse	1937	1944	Woroschilowsk {13}
Gebiet Orenburg	1934	1938	?
	1957	—	Orenburg, PF JuK-25 [6]
Gebiet Orjol	1937	—	Orjol, PF JaI-22
Gebiet Pensa	1939	—	Pensa, PF JaK-7
Gebiet Perm	1938	1940	Perm, PF UT-389 [6]
	1957	—	
Region Primorje	1938	—	Wladiwostok, PF UZ-267; 2-ja retschka, PF 267 {13}
Gebiet Pskow	1944	—	Pskow, PF JaL-61
Gebiet Rostow	1937	—	Rostow am Don, PF UTsch-398
Gebiet Rjasan	1937	—	Rjasan, PF JaM-401
Gebiet Saratow	1935	—	Saratow, PF USch [VIII]-382; PF 382 {15}
Region Saratow	1934	1935	?
Gebiet Sachalin	1947	—	Juschno-Sachalinsk, PF JuO-171
Gebiet Swerdlowsk	1934	—	Swerdlowsk, PF USchtsch [VIII]-349; PF 750 {15}
Region Nord	1934	1937	?
Region Nordkaukasus	1934	1937	?

Nordossetische ASSR	1937	—	Dsaudschikau, PF JaN-68
Gebiet Smolensk	1937	—	Smolensk, PF JaO-100
Region Stawropol	1944	—	Stawropol, PF JaP-17
Gebiet Stalingrad	1936	—	Stalingrad, PF JaR-154
Region Stalingrad	1934	1936	?
Gebiet Tambow	1937	—	Tambow, PF JaT-30
Tatarische ASSR	1934	—	Kasan, PF UE-148; PF 148 {15}
Gebiet Tomsk	1944	—	Tomsk, PF JaU-114
Autonomes Gebiet Tuwa	1945	—	Kysyl, PF JaF-306
Gebiet Tula	1937	—	Tula, PF UJu-400
Gebiet Tjumen	1944	—	Tjumen, PF JaZ-34
Udmurtische ASSR	1937	—	Ischewsk, PF JaTsch [ЯЧ]-91
Gebiet Uljanowsk	1943	—	Uljanowsk, PF JuI-78
Region Chabarowsk	1938	—	Chabarowsk, PF JaB-257
Gebiet Tscheljabinsk	1934	—	Tscheljabinsk, PF JaW-48
Tschetscheno-Inguschische ASSR	1937	1944	Grosny, PF IS-36 [6]
Gebiet Tschita	1937	—	Tschita, PF JaG-14
Gebiet Tschkalow	1937	1957	Tschkalow, PF JuK-25
Tschuwaschische ASSR	1937	—	Tscheboxary, PF JuL-34
Jakutische ASSR	1934	—	Jakutsk, PF JaD-40
Gebiet Jaroslawl	1936	—	Jaroslawl, PF JuN-83
Aserbaidchanische SSR	1936	—	Baku, PF UA-38; PF 38 {15}
Armenische SSR	1936	—	Jerewan, PF OA-18
Weißrussische SSR	1934	—	Minsk, PF USch [УЖ]-15; PF 35 {15}
Georgische SSR	1936	—	Tbilissi, PF UI-123; PF 262 {15}
Transkaukasische SSR	1934	1936	?
Kasachische SSR	1936	—	Alma-Ata, PF UL-154

Karelo-Finnische SSR	1940	1956	Petrosawodsk, PF UM-220
Kirgisische SSR	1936	—	Frunse, PF OP-36
Lettische SSR	1944	—	Riga, PF OZ-78
Litauische SSR	1944	—	Vilnius, PF OTsch [OЧ]-12
Moldauische SSR	1945	—	Kischinjow, PF OSchtsch [OИЦ]-29
Tadschikische SSR	1934	—	Stalinabad, PF JaS-3
Turkmenische SSR	1934	—	Aschchabad, PF JaCh [ЯХ]-55
Usbekische SSR	1934	—	Taschkent, PF UJa-64; PF 123/124 {11}
Ukrainische SSR	1934	—	Kiew, PF JaA-128; PF 202 {15}
Estnische SSR	1945	—	Tallinn, PF JuM-422

Praktisch jedes dieser Territorialorgane des GULAG hatte in seinen Besserungsarbeitskolonien (ITK) auch Lagerunterabteilungen, die Landwirtschaft betrieben und Konsumgüter produzierten, auch für den Lagerbedarf selbst. In den meisten bestanden Unterabteilungen, die Vertragsarbeiten im Auftrag verschiedener Volkskommissariate (Ministerien) und Behörden ausführten. Der Kreis der Institutionen, die die Arbeit von Gefangenen der Territorialorgane des GULAG nutzten, war außerordentlich groß: er reichte von den Bezirks-Sowjets bis zum Obersten Sowjet der UdSSR; von den für die lokale Industrie zuständigen Ministerien in den Unionsrepubliken bis zum Ministerium für den Bau von Schwerindustriebetrieben (MSPTI) der UdSSR, der Staatsanwaltschaft der UdSSR und dem Zentralkomitee der KPdSU (B).

Als Beispiel sei die Wirtschaftstätigkeit von einer der kleineren OITK, Orjol, sowie einer der großen UITLK, Moskau, im Jahre 1947 angeführt. Die Häftlinge der OITK der MWD-Verwaltung Orjol befanden sich in vier industriellen, einer landwirtschaftlichen und drei Besserungsarbeitskolonien (ITK), die für Vertragspartner arbeiteten, sowie in dem Transitgefängnis von Orjol. Die Industriekolonien in Orjol und Jelez betrieben eine Gießerei. Die Kolonie im Dorf Malaja Bystraja stellte Konsumgüter her, und in der Kolonie in Dmitrowsk wurde Holz verladen und verarbeitet. Auf Vertragsbasis mit dem MWD sanierte die ITK in Orjol Gebäude der MWD-Verwaltung, die Häftlinge der Kolonie in Jelez arbeiteten für das Ministerium für Eisenhüttenindustrie im Steinbruch, ebenso die der Kolonie an der Station Roschdestwo, diese im Auftrag des Ministeriums für Nahrungsmittelindustrie. Die landwirtschaftliche Kolonie am 24. km von Orjol betrieb Hilfwirtschaften der OITK [10. Bl. 47, 47ob.]

Zur UITLK der MWD-Verwaltung im Gebiet Moskau gehörten am 1. Januar 1947 fünf Industrie- und zwei landwirtschaftliche ITK, eine Lagerabteilung, 24 Einzellagerpunkte, ein Transitgefängnis, das Gebietskrankenhaus, das Serbski-Institut, das Prüf- und Filtrationslager Nr. 283 und die erste Abteilung des Prüf- und Filtrationslagers Nr. 174.

Die Industriekolonie an der ul. Schabolowka 46 produzierte Lederwaren. In der Kolonie an der Station Krjukowo befand sich eine Stanzerei, die Kolonie an der Station Presnja (Ringbahn) produzierte Möbel, in der Kolonie im Dorf Nikolskoje nordwestlich von Moskau wurde Holz verladen, im ITK an der Station Sikejewo wurde es geschlagen.

In folgenden Kolonien wurden die Häftlinge in der Landwirtschaft eingesetzt:

- im Dorf Lipino, Taldomski-Bezirk, und an der Station Gagarino – für den Bedarf der UITLK,
- in den Einzellagerpunkten an den Stationen Dorochowo, Saraisk, Belyje Stolby, Griwno und im Wyssokinitscheski-Bezirk, Gebiet Moskau – für die Wirtschaftsverwaltung der lokalen MWD-Verwaltung,
- an der Station Donino – für die Wirtschaftsverwaltung der Staatsanwaltschaft der UdSSR,
- an der Station Kossino und in Ljuberzy – für das Sowchosenkombinat des Moskauer Exekutivkomitees (MosOblSowchosTrest MosGorIspolKom),
- an der Station Lopasnja – für das Kraftfahrzeugwerk „Stalin“,
- in der Sowchose „Gorodischtsche“ in der Nähe der Stadt Woskressensk – für das Ministerium für Fleisch- und Milchwirtschaft.

Folgende Bauarbeiten wurden ausgeführt:

- für die MWD-Verwaltung für materielle und technische Versorgung – an der Station Beskudnikowo;
- für das MWD – an der ul. Bolschaja Kaluschskaja 30 in Ismailowo (Poschorny Projesd 2) und in der Siedlung Lenino-Datschnoje,
- für das Ministerium für den Bau von Brennstoffbetrieben – in Ismailowo und in Pokrowsko-Streschnowo,
- für das Ministerium für den Bau von Rüstungs- und Marinebetrieben – in der ul. Perwomajskaja 49, an den Stationen Ostankino, Frjasino und Sokolowskaja,
- für das Rüstungsministerium – in Kolomna und Sagorsk,
- für die Akademie der Wissenschaften der UdSSR – in der Nähe der Station Kanattschikowo und des Botanischen Gartens,
- für die Geschäftsführung des ZK der KPdSU (B) – in der Nähe der Landwirtschaftsausstellung,
- für das Kraftfahrzeugwerk „Stalin“ – in der Siedlung Kolomenskoje des „Stalin“-Werks,
- für das Werk „Ordschonikidse“ des Ministeriums für Werkzeugmaschinenbau – in der Straße Donskoi Projesd 21 (Gefangene wurden auch im Werk eingesetzt),
- für das Ministerium für Luftfahrtindustrie – in der Nähe der Station Otdych,
- für das Ministerium für Chemieindustrie – in der Stadt Woskressensk;
- und für das Ministerium für Schwerindustrie – in der Nähe der Station Mytischtschi.

Gefangene arbeiteten auch in dem Betrieb für Bauteile Nr. 2 des MWD an der Station Chowrino und stellten Panzerschränke aus Metallerzeugnissen der Wirtschaftsverwaltung des MWD in Karatscharowo her. Sie arbeiteten in der Kupawninsker Fabrik des Ministeriums für Textilindustrie, im Werk „Kuibyschew“ in Kolomenskoje des Ministeriums für Transportmaschinenbau, in der Ziegelproduktion für das Ministerium für Chemieindustrie, in dem Bezirksindustriekombinat der Stadt Woskressensk sowie im Betrieb Nr. 40 des Ministeriums für Kraftfahrzeugindustrie in Mytischtschi.

In der Nähe der Station Tomilino förderten die Gefangenen Quarzsand für das Ministerium für Baustoffindustrie, und in Ljuberzy gewannen und verluden sie Bitumen für das Werk Nr. 413 des Ministeriums für Chemieindustrie. Be- und Entladerarbeiten verrichteten die Gefangenen an der Station Karatscharowo für das Ministerium für Eisenhüttenindustrie, das Handelsministerium und für die Hauptverwaltung für den nördlichen Seeweg, sowie an der Station Tomilino für das Ministerium für Luftfahrtindustrie.

Die Häftlinge des Transitgefängnisses sortierten und verluden Gemüse für das Moskauer Obst- und Gemüsehandelsunternehmen (MosPlodoOwoschtschTorg). Die Gefangenen des

Prüf- und Filtrationslagers Nr. 83 in Stalinogorsk waren am Bau des Bezirkskraftwerks von Stalinogorsk Nr. 10 des Ministeriums für Kraftwerke beteiligt, arbeiteten außerdem im Chemiekombinat „Stalin“ des Ministeriums für Chemieindustrie und in den Schächten des Ministeriums für Kohleindustrie der Westbezirke und in denen des Ministeriums für den Bau von Brennstoffbetrieben. Die erste Abteilung des Prüf- und Filtrationslagers Nr. 174 (Twerskoi-Jamskoi Pereulok 12) betrieb Schneider- und Schusterarbeiten für das Handelsministerium [10. Bl. 29-34].

In Tabelle 2 wird die Zahl der Häftlinge in den GULAG-Territorialorganen angeführt. Für 1935 und 1937 ist der Monatsdurchschnitt für Januar angegeben, für die übrigen Jahre die Zahl vom 1. Januar des jeweiligen Jahres. Für die RSFSR ist für die Jahre 1957 und 1960 nur eine Gesamtzahl genannt, weil sich in den Dokumenten der URO, auf denen diese Tabelle basiert, nur Angaben zu den Unionsrepubliken finden.

Tabelle 2. Anzahl der Gefangenen in Besserungsarbeitseinrichtungen, die den Territorialorganen der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) unterstellt waren

	1935 01.	1937 01.	1939 01.01.	1941 01.01.	1945 01.01.	1949 01.01.	1953 01.01.	1953 01.05.	1957 01.01.	1960 01.01.
RSFSR									231.246	211.862
Region Asow-Schwarzes Meer	11.137	14.277	—	—	—	—	—	—		
Region Altai	—	—	3.506	5.151	16.876	12.883	9.088	3.041		
Region Amur	—	—	—	—	—	21.147 ⁴	17.681	13.462		
Gebiet Arsamas	—	—	—	—	—	—	—	—	565 ⁵	
Gebiet Archangelsk	—	—	13.579	6.298 ⁶	13.027	22.329	16.287	8.743		
Gebiet Astrachan	—	—	—	—	1.638	3.320	4.975	1.902		
Gebiet Balaschow	—	—	—	—	—	—	—	—	611 ⁷	
Baschkirische ASSR	4.185	4.670	7.639	8.367	17.320	18.309	11.752	5.706		
Gebiet Belgorod	—	—	—	—	—	—	—	—	650 ⁸	
Gebiet Brjansk	—	—	—	—	857	3.595	2.622	1.035		
Burjat-Mongolische ASSR	—	—	7.081	4.281	4.452	5.694	3.598	1.361		
Gebiet Welikije Luki	—	—	—	—	636	2.963	2.541	979		
Gebiet Wladimir	—	—	—	—	4.502	5.303	3.124	1.164		
Gebiet Wologda	—	—	5.107	6.258	8.864	10.983	8.358 ⁹	4.213 ¹⁰		
Gebiet Woronesch	3.630	10.975	4.740	7.669	9.434	11.459	6.977	2.390		
Region Ostsibirien	7.510	19.018	—	—	—	—	—	—		
Gebiet Gorki	—	13.622	7.722	9.451	18.654	19.875	16.302	6.505		
Region Gorki	7.610	—	—	—	—	—	—	—		

⁴ zum 01.03.49.

⁵ zum 28.01.54 [8].

⁶ zum 01.02.41.

⁷ zum 01.04.54 [3].

⁸ zum 15.05.54 [4].

⁹ darunter 648 zu Katorga-Arbeiten Verurteilte.

¹⁰ darunter 643 zu Katorga-Arbeiten Verurteilte.

Gebiet Grosny	—	—	—	—	3.311	3.303	1.469	241		
Dagestanische ASSR	—	—	1.083	2.214	4.956	5.793	2.298	1.127		
Region Fernost	3.524	5.135	—	—	—	—	—	—		
Gebiet West	6.978	12.407	—	—	—	—	—	—		
Region Westsibirien	13.709	8.212	—	—	—	—	—	—		
Gebiet Iwanowo	7.306	7.326	6.495	6.518	4.688	6.503	4.205	1.401		
Gebiet Irkutsk	—	—	9.457	10.069	17.450	22.130	18.460	10.488		
ASSR der Kabardiner und Balkaren	—	—	1.384	1.615	1.022	2.697	1.440	464		
Kasachische ASSR	7.847	—	—	—	—	—	—	—		
Gebiet Kaliningrad	—	—	—	—	—	4.326	1.347	255		
Gebiet Kalinin	7.001	6.863	6.000 ¹¹	6.837	4.906	7.861	5.488	1.373		
Kalmückische ASSR	—	—	—	—	—	—	—	—		
Gebiet Kaluga	—	—	—	—	893	5.031	3.363	1.456		
Gebiet Kamenski	—	—	—	—	—	—	—	—	420 ¹²	
Gebiet Kamtschatka	—	—	—	—	—	—	—	—		
Kara-Kalpakische ASSR	1.337	—	—	—	—	—	—	—		
Karelische ASSR s. Karelo-Finnische SSR										
Gebiet Kemerowo	—	—	—	—	16.523	31.697	13.022	7.089		
Kirgisische ASSR	2.531	—	—	—	—	—	—	—		
Gebiet Kirow	—	6.468	4.448	6.195	13.407	11.767	6.355	2.423		
Region Kirow	6.518	—	—	—	—	—	—	—		
ASSR der Komi	—	—	932	2.325	2.471	3.036	2.503	1.136	1.794	
Gebiet Kostroma	—	—	—	—	238	4.250	2.203	574		
Region Krasnodar	—	—	12.089	10.183	8.712	20.464	9.568	3.169		
Gebiet Krasnojarsk	7.309	—	—	—	—	—	—	—		
Region Krasnojarsk	—	6.764	4.782	3.882	17.665	18.618	14.177	5.321		
Krim ASSR (Gebiet)	2.899	2.813	2.711	4.064	648	3.324	837	0		
Gebiet Kuibyschew	—	11.461	10.731	7.414	12.988	25.601	18.779	7.965		
Gebiet Kurgan	—	—	—	—	5.707	4.195	328?	716		
Gebiet Kursk	5.226	7.572	1.603	3.648 ¹³	2.399	6.849	4.290	960		
Gebiet Leningrad	26.822	22.359	43.786	34.214	7.011	26.151	10.201	2.235		
Gebiet Lipezk	—	—	—	—	—	—	—	—	1.421 ¹⁴	
Gebiet Magadan	—	—	—	—	—	—	—	—		

¹¹ zum 01.04.39.

¹² zum 01.05.54 [5].

¹³ zum 01.02.41.

¹⁴ zum 27.04.54 [6].

ASSR der Mari	—	—	941	1.302 ¹⁵	2.238	2.067	1.461	697		
Gebiet Molotow (Gebiet Perm)	—	—	5.636	7.832	23.514	34.102	22.739 ¹⁶	9.388 ¹⁷		
Mordwinische ASSR	—	—	1.586	2.653	4.058	2.782	2.093	589		
Gebiet Moskau	11.157	17.112	8.498	14.004	30.156	31.692	18.750	5.504		
Gebiet Murmansk	—	—	1.550	—	374	2.520	7.342	2.968		
Wolga-Deutsche ASSR	—	—	1.000	1.020	—	—	—	—		
Gebiet Nowgorod	—	—	—	—	727	5.469	3.465	1.259		
Gebiet Nowossibirsk	—	—	9.842	7.962	17.877	15.188	9.692	3.926		
Gebiet Omsk	3.328	5.452	4.284	5.749	16.080	10.725	7.285	2.641		
Region Ordschonikidse s. Region Stawropol										
Gebiet Orenburg s. Gebiet Tschkalow										
Gebiet Orjol	—	—	3.160	3.939	2.035	3.777	3.004	1.259		
Gebiet Pensa	—	—	1.402	4.932 ¹⁸	6.477	6.241	3.968	1.150		
Gebiet Perm – s. Gebiet Molotow										
Region Primorje	—	—	2.009	1.031 ¹⁹	8.642	9.510	12.609	7.088		
Gebiet Pskow	—	—	—	—	129	1.618	1.348	403		
Gebiet Rostow	—	—	8.691	8.536	6.629	13.095	8.140	2.760		
Gebiet Rjasan	—	—	2.449	4.291	5.031	5.608	5.092	1.402		
Gebiet Saratow	—	9.640	4.852	5.389	16.464	17.380	9.132	3.081		
Region Saratow	6.229	—	—	—	—	—	—	—		
Gebiet Sachalin	—	—	—	—	—	3.824	4.41	1.772		
Gebiet Swerdlowsk	10.589	9.764	10.070	11.859	3.381	63.330	35.674	17.602		
Region Nord	7.074	1.4761	—	—	—	—	—	—		
Region Nordkaukasus	7.454	11.755	—	—	—	—	—	—		
Nordossetische ASSR	—	—	1.788	1.049	1.505	2.004	1.186	299		
Gebiet Smolensk	—	—	3.966	4.406	3.043	4.840	2.95	698		
Region Stawropol	—	—	2.069	4.547	4.619	9.565	4.043	1.601		
Gebiet Stalingrad	—	5.405	7.542	7.968	5.040	10.978	6.448	2.229		
Region Stalingrad	5.164	—	—	—	—	—	—	—		
Gebiet Tambow	—	—	2.100	3.564	6.017	5.030	3.510	1.004		
Tatarische ASSR	3.239	4.398	4.854	10.512	25.484	15.342	11.321	3.958		
Gebiet Tomsk	—	—	—	—	10.943	4.732	3.712	1.058		
Autonomes Gebiet Tuwa	—	—	—	—	885 ²⁰	1.078	1.019	562		

¹⁵ zum 01.02.41.

¹⁶ darunter 2.033 zu Katorga-Arbeiten Verurteilte.

¹⁷ darunter 2.011 zu Katorga-Arbeiten Verurteilte.

¹⁸ zum 01.02.41.

¹⁹ zum 01.02.41.

Gebiet Tula	—	—	6.314	7.861	4.185	9.894	5.230	1.472		
Gebiet Tjumen	—	—	—	—	4.253	5.682	2.846	917		
Udmurtische ASSR	—	—	2.695	2.683 ²¹	12.056	6.308	4.496	1.160		
Gebiet Uljanowsk	—	—	—	—	7.857	5.436	5.436	1.569		
Region Chabarowsk	—	—	5.307	4.656	34.604	37.576	22.134 ²²	14.323		
Gebiet Tscheljabinsk	15.370	17.001	12.733	7.872	25.040	27.682	16.155	7.494		
Tschetscheno-Inguschische ASSR	—	—	734	1.817	—	—	—	—		
Gebiet Tschita	—	—	6.104	7.569	9.452	13.281	7.612	3.678		
Gebiet Tschkalow	8.589	7.406	6.305	7.840	13.561	10.178	5.860	2.319		
Tschuwaschische ASSR	—	—	3.080	3.154	6.119	5.123	2.847	886		
Jakutische ASSR	477	1.620	1.825	2.602 ²³	3.030	10.296	5.579	2.906		
Gebiet Jaroslawl	—	9.293	5.820	7.283	11.529	12.327	5.508	1.807		
Aserbaidchanische SSR	—	5.639	3.760	9.478	14.055	22.261	21.635	9.497	5.601	3.180
Armenische SSR	—	—	1.239	1.977	4.003	4.401	4.471	1.162	1.373	1.428
Weißrussische SSR	6.769	10.994	5.174	8.544	5.835	27.817	17.272	7.925	5.606	4.786
Georgische SSR	—	7.658	3.107	9.140	12.001	26.665	24.716	9.085	7.588	5.224
Transkaukasische SSR	10.426	—	—	—	—	—	—	—		
Kasachische SSR	—	7.03	7.756	10.088	24.433	30.566	27.171	13.741	10.175	22.459
Karelo-Finnische SSR	—	—	2.711	1.547	2.013	25.249	6.594	2.401		
Kirgisische SSR	—	3.888	4.203	3.075	9210	8.912	5.087	1.512	2.988	2.894
Lettische SSR	—	—	—	—	217	8.895	4.314	1.319	2.033	2.553
Litauische SSR	—	—	—	—	545 ²⁴	8.862	7.080	1.789	1.083	2.791
Moldauische SSR	—	—	—	—	411 ²⁵	7.348	3.049	739	1.776	2.031
Tadschikische SSR	3.022	5.597	3.849	3.487	4.467	5.585	2.781	927	1.296	1.728
Turkmenische SSR	3.367	4.804	3.923	4.183	10.229	8.255	3.609	1.556	1.246	1.725
Usbekische SSR	9.605	8.107	9.088	12.174 ²⁶	34.487	37.447	19.107	8.638	9.047	102.58
Ukrainische SSR	57.568	47.657	42.690	58.396	38.381	156.825	89.261	31.083	32.611	31.076
Estnische SSR	—	—	—	—	36	4.177	7.886	3.775	2.213	2.443
Insgesamt	307.093	3753.76	381.581	434.624	745.171	113.9874	741.643	307.472	315.882	306.438

²⁰ zum 11.07.45.

²¹ zum 01.02.41.

²² darunter 1.422 zu Katorga-Arbeiten Verurteilte.

²³ zum 01.02.41.

²⁴ zum 11.01.45.

²⁵ zum 21.01.45.

²⁶ zum 01.02.41.

Quellen:

1. Befehl 00122 des NKWD vom 29.10.193.
2. Befehl 00169 des NKWD vom 08.05.1936.
3. Befehl 0128 des NKWD vom 21.10.1937.
4. Befehl 00807 des NKWD vom 21.12.1938.
5. GARF. F. 9414. Op. 1d. D. 343.
6. Ebenda. Op. 1. D. 318. L. 30.
7. Ebenda. Op. 1d. D. 344.
8. Ebenda. D. 345.
9. Ebenda. D. 346.
10. Ebenda. Op. 1. D. 1276.

2. Das Gefängnisssystem 1934 – 1960

Mit Gründung des NKWD der UdSSR 1934 wurde die Gefängnisabteilung der OGPU der Wirtschaftsverwaltung des NKWD zugeordnet. Leiter der Gefängnisabteilung wurde M. W. Popow (Verordnung des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR vom 10.07.34). Diese Gefängnisabteilung übernahm sämtliche ehemaligen Politisolatoren der OGPU: diejenigen zur besonderen Verwendung sowie die Politisolatoren Butyrka, Sretenska, Tscheljabinsk, Werchne-Uralsk, Susdal und Jaroslawl.

Auf Grund der Verordnung des Zentralen Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 27. September 1934 sowie des NKWD-Befehls Nr. 00122 vom 29. Oktober 1934 wurden in die Überführung aller Haftanstalten aus dem NKJu in das NKWD der UdSSR auch alle Gefängnisse (die als „Isolatoren“ bezeichnet wurden) einbezogen. Das galt ebenso für die so genannten Hafthäuser, die den Gefängnissen im Vollzug in etwa gleichkamen. Zur Leitung aller vom NKJu übernommenen Haftanstalten wurde innerhalb des GULAG die Abteilung für Haftanstalten (OMS) des GULAG – und in den Regionen die OMS des NKWD bzw. der NKWD-Verwaltung – geschaffen. Leiter der OMS des GULAG des NKWD der UdSSR wurde G. P. Matson. Am 11. November 1935 wurden die Politisolatoren und die Isolatoren des NKWD umbenannt in Gefängnisse des NKWD (auf Grund des NKWD-Befehls Nr. 00403). Damit war die Gefängnisverwaltung auf zwei NKWD-Abteilungen verteilt.

Der NKWD-Befehl Nr. 0383 vom 28. November 1936 sah vor, auf der Basis der Gefängnis-Abteilung der NKWD-Wirtschaftsverwaltung der UdSSR eine Gefängnis-Abteilung der Hauptabteilung für Staatssicherheit (GUGB) des NKWD einzurichten. Am 25. Dezember desselben Jahres erhielt diese die Bezeichnung „10. Abteilung der GUGB des NKWD der UdSSR“ (NKWD-Befehl Nr. 00411 vom 25.12.36). Ihr Leiter wurde der Stabsmajor für Staatssicherheit Ja. M. Weinschok. Anderthalb Jahre später wurde der Status dieser Abteilung angehoben: Auf Befehl Nr. 0362 des NKWD vom 9. Juni 1938 wurde sie in eine Gefängnis-Abteilung des NKWD unter Leitung des Majors der Staatssicherheit N. I. Antonow-Grizjuk umgewandelt.

Am 29. September 1938 wurde aus der Gefängnis-Abteilung des NKWD und der OMS des GULAG die Hauptverwaltung der Gefängnisse (GTU) des NKWD (NKWD-Befehl Nr. 00641). In dieser war die Leitung aller Gefängniseinrichtungen des Landes zusammengefasst. Den ersten GTU Leiter, Oberst W. M. Botschkow (ernannt durch NKWD-Befehl Nr. 2433 vom 2. November 1938), löste bereits am 13. Januar 1939 Major A. G. Galkin ab (NKWD-Befehl Nr. 80). Seit dem 14. März 1940 leitete P. N. Sujew die GTU (NKWD-Befehl Nr. 344).

Am 17. Dezember 1939 unterstanden der GTU die zentralen Gefängnisse der GUGB des NKWD der UdSSR (das Innere Gefängnis, die Butyrka, Lefortowo, Suchanowka, das Gefängnis zu spezieller Verwendung und die Gefängnispsychiatrie in Kasan), zwei Gefängnisse der GUGB des NKWD der UdSSR für bereits Verurteilte (Wladimir und Orjol), die allgemeinen Gefängnisse, die inneren Gefängnisse und die Gefängniszellen von NKWD und NKWD-Verwaltung sowie die Gefängnisse zu besonderer Verwendung und inneren Gefängniszellen der Transportabteilungen (NKWD-Befehl Nr. 001486 vom 17.12.39). Ab 1939 wurde ein Teil der Gefängnisse aus der GTU schrittweise in die Zuständigkeit des GULAG überführt und als Transitgefängnisse bzw. -punkte genutzt.

Durch die Aufteilung des NKWD der UdSSR in zwei Volkskommissariate (NKWD und NKGB der UdSSR) wurde im Februar 1941 ein Teil der Gefängnisse (z. B. in Moskau das Innere, Lefortowo und Suchanowka) vom NKWD in die Zuständigkeit des NKGB überführt. Dort kamen sie unter die Leitung der zweiten Abteilung (Registrier- und Archiv-Abteilung)

des NKGB (NKWD/NKGB-Befehl Nr. 03/0115 vom 06.03.41). Abteilungsleiter war L. F. Baschtakow.

Am 26. Februar 1941 wurde innerhalb des NKWD die Gefängnisverwaltung des NKWD geschaffen, deren Leiter M. I. Nikolski wurde (NKWD-Befehl Nr. 00212).

Nach Kriegsausbruch wurden NKWD und NKGB wieder zu einem Volkskommissariat – dem NKWD – vereinigt, und die Leitung der NKWD-Gefängnisse oblag (laut Präsidiumserlass des Obersten Sowjets der UdSSR vom 20. Juli 1941) erneut der Gefängnisverwaltung des NKWD (abgesehen von den Transitgefängnissen, die dem GULAG unterstellt blieben).

Der Präsidiumserlass des Obersten Sowjets der UdSSR vom 14. April 1943 teilte das NKWD dann wieder in zwei Volkskommissariate auf, NKWD und NKGB. Die Leitung der NKGB-Gefängnisse oblag nun der Abteilung „A“ des NKGB. Am 27. September 1946 entstand auf Befehl Nr. 00396 des MGB die Gefängnisabteilung des MGB unter Leitung von Oberst A. M. Bojarski. 1949-1953 bekleidete diesen Posten Oberst F. Ja. Jewsenin. Die Leitungsstruktur der MWD-Gefängnisse änderte sich nicht wesentlich.

Ab 25. Oktober 1946 wurde Oberst M. W. Kusnezow Leiter der Gefängnisverwaltung des MWD (MWD-Befehl Nr. 1462ls).

Am 14. März 1953 wurden durch den Zusammenschluss von MGB und MWD zu einem Ministerium – dem MWD – auch die Gefängnisabteilung des MGB und die Gefängnisverwaltung des MWD zu einer Gefängnisverwaltung des MWD zusammengelegt (MWD-Befehl Nr. 002). Sie stand unter Leitung von Oberst M. W. Kusnezow (MWD-Befehl Nr. 12 vom 17.03.53). Am 1. September 1953 unterstanden der MWD-Gefängnisverwaltung 587 Gefängnisse mit einer maximalen Kapazität von 249.000 Plätzen: zwei Gefängnisse mit zentraler Unterstellung (Butyrka und Lefortowo), drei besondere (Wladimir, Alexandrowsk und Werchne-Uralsk), zwei Spezialgefängnisse, drei Gefängnispsychiatrien (Kasan, Tschistopol und Leningrad), 437 allgemeine und 140 innere Gefängnisse (GARF. F. 9412. Op. 1. D. 128. L. 85).

Mit der Übertragung der Zuständigkeit für den GULAG vom MWD ans MJu fiel die Leitung der MWD-Sonderlager (laut Verordnung Nr. 934-400ss des Ministerrats der UdSSR vom 28. März 1953) an die Gefängnisverwaltung des MWD. Am 18. Mai 1953 kam mit der Auflösung der MWD-Verwaltung für Kriegsgefangene und Internierte noch die Verwaltung der Lager für diesen Personenkreis hinzu (MWD-Befehl Nr. 00277).

Am 8. Februar 1954 wurde mit der Rückführung des GULAG aus dem MJu an das MWD die Leitung der Sonderlager von der MWD-Gefängnisverwaltung an den GULAG des MWD übertragen (MWD-Befehl Nr. 0095).

Am 18. März 1954 wurde mit der Einrichtung des Komitees für Staatssicherheit (KGB) beim Ministerrat der UdSSR innerhalb des KGB eine Gefängnisabteilung eingerichtet, zu deren Leiter Oberst A. P. Kleimenow ernannt wurde (KGB-Befehl Nr. 006 vom 18.03.54). Am 23. Juni 1959 wurde diese Abteilung an die Registrier- und Archiv-Abteilung des KGB übergeben (KGB-Befehl Nr. 00153).

Mit dem MWD-Befehl Nr. 00826 vom 30. Oktober 1954 wurde die MWD-Gefängnisverwaltung in eine Gefängnis-Abteilung umgebildet, die am 27. März 1959 (MWD-Befehl Nr. 097) an die Hauptverwaltung der Haftanstalten (GUMS) des MWD übergeben wurde. Am 8. April 1955 wurde Oberst P. S. Bulanow Leiter dieser Abteilung (MWD-Befehl Nr. 471).

1956 unterstanden der Gefängnis-Abteilung des MWD 415 Gefängnisse (GARF. F. 9412. Op. 1. D. 211. Bl. 1), 1958 waren es 381 (Ebd., D. 238. Bl. 72).

Zahl der in den Gefängnissen des NKWD-MWD inhaftierten Personen:

01.01.39:	352.508
01.01.40:	186.278
01.01.41:	470.693
01.01.42:	268.532
01.01.43:	237.534
01.01.44:	151.296
01.01.45:	275.510
01.01.46:	245.146
01.01.47:	293.135
01.01.48:	280.374
01.01.49:	231.047
01.01.50:	198.744
01.01.51:	164.679
01.01.52:	152.614
01.01.53:	152.290
01.01.54:	149.082
01.01.55:	118.329
01.01.56:	143.509
01.01.57:	141.703
01.01.58:	139.456
01.01.59:	160.893
01.01.60:	71.084

(GARF. F. 9413. Op. 1. D. 6, 42, 48, 62, 128, 162, 163, 196, 211, 238, 269).

A. Kokurin